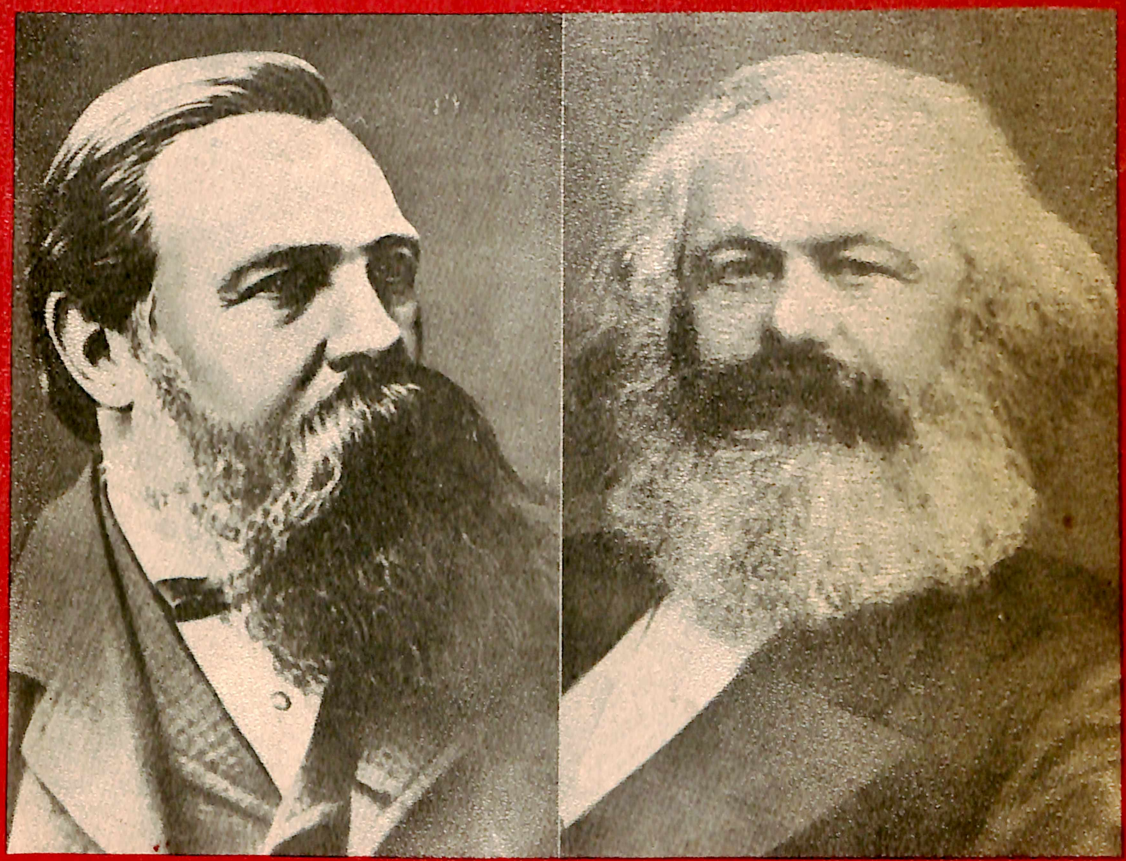
Oskar Negt:
ÜBERLEGUNGEN ZU EINER KRITISCHEN LEKTÜRE DER SCHRIFTEN VON MARX UND ENGELS

Dietrich Wetzel:
MARXISMUS AN DER UNIVERSITÄT
Vorschläge zur thematischen Strukturierung einer überfälligen Diskussion



Reihe THEORIE UND ORGANISATION

Heft 1 • Mai 1976 • Preis fünf Mark

Herausgeber: Sozialistisches Büro
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2ooo GmbH Offenbach

Erste Auflage, Mai 1976, 5ooo Exemplare

Alle Rechte bei dem Herausgeber und den Autoren

Vertrieb: Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Postscheck Frankfurt, Konto Nr. 61o41-6o4

Preis: Einzelexemplar DM 5.--
bei Abnahme von mindestens 1o Exemplaren 2o % Rabatt
Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandel) 4o % Rabatt
jeweils zuzüglich Versandkosten

Druck: hbo-druck Bensheim

Reihe THEORIE UND ORGANISATION
Heft 1

Biblio
-thek
Bruhn

I N H A L T

VORBEMERKUNG Seite 3

Oskar Negt: ÜBERLEGUNGEN ZU EINER KRITISCHEN LEKTÜRE DER SCHRIFTEN VON MARX UND ENGELS Seite 5

Gefahren eines Parallelismus von Marxismus und bürgerlicher Wissenschaft Seite 6

Theorieentwicklung und exemplarische Didaktik Seite 1o

Die Wendung zur substantiellen Marx-Orthodoxie Seite 14

"Revision" und "Erneuerung" des Marxismus Seite 16

Drei Phasen der geschichtlichen Erneuerungsarbeit Seite 18

Post-Festum-Integration und das Problem der Ausgrenzung Seite 19

Marxismus als Produktionsstätte von Erkenntnis und geschichtlicher Aktion Seite 25

Der Marxismus ist in Gefahr, eine Post-Festum-Theorie zu werden Seite 27

Wertgesetz und Revolution Seite 3o

Naturdialektik und Widerspiegelungstheorie Seite 34

Schlußbemerkungen Seite 38

Dietrich Wetzel: MARXISMUS AN DER UNIVERSITÄT
VORSCHLÄGE ZUR THEMATISCHEN STRUKTURIERUNG
EINER ÜBERFÄLLIGEN DISKUSSION Seite 41

1. Der integrierte Marxismus Seite 47
Blick in die Seminare Seite 47
Esoterische Selbstexegese Seite 5o
Marxistischer Objektivismus Seite 51
Geschichtsverlust Seite 52
Studenten und Arbeiterbewegung Seite 53
Untersuchungsarbeit gegen die Integrationslogik Seite 54

2. Studentenbewegung und Marxismus Seite 55
Politischer Hintergrund der Uni-Marxisten Seite 56
Materialistische Theorie als Notwendigkeit Seite 56
Grenzen der Studentenbewegung Seite 57
Geschichtliches Bewußtsein Seite 58
Parteibildungen Seite 59
Organisationsformen aus Lernprozessen Seite 6o

Neue Theoriefeindlichkeit Seite 6o
Isolation der Uni-Marxisten Seite 61
Verzicht auf Politik an der Hochschule Seite 62

3. Besoldete Marxisten Seite 62
Repression als Alibi Seite 63
Blockierte Selbstaufklärung Seite 64
Attentismus Seite 66
Bürgerliche Sozialisation Seite 67
Reputationszwang Seite 68
Unattraktive Lehrtätigkeit Seite 69

4. Die neue Studentengeneration Seite 69
Erscheinungsbild Seite 7o
Erzwungene Anpassung Seite 71
Beispiel Frankfurt Seite 73
Unterdrückte Interessen Seite 75
Politik im Getto Seite 78
Politische Erfahrungen Seite 81
Sezessionistische Tendenzen Seite 87

5. Ansatzpunkte kritischer Lehre Seite 91
Studienerwartungen Seite 91
Erwartungen an marxistische Theorie Seite 95

6. Schlußbemerkungen Seite 1oo

VORBEMERKUNG

In der gegenwärtigen Entwicklungsphase der sozialistischen Bewegung hat die Theorieentwicklung eine neue und wichtige Bedeutung angenommen. Zwar hat in den letzten 1o Jahren eine Phase der "Erneuerung" des marxistischen Denkens auch in der Bundesrepublik eingesetzt; aber diese wichtige theoretische Arbeit ist häufig abgetrennt von Organisationsfragen und neuen politischen Erfahrungen der aktuellen Klassenkämpfe verlaufen. Es ist deshalb notwendig, auch unter hiesigen Verhältnissen eine theoretische Diskussion zu entfalten, die in Italien und Frankreich, unter sicherlich günstigeren Bedingungen, in den letzten Jahren in Gang gekommen ist. Zentrale Probleme dieser Diskussion sind Gefahren der Akademisierung der Marxschen Gesellschaftstheorie auf der einen und ihrer pragmatischen Verengung auf der anderen Seite.

Bisher hat das Sozialistische Büro wenig zu dieser Theorieentwicklung beigetragen. Die Arbeit war so sehr auf politische Praxis und deren organisatorische Stabilisierung gerichtet, daß nicht viel Zeit übrig blieb, sich mit theoretischen Problemen der sozialistischen Bewegung ausführlicher auseinanderzusetzen. Dabei ist nicht zu übersehen, daß es für die einzelnen Arbeitsfelder grundlegende Analysen und Materialien gibt, die weit über den Umkreis des Sozialistischen Büros hinaus Beachtung gefunden haben und in der praktischen Arbeit verwendet werden.

Trotzdem zeigt sich auf allen Tagungen des SB zunehmend ein fundamentaler Mangel der theoretischen Orientierung. Meist hat man ein sicheres Gefühl dafür, was falsch ist, aber tappt im Dunkeln, wenn es um die Frage geht, was richtig ist. Das ist einer der Gründe, warum es nicht selten Kreislaufdiskussionen gibt. Langfristig ist jedoch eine Weiterführung der sozialistischen Bewegung ohne Verlebendigung der marxistischen Erkenntnisinstrumente und der marxistischen Erkenntnis unmöglich. Nur dadurch kann auch der Grad der Verbindlichkeit der praktischen Tagesarbeit erhöht werden. Hier hat die mit diesem Heft begonnene neue Broschürenreihe THEORIE UND ORGANISATION ihre spezifische Funktion. In der Reihe sollen Themen und Probleme bearbeitet bzw. diskutiert werden, die - auch wenn sie keinen unmittelbaren praktischen Erfahrungsbezug haben - für die Entwicklung einer Revolutionstheorie unter europäischen Bedingungen von besonderer Bedeutung sind. So ist zum Beispiel als nächstes eine Broschüre geplant, in der die Rolle des Leninismus für die westeuropäische Arbeiterbewegung erörtert werden soll. - Zugleich ist es jedoch erforderlich, die Thematik dieser Broschürenreihe kollektiv zu diskutieren,und so sollten im Rahmen des neu zu begründenden SB-Arbeitsfeldes Wissenschaft besondere Tagungen zu zentralen Fragen der Theorieentwicklung organisiert werden.

Die in diesem Heft vorgelegten Analysen von Oskar Negt und Dietrich Wetzel zur Situation des Marxismus an den westdeutschen Universitäten ist ein erster Schritt in Richtung auf Aufarbeitung inneruniversitärer Erfahrungen bei der Planung und Durchführung marxistischer Lehrveranstaltungen. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Vermittlung oder gar der Didaktik, sondern auch um Strukturprobleme der Gesellschaftstheorie von Marx und Engels. Beide Aufsätze gehen von Anregungen aus, die die Verfasser auf einer Tagung sozialistischer Wissenschaftler Ende 1974 in Hannover erhielten, aber auch von eigenen jahrelangen Erfahrungen. Sie können ihrerseits nur die Funktion von Anregungen haben und müssen weitergeführt werden.

Offenbach, im Mai 1976 - Sozialistisches Büro

★

INFORMATIONSDIENSTE DES SOZIALISTISCHEN BÜROS
- Materialien der Arbeitsfelder -

Sozialistische Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte usw. arbeiten heute vereinzelt oder in kleinen Gruppen noch ohne ausreichenden Kontakt untereinander. Sie werden oft konfrontiert mit Problemen und Konflikten, mit denen andere Gruppen schon ihre Erfahrungen gesammelt haben. Die Informationsdienste der Arbeitsfelder im Sozialistischen Büro dienen der fortlaufenden Information und Kooperation zwischen Gruppen und einzelnen, die mit sozialistischem Anspruch Berufspraxis machen. Bisher gibt es folgende regelmäßig erscheinende Informationsdienste des SB:
INFORMATIONSDIENST DES SOZIALISTISCHEN LEHRERBUNDES
INFORMATIONSDIENST SOZIALARBEIT
INFORMATIONSDIENST GESUNDHEITSWESEN

Die Informationsdienste können als Einzelhefte oder im Jahresabonnement bezogen werden. Informationsblätter über die Abo-Bedingungen kostenlos; Probehefte der Infos können nur gegen Bezahlung abgegeben werden.

Außerdem gibt das Sozialistische Büro in seinem Verlag 2ooo GmbH verschiedene Broschürenreihen heraus, die auf die politische und berufliche Praxis und auf die Theorieentwicklung orientiert sind:
Reihe BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN
Reihe ARBEITSFELDMATERIALIEN ZUM SOZIALBEREICH
Reihe ROTER PAUKER - MATERIALIEN FÜR LEHRER
Reihe PLAKAT-BAUERNVERLAG
Reihe INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
In Vorbereitung sind:
Reihe ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG
Reihe THEORIE UND ORGANISATION

Anfragen, Verlagsprospekt:
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Oskar Negt:

ÜBERLEGUNGEN ZU EINER KRITISCHEN LEKTÜRE DER SCHRIFTEN VON MARX UND ENGELS

"Eine halbwegs komplette Kenntnis des Marxismus kostet heut, wie mir ein Kollege versichert hat, zwanzigtausend bis fünfundzwanzigtausend Goldmark, und das ist dann ohne die Schikanen. Drunter kriegen Sie nichts Richtiges, höchstens so einen minderwertigen Marxismus ohne Hegel oder einen, wo der Ricardo fehlt usw. Mein Kollege rechnet übrigens nur die Kosten für die Bücher, die Hochschulgebühren und die Arbeitsstunden und nicht, was Ihnen entgeht durch Schwierigkeiten in Ihrer Karriere oder gelegentliche Inhaftierung, und er läßt weg, daß die Leistungen in bürgerlichen Berufen bedenklich sinken nach einer gründlichen Marxlektüre; in bestimmten Fächern wie Geschichte und Philosophie werdens nie wieder wirklich gut sein, wenns den Marx durchgegangen sind."

Bertolt Brecht: FLÜCHTLINGSGESPRÄCHE

Vom 30.11. bis 1.12.1974 fand in Hannover eine auf Initiative der Sozialistischen Assistentenzelle am Fachbereich 15 der Freien Universität Berlin und des Sozialistischen Büros einberufene Konferenz sozialistischer Wissenschaftler statt, die sich in einzelnen Arbeitskreisen mit aktuellen Fragen der Hochschulpolitik und der Organisierung sozialistischer Wissenschaftler sowie der Bedeutung der Organisationsfrage für eine konkrete, an den spezifischen Arbeitszusammenhängen der Wissenschaftler selber orientierte Strategie des Widerstandes gegen die technokratische Einschnürung der Hochschulen, gegen Berufsverbote usw. beschäftigte. In einem dieser Arbeitskreise ging es um das Verhältnis zwischen Marxismus und bürgerlicher Wissenschaft *innerhalb* des bestehenden Lehr- und Forschungsbetriebes der Hochschulen. In diesem hauptsächlich auf Probleme der "Kapital"-Schulung konzentrierten Arbeitskreis, in dem Erfahrungsberichte über Seminare zur "Kritik der politischen Ökonomie" und zu anderen, der Aneignung marxistischen Grundwissens dienenden Lehrveranstaltungen zur Diskussion standen, habe ich einige prinzipielle Überlegungen zur Struktur der Marxschen Gesellschaftstheorie und zur Marxrezeption vorgetragen. Die folgenden Darlegungen stützen sich auf fragmentarische Notizen dieses Diskussionsbeitrages; sie haben ausschließlich den Zweck, die Aufmerksamkeit auf eine Reihe von Problemen zu lenken, die mir bisher zu wenig berücksichtigt scheinen. Von einer umfassenden und systematischen Begründung meiner Thesen kann keine Rede sein; ich werde sie in einem im Entstehen begriffenen Buch über den späten Engels liefern, das allerdings noch eine Weile auf sich warten läßt (vermutlich wird es, wie ich mich kenne, im Herbst 1977 erscheinen).

Da man in solchen Zusammenhängen heute immer damit rechnen muß, wegen

der mangelhaften oder gar fehlenden politisch-ökonomischen Analyse eines Gegenstandes angegriffen und als Subjektivist verdächtigt zu werden, möchte ich gleich am Anfang nachdrücklich betonen, daß ich eine derartige Fundierung nicht nur für eine unbedingte Voraussetzung halte, sondern daß sie, was Materialien und theoretische Ansätze betrifft, in vieler Hinsicht bereits geleistet ist. Ich gehe von der grundsätzlichen Widersprüchlichkeit des universitären Forschungs- und Lernprozesses aus: dem in der kapitalistischen Produktionsweise und in den Klassenwidersprüchen der Gesellschaft begründeten Widerspruch zwischen Gebrauchswert- und Tauschwertproduktion, die den spezifischen Produktionsprozeß der Wissenschaft und der Wissensvermittlung konstituiert, aber auch die institutionelle Struktur einer innerhalb des Kapitalismus existierenden Einrichtung wie die der Universität. Eine der gelungensten, weil alle wichtigen Probleme prägnant ansprechenden und befreiend geistvollen Analysen scheint mir die zu sein, die Wulf Wagner unter dem Titel "Der Bluff. Die Institution Universität in ihrer Wirkung auf die Arbeitsweise und das Bewußtsein ihrer Mitglieder", in: "Probleme des Klassenkampfs" (Nr. 7, Mai 73) veröffentlichte. Es ist nicht nötig, das Gesagte zu wiederholen.

Gemessen an einer politisch-ökonomischen Analyse der Universität oder auch nur der komplexen Ausbildungssituation sind meine Überlegungen begrenzt; in einer Reihe inhaltlicher Fragestellungen des Marxismus gehen sie dagegen über einen großen Teil der bisherigen Analysen hinaus. Sie haben einen praktischen Grund und ein praktisches Ziel. Sie haben die Erfahrung der wachsenden Schwierigkeiten der Vermittlung des Marxismus an den westdeutschen Universitäten zum Ausgangspunkt und sie zielen auf die Problematik der inhaltlichen Bestimmung einer Marx-Didaktik, wenn man dieses Wort in einem sehr weiten Sinne nimmt. Es wäre völlig verfehlt zu übersehen, daß ein Grund für die Schwierigkeiten der Marx-Vermittlung an den Universitäten die jetzt voll durchschlagende zweite Restauration der Bundesrepublik ist, mit drohender Arbeitslosigkeit der akademisch qualifizierten Intelligenz, Berufsverboten, technokratischer Austrocknung des Symbolspektrums allen kritischen Denkens usw. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere betrifft systematische Probleme der Beziehung der Marxschen Gesellschaftstheorie zu deren Vermittlung und zu den bürgerlichen Wissenschaften.

GEFAHREN EINES PARALLELISMUS VON MARXISMUS UND BÜRGERLICHER WISSENSCHAFT

Gegenwärtig ist von der Situation auszugehen, daß der Marxismus in den zahlreichen Varianten seiner wissenschaftstheoretischen Ansätze und der Gewichtungen inhaltlicher Problemstellungen, wie sie durch vorliegende, veröffentlichte Projekte oder durch einzelne Personen repräsentiert sind, trotz aller spürbarer Machtverschiebungen im Gefüge der Hochschulen während der letzten zehn Jahre nach wie vor eine diskriminierte Minderheitsposition darstellt. Die in der Zeit des rapiden Ausbaus bestehender und des häufig von Linken planerisch ausgefüllten Aufbaus neu gegründeter Universitäten erhobene Forderung: "Marx an die Uni!" hat in der bürgerlichen Öffentlichkeit den Eindruck bestärkt, als hätten sich die Machtverhältnisse wesentlich verändert, und bei einem Teil der Universitäts-Linken die Illusion genährt, als sei zum ersten Mal in der deutschen bürgerlichen Gesell-

schaft die Elendsgeschichte der Diskriminierung marxistisch orientierter Wissenschaftler aufgehoben - also jene gewaltsame und zum Teil sogar legalisierte Ausgrenzung marxistischer Wissenschaftler aus der Universität beendet, die gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts mit der Lex Arnau, nach der kein Sozialdemokrat (und das wurde mit Marxist gleichgesetzt) habilitiert werden dürfe, begonnen hatte, und die, mit verschiedenen Graden der Unterdrückung und des Terrors, bis in die Jahre der Protestbewegungen der Studenten und der Jugendlichen fortbestand. Daß die wenigen politisch engagierten marxistischen Theoretiker, wie Wolfgang Abendroth, ihre Lehrstühle über die Wiedergutmachungsphase hinaus retten und die lange erste Restaurationsphase nach dem Kriege, in der der Antikommunismus zur materiellen Gewalt wurde und der kritische Gehalt des Marxismus allenfalls durch die Frankfurter Schule und die Evangelischen Akademien erlernbar war, durchstehen konnten, ist weniger der Toleranz des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes als vielmehr der Tatsache zu danken, daß sie Beamte waren. Selbst Adorno, der erst auf Grund von Interventionen des SDS durch die damalige Hessische Landesregierung Anfang der fünfziger Jahre ein persönliches Ordinariat erhielt, hat nie einen Ruf einer anderen deutschen Universität erhalten. Grundsätzlich hat sich an dieser Situation bis heute nichts geändert. Auf tausend bürgerliche, einschließlich rechtskonservativen und faschistischen Ideen nahestehenden Wissenschaftler, kommen heute sicherlich nicht mehr als zehn, die ohne bewußte oder unbewußte, das heißt in ihrem Wissenschaftsansatz programmierte Verfälschung Informationen über den Marxismus, über Methoden und Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie und der materialistischen Geschichtsauffassung vermitteln. In manchen Disziplinen lehrt kein einziger marxistischer Wissenschaftler.

Wenn wir diese realen Machtverhältnisse an den westdeutschen Hochschulen und in den Forschungsinstituten nicht richtig einschätzen, dürfte es sehr schwierig sein, den in Gang gekommenen Prozeß der "Erneuerung" des Marxismus und der politisch folgenreichen Vermittlung seiner Lehrgehalte unter dem wachsenden Druck der auch in den Köpfen der Studenten deutlich spürbaren Wirkungen technokratischer Einschränkungen der Lernprozesse und der politischen Repression gegen Linke an den Universitäten fortzuführen oder auch nur die vorhandenen Positionen zu behaupten. Eine der wichtigsten Aufgaben sozialistischer Wissenschaftler besteht deshalb gegenwärtig darin, den bloßen *Parallelismus*, das abstrakte Nebeneinander von Marxismus und bürgerlicher Wissenschaft, aufzuheben und die erreichten Positionen abzusichern durch eine offensive marxistische Kritik bürgerlicher Methoden und wissenschaftstheoretischer Ansätze, sowie deren Forschungsresultate und Lehrgehalte. Für diesen Zweck ist es notwendig, daß die Kritik nicht, wie bisher üblich, in ihrer Reinform fast ausschließlich positiv dargestellt und unendlich wiederholt wird, sondern in die Stärke der Argumente, in das organisierende Zentrum der Theorie des Gegners eingeht, sich also nicht damit beruhigt, daß bürgerliche Wissenschaftler "konzeptive Ideologen" des Kapitals, der herrschenden Klasse sind. Diese Stärke der Argumente, in der die Schwerkraft der bestehenden Verhältnisse sich ausdrückt, ist gemeint, wenn Marx gegenüber bloß subjektiven Auffassungen von Manipulation und Verschwörung Ideologie als ein objektiv falsches Bewußtsein bestimmt, das ein notwendiges Moment darin hat, daß es mit der bestehenden Produktions-

weise verknüpft ist. Ideologien sind realitätshaltig, keine bloßen Denkfehler oder subjektive Erfindungen. Erheblich behindert wird diese überwiegend heute noch von Universitäts-Intellektuellen getragene *offensive* Verteidigung des Marxismus in Westdeutschland allerdings dadurch, daß es hier nur geringe Ansätze der lebendigen Verbindung zwischen dieser institutionell geprägten Marxrezeption und der Arbeiterklasse gibt. Denn wenn die gegenwärtige Krise zu einer erheblichen Verschärfung der Klassenkämpfe führen sollte, wofür es augenblicklich allerdings kaum sichtbare Zeichen in Massenaktionen gibt, wird sich das Bedürfnis der Arbeiter nach Erklärungen des Kapitalismus als einem strukturellem Krisenzusammenhang nicht automatisch vergrößern.

Im Unterschied zu Italien und Frankreich, wo durch die Tradition des antifaschistischen Widerstandes (vielfach auch schon vorher) eine lebendige Austauschbeziehung zwischen der theoretischen Produktionsweise der marxistisch orientierten Intelligenz an den Hochschulen und den revolutionären Kadern der Arbeiterbewegung entstanden ist und dort bis heute das wesentlich praktischere Klima der Marxismusdiskussion prägt, haben in Westdeutschland der Faschismus, der militante Antikommunismus und die lange Restaurationsperiode zur Austrocknung des Spektrums marxistischer Fragestellungen in den praktischen Zusammenhängen der Klassenkämpfe geführt, was unmittelbare Rückwirkungen auf den Universitäts-Marxismus hat.

Unter diesen Bedingungen ist das, was an den Hochschulen und Instituten an marxistischer Wissenschaft betrieben wird, zunächst die völlig legitime Befriedigung eines intellektuellen Nachholbedarfs, freilich mit allen Symptomen der formalen, auf Wiederherstellung des unverfälschten theoretischen Wahrheitsgehalts der Marxschen Lehre bedachten Radikalität des Quellenfetischs, die sich aus der Isolierung von den realen Klassenkämpfen fast zwangsläufig ergibt. Marx sprach 1851, als sich die zermürbende und zeitraubende Arbeit in den sozialistischen Sekten als sinnlos erwies, von der Notwendigkeit einer "authentischen Isolation" der Theorieproduktion; heute ist diese Isolation nicht mehr bruchlos zu vollziehen; sie schlägt sich in theorie- und praxisrelevanten Deformationen nieder.

Es ist deshalb die absolut notwendige Weiterentwicklung der marxistischen Theorie und deren Vermittlung wider Willen eine Art *Vorratsproduktion*, die Verhältnisse antizipiert und herzustellen beabsichtigt, unter denen eine revolutionäre Klassenbewegung die marxistische Wissenschaft tatsächlich braucht. Zwar ist das eine notwendige Zielvorstellung, doch die Realität zementiert eher die Isolierung. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, daß der Marxismus dort, wo er im Produktionszusammenhang von sozialistischen Wissenschaftlern als Form ihrer Alltagspraxis aufgenommen und in Lehrveranstaltungen vermittelt wird, nicht in eine zusätzliche Isolierung und Formalisierung gedrängt wird: in die ohnmächtige Isolierung von der methodisch organisierten Erfahrung der bürgerlichen Wissenschaften, welche die Sozialisationsresultate von Familie und Schule vielfach bestätigen.

Alle Erfahrungen einer auf diesen Nachholbedarf gerichteten intensiven, in den offiziellen Lehrplan einbezogenen "Kapital"-Schulung,

die sich auf die zunächst notwendig dogmatische Einübung in das marxistische Denken beschränkt, weisen darauf hin, daß die konsequente Anwendung Marxscher Begriffe (wie Ware, produktive und unproduktive Arbeit, Klasse) auf beliebige Gegenstände anfangs von einer großen Zahl politisch disponierter Studenten als Akt der Befreiung verstanden wurde, weil diese Totalitätsbegriffe ihnen neuartige, den eigenen, vielfach diffusen Emanzipationsbedürfnissen entgegenkommende strukturierende Interpretationen des Selbst- und Wirklichkeitsverständnisses ermöglichten. Die greifbare Chance, den Leidensweg der individuellen Bildungs- und Sozialisationsgeschichte als Ausdruck von Klassenherrschaft zu dechiffrieren, eröffnete gleichzeitig Perspektiven von Erkenntnisprozessen, die Spaß machen. Dieser Spaß hört allerdings dann auf, wenn die Aneignung des Marxismus zum regulären Gegenstand von Lehrveranstaltungen wird, mit Leistungsnachweisen und Leistungskonkurrenz. Dann legt sich die epochale Gestalt der Marxschen Theorie wie ein Alp auf die Lernprozesse, ein Druck, der dadurch noch verstärkt wird, daß die Studenten von Marx lernen, diese Theorie sei wesentlich eine Anleitung zur wissenschaftlichen Forschung *und* zum politischen Handeln; von beidem sind sie aber weitgehend ausgeschlossen. Unter der Hand verändert sich so eine Theorie, die mit dem revolutionären Versprechen eines Beitrages zur Erklärung und praktischen Aufhebung aller Verhältnisse auftritt, unter denen der Mensch ein erniedrigtes, verlassenes und ausgebeutetes Dasein zu führen gezwungen ist, in einen *Examensgegenstand*, der die während der Studentenrevolte relativierten Abwehrmechanismen, Leistungsängste und autoritätsgebundenen Reaktionsweisen in voller Kraft, verstärkt durch Restaurationsbedingungen auf ganzer Linie, wieder mobilisiert.

Die Tatsache, daß sich innerhalb der fortbestehenden bürgerlichen Aneignungsweise des Wissens lediglich die *Inhalte* verändern und thematische Schwerpunktverlagerungen in dem Sinne vorgenommen werden, daß an einigen Hochschulen nicht mehr Schichten, sondern Klassen, daß nicht mehr die Geschichte von Haupt- und Staatsaktionen, sondern die Geschichte der Arbeiterbewegung, daß nicht mehr die Oberflächentheorien von Keynesianern und Neoklassikern, sondern die Kritik der politischen Ökonomie im Vordergrund des Lehrangebots stehen - diese Tatsache ist nicht durch den guten Willen oder das didaktische Geschick der Lehrpersonen auszugleichen. Daß auch bei diesen inhaltlichen Schwerpunktverlagerungen sehr viel Neues gelernt werden kann, steht außer Frage, doch das eigentliche Problem besteht darin, *daß die kritische Substanz des Marxismus dabei verloren zu gehen droht. Bleiben nämlich Produktions- und Aneignungsweisen der Marxschen Theorie unverändert, und das heißt: dem gesamten Produktionsapparat der bürgerlichen Öffentlichkeit mit seinen Ausgrenzungsmechanismen völlig verhaftet, so werden in dem Maße, wie die Zahl der durch die technokratischen Regulierungsmechanismen der Schulen geschleusten und häufig gar nicht mehr mit politischen Vorstellungen an die Hochschule kommenden Studenten zunimmt, Verhaltensweisen eines verschwiegenen Opportunismus Platz greifen.* Durch die Penetranz des hier und da massiv konzentrierten Angebots und durch die curriculare Organisation eines fugenlosen Zusammenhangs von Marx-Veranstaltungen können sich Formen der inneren Abwehr des Marxismus bilden, bis hin zur Entstehung anti-marxistischer Ressentiments.

Auch die Marxisten, die an den sogenannten Reformuniversitäten ihren

Arbeitsplatz haben, sehen sich in doppelter Weise bedrängt: diese Hochschulen wurden in der überwiegenden Zahl der Fälle durch eine schamlose Ausbeutung der Arbeitskraft linker Wissenschaftler aufgebaut, die im Bewußtsein neuartiger, emanzipatorischer Lernprozesse ihre ganze Energie in die Planung und in die Gremienarbeit investierten und die heute, weil sie oft ihre persönliche, über akademische Leistungsnachweise vermittelte Karriere vernachlässigten, keine Planstellen mehr bekommen, also in Zukunft die akademische Reservearmee bevölkern werden. Sie haben entschieden die Forderung eines praxisbezogenen Studiums sowie die Kopplung verschiedenartiger projektorientierter Studiengänge vertreten, nicht zuletzt im Sinne der Veränderung der Zusammensetzung der sozialen Herkunft der Studierenden. Die beabsichtigte Integration durch Zusammenfügung relativ heterogener Ausbildungsgänge von Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen und traditionellen Universitäten zu neuen Gesamthochschulen hat inzwischen jedoch ihre Funktion total verändert; sie hat zu einer sich immer weiter einschränkenden Situation für die systemkritischen Studieninhalte geführt. (Vgl. Reform und Repression an der Universität: Zerstörung akademischer Bildung und die Chancen der Politisierung, in: Gründungsresolution des SDS Hannover, Publikationen Sozialistischer Deutscher Studenten, 1974 Hannover)
Durch diesen personellen und institutionellen Aspekt wird sich der Druck der bürgerlichen Wissenschaften und des traditionellen Lehrbetriebes erheblich vergrößern. Auch aus diesem Grunde ist es notwendig, das vielfach bestehende Insel-Dasein, die Isolierung der marxistischen Theorieproduktion und der Ausbildung von den sie in der Universität umgebenden Gehalten bürgerlicher Wissenschaften aufzugeben und offensiv aufzubrechen. Wie soll zum Beispiel ein Lehrerstudent, der morgens eine Veranstaltung in Pädagogik über die Feinstruktur von Curricula auf der Basis der traditionellen Lerntheorie mitmacht, mittags eine Vorlesung über Linguistik hört und abends sich genötigt sieht, die verschlungenen Argumentationen des Warenkapitels nachzuvollziehen - wie soll er diese zum Teil recht antagonistischen Theoriestücke "verarbeiten", in seinem Kopf zusammensetzen? Ich rede hier vom Durchschnittsstudenten, nicht von den wenigen, die ihren Ausbildungsprozeß mit der politischen Bewußtseinsbildung verbinden. Im Bewußtsein dieses Durchschnittsstudenten werden diese Dinge wie Steine nebeneinander liegenbleiben und nicht zusammenhängender sein als das, was Marx in der trinitarischen Formel beschreibt: wie Notariatsgebühren, rote Rüben und Musik.

THEORIEENTWICKLUNG UND EXEMPLARISCHE DIDAKTIK

Unter den angeführten gesellschaftlichen Bedingungen weisen unmittelbare Erfahrungen, mit denen die Studenten auf die Hochschulen kommen, und in geschichtlichen Theorien akkumulierte und in spezifischer Weise organisierte kollektive Erfahrungen immer stärker auseinander; jedenfalls ist dieser Graben, der unmittelbare Erfahrungen und Theorie trennt, durch politische Aktivität häufig nur sporadisch und individuell zu überbrücken. Andererseits haben die linken Hochschullehrer ebenso wie die Studenten meist ein Bewußtsein davon, daß im pädagogischen Arbeitsprozeß der Hochschule eine Vermittlung beider Ebenen notwendig ist.

Um die Möglichkeiten einer solchen Vermittlung genauer bestimmen zu können, ist es zunächst nötig, zwei Dinge klar voneinander zu trennen: zum einen die *Theorieentwicklung* als systematische Herstellung und Aneignung von Erkenntnis. Diese Theorieentwicklung geht in der logischen Struktur und in ihrem Erfahrungsgehalt sicherlich auf erkenntnisleitende Interessen der Praxis (der Klassenkämpfe wie der technischen Verfügung) zurück, ist aber gleichzeitig Produkt einer arbeitsteilig nach immanenten Gesetzen ablaufenden Produktionsweise. Zum anderen die exemplarische *Didaktik*, die von unmittelbaren Bedürfnissen, Interessen, Konflikten, entfremdeten Bewußtseinsformen der Studenten ausgeht, sie erklärt, in ihren Ambivalenzen und Widersprüchen weitertreibt, auf das Niveau ihrer Vermitteltheit bringt.

Zerfallsprodukte einer mißlungenen didaktischen Vermittlung von Theorieentwicklung und exemplarischer Pädagogik zeigen sich, im Extremfall, in der abstrakten Polarität von "Kapital"-Logikern und Anhängern der Gruppendynamik, denen im allgemeinen die *Besetzungs- und Orientierungsinhalte* psychischer Mechanismen aus dem Blick geraten. Charakteristisch für die erste Position ist das aus politischem Scheitern geborene, aber immer stärker sich verbreitende Programm der Roten Zellen/AK München, aus der Darstellungslogik des "Kapitals" unmittelbar die adäquaten Formen der Partei und der Gewerkschaften, ja die Alltagspraxis abzuleiten. Ein Versuch, dieses abstrakte Auseinanderfallen jener zwei für den Bildungsprozeß gleich wichtigen Erfahrungsebenen von der Seite der Selbsterfahrungsprozesse aufzuheben, ist der Ansatz von Michael Vester. Er muß meines Erachtens jedoch ein Stück weitergeführt werden.

Als illusionär hat sich bisher erwiesen, die Theorienentwicklung direkt mit den Interessen der Studenten zu verbinden; in jeder Lehrveranstaltung tritt wenigstens einmal kollektiver Protest mit der Frage auf: was hat Kant, was hat Hegel, was Max Weber mit *unseren* Interessen zu tun? Es war dann regelmäßig eine scholastische Argumentation nötig, warum eine solche Verbindung, wenn auch auf höchst vermittelte Weise, doch besteht. Die Tatsache, daß hier überhaupt noch ein Mangel empfunden wird, ist ein Hinweis darauf, daß die Erkenntnisinteressen noch nicht vollständig verschüttet sind. Aber um sie befriedigen zu können, bedarf es einer konkreten Differenzierung der didaktischen Dimensionen, die ihre eigenen, vom jeweiligen Gegenstand her bestimmten Regeln haben.

Unter exemplarischem Unterricht verstehe ich Veranstaltungen, die eine durch gegebene Interessen, Erfahrungen und den kognitiven Assoziationshorizont der Studenten bedingte Einstiegsproblematik haben. (Zur genaueren Charakterisierung des Begriffs des exemplarischen Lernens verweise ich auf meine Untersuchung: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/M. 1971.)
Um diese Voraussetzungen zu klären, bedarf es einer Diskussion, in der sich die diffusen Erfahrungen, Interessen und Konflikte der Studenten auf dem Hintergrund der vom Hochschullehrer eingebrachten Analysen oder Annahmen über diese Interessen und Konflikte artikulieren und organisieren. Daß nicht alle individuellen Interessen und Bedürfnisse auch nur in dieser lockeren Form der Objektivierung berücksichtigt werden können, liegt auf der Hand; aber es sind ohnehin nicht nur Interessen, die hier zur Debatte stehen, sondern es ist der ge-

samte kognitive Assoziationshorizont, von dem auszugehen ist, der zunächst phänomenologisch aufgegriffen werden muß. Jeder Student bringt *seine* Vorstellungen über Technik, über den Staat, über die Schule usw. mit, und zwar in einer meist totalisierenden Betrachtungsweise, die häufig allerdings nur durch erfahrungsbedingte Schwerpunkte Konturen erhält.

Bildungsprozesse müssen, wenn sie überhaupt Lernmotivationen erzeugen sollen, durch diese mehr oder minder entfremdeten Bewußtseinsformen und Interessen hindurch, anderenfalls, durch bloße *Konfrontation mit dem richtigen Bewußtsein*, erhält sich ihre materielle Kraft, und es ist eine Frage der Zeit, wann die alte Schicht wieder aufbricht. Auch auf didaktischer Ebene kommt hier ein Grundproblem der Linken hierzulande zum Ausdruck: *sie hatte selten Probleme mit der Wahrheit, wohl aber große Probleme mit dem Schein.*

Es wäre falsch, wollte man die von Alltagserfahrungen ausgehenden exemplarischen Unterrichtsformen an der Betrachtung derjenigen Institutionen und Organisationen festmachen, in denen sie gewonnen werden, zum Beispiel an der Familie, Schule, Universität. Solche Insitutionen prägen zwar wesentlich die Erfahrungen der Studenten, sie weisen aber in doppelter Hinsicht über sich hinaus: zum einen bilden sie den konkreten, sinnlich-faßbaren Erfahrungsraum, in dem wesentlich auch darüber entschieden wird, welche vermittelten Vorstellungen sie sonst über die Gesellschaft haben; zum anderen ist in diesen Institutionen stets die Gesamtgesellschaft in spezifischer Weise, durch besondere Gesetze, Regeln, Repressionen, zum Beispiel das Kapital und der Staat präsent. Exemplarisches Lernen in der Universität würde gerade darin bestehen, die unmittelbaren Erfahrungen und Interessen, in einem Prozeß abnehmender Abstraktion, auf die wesentlichen gesellschaftlichen *Erfahrungsbedingungen* zurückzuführen, im Prinzip am Leitfaden der Assoziationen der Studenten selber. Immer bedeutet die exemplarische Entwicklung eines Gegenstandes das tendenzielle Rückgängigmachen von akademischen Arbeitsteilungen.

Ein weiterführendes Problem in diesem Zusammenhang ist die Projektorientierung universitärer Bildungsprozesse. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß die Entwicklung eigener Projekte in Lehrveranstaltungen nur in seltenen Fällen gelingt, in der Regel jedoch eine totale Überforderung der Studenten darstellt. Wenn dann noch die Erwartung hinzukommt, daß die Projekte Vermittlungsarbeit zu leisten haben, zwischen Theorie und Praxis, sinnlichen Anschauungen und Verstand, Universität und Leben, führen sie entweder zum Alptraum für die Studenten oder, wie Wolf Wagner zeigte, zu phantasievollem Wuchern von Bluff-Techniken. Demgegenüber ist zu überlegen, ob wir nicht neben den Projekten, die auf Institutionen oder auf tatsächliche Forschungsarbeit bezogen sind (zum Beispiel Projekte, die mit Gruppenpraktika in Schulen verbunden sind) auf abgeschlossene Forschungsprojekte zurückgreifen sollten, die in den Sozialwissenschaften Schule machten - ich nenne in diesem Zusammenhang nur einige wenige: die Hawthorne-Studie, Arbeitslose in Marienfeld, das Gruppenexperiment, eine Studie des Instituts für Sozialforschung, Schumann/Kern, usw. Diese wären nachzuvollziehen, nicht nur in den Resultaten, sondern in der ganzen Logik und im ganzen Interessenzusammenhang eines solchen Untersuchungsprojekts. Das erfordert eine genaue Auswahl und ist sicher-

lich in den Quantifizierungsaussagen nicht immer exakt rekonstruierbar; aber die Einbeziehung von Randmaterialien sowie der Entstehungsgeschichte derartiger Projekte könnte dazu beitragen, daß die Studenten in engeren, also kontrollierbareren Zusammenhängen in Prozesse wissenschaftlicher Produktion und Interpretation eingeführt werden. Nimmt man Projekte aus den bürgerlichen Sozialwissenschaften, so bedeutet das auch auf dieser Ebene ein Anknüpfen an falsches, aber realistisches Bewußtsein, in dessen Stärke die Kraft der Reflexion eingehen muß, um es auch in seinen Alltagsformen aufzubrechen. Kritik kann sich hier besser materialisieren als an Gegenständen, die wegen ihrer Komplexität wie beispielsweise weite geschichtliche Zeiträume im allgemeinen nur die Vermittlung von Überblickswissen erlauben.

Prinzipiell müssen exemplarische Lernprozesse, wenn sie nicht in Sackgassen geraten wollen, zur Bildung von geschichtlichem Gegenwartsbewußtsein beitragen; sie nehmen Problemstellungen auf, die sich aus der Gegenwart, auch dem gegenwärtigen Entwicklungsstand einer Wissenschaft, ergeben. Von hier aus stellt sich die Frage, welche Projekte der Vergangenheit sind notwendig, um gegenwärtige Probleme zu klären, wobei gleichzeitig sichtbar zu machen ist, in welcher Weise vergangenes Wissen zur Veränderung beiträgt oder, durch Aufdecken bestimmter Zusammenhänge, das Okkupationsfeld der herrschenden Gewalten vergrößert.

Bei allen diesen sehr fragmentarischen Überlegungen zum exemplarischen Unterricht in der Universität ist allerdings unerläßliche Voraussetzung, daß gleichzeitig die Theorieentwicklung und Theorievermittlung eine explizite Stellung in den Ausbildungsprozessen erhält, und zwar nicht in einer Hierarchie, bei der die Theorie den höheren Semestern vorbehalten ist, sondern gleichzeitig und in inhaltlicher Vermitteltheit mit dem exemplarischen Unterricht in allen Ausbildungsabschnitten. Im Grunde stellt sich in Ausbildungszusammenhängen ein ähnliches Problem wie in der politischen Organisationsfrage: die Beziehung zwischen zentraler Organisation und Arbeitsfeldern ist ein dialektischer Prozeß, der nicht arbeitsteilig auseinandergerissen werden kann, aber in seinen verschiedenen Teilen auch nicht eine dunkle Identität darstellt. Theorie, die hier als marxistische Theorie verstanden wird, und exemplarische Didaktik haben eigene "Gesetze", gleichwohl verliert beides die Substanz im Lernprozeß von Studenten und Hochschullehrern, wenn es nicht miteinander vermittelt ist. So ist der Nachweis der historischen und gesellschaftlichen Vermitteltheit von Interessen und Bedürfnissen ohne Theorie unmöglich, die utopische Dimension von praktischem Bewußtsein handelnder und denkender Individuen ohne Rekonstruktion des Unabgegoltenen der bisherigen Geschichte orientierungslos, weil die Geltungsmaßstäbe fehlen.

Aus alledem ergibt sich für mich, daß ich gegenwärtig nur zwei grundsätzlich verschiedene Typen von Unterrichtsangeboten sehe: *exemplarische Kurse,* die sicherlich in ihrem Stoff und in ihrer Organisationsform verschieden gestaltet sein können, und *Theoriekurse*. Theoriekurse, die zum Beispiel die Geschichte des soziologischen Denkens, Positivismus- und Werturteilsstreit, Theorie Durkheims, oder auch die Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie thematisieren, müßten auch in die bisherige Grundstufe eingebracht werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß sich überhaupt keine oder nur ganz abgehobene, abstrakte Theoriemotivationen herausbilden. Hinzu kommt,

daß wir bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation von Lehrern, den Hauptadressaten der sozialwissenschaftlichen Ausbildung (hier in Hannover und allgemein, soweit sie nicht in ein größeres Forschungsinstitut eingegliedert ist), die Ausbildung auf einen bestimmten Grad flexibler soziologischer Denkweise abstellen müssen.

Was die Theorieentwicklung betrifft, so führt kein Weg im Erziehungsprozeß von der "Kapital"-Logik zu den unmittelbaren Interessen. Da aber der Prozeß der Erneuerung des Marxismus begonnen hat, die alten Übertragungsschablonen aufgebrochen sind, gibt es die Hoffnung, daß die Rekonstruktion der Marxschen Gesellschaftstheorie und ihrer Geschichte auch jene Bruchstellen aufdeckt, an denen sich ganze Wirklichkeitsbereiche aus dem Marxismus ausgegliedert haben und von bürgerlichen Einzelwissenschaften und dann auch im Verwertungsinteresse okkupiert worden sind. Sie sind nicht post festum durch eine Erweiterung des Erkenntnisobjekts, sondern nur durch die Rekonstruktion der Geschichte des Marxismus hindurch zu reintegrieren. So gewinnen auch abgespaltene Bereiche wie Industriesoziologie, Psychologie (nicht nur als Verhaltenspsychologie), utopische und moralische Handlungsdimensionen eine neue Bedeutung, sowohl für die marxistische Theorie selber wie für Probleme ihrer Umsetzung, auch der didaktischen Umsetzung. Mit diesen Fragen beschäftigt sich der folgende Teil.

P.S. Brecht spricht, in einer fast unbekannten Notiz von Anfang der dreißiger Jahre, von einer großen und einer kleinen Pädagogik. Die große Pädagogik entsteht und hat ihr Betätigungsfeld in revolutionären Situationen. Nimmt man diese Terminologie, so handelt es sich bei meinen Überlegungen also um eine kleine Pädagogik.

DIE WENDUNG ZUR SUBSTANTIELLEN MARX-ORTHODOXIE

Diese Situationsbeschreibung mit ihren didaktischen Lösungsvorschlägen bezeichnet jedoch nur einen Teil der Probleme, mit denen der Marxismus an den westdeutschen Hochschulen konfrontiert ist. Es wäre völlig falsch zu meinen, die beschriebenen Isolierungen wären alleine dadurch aufzubrechen, daß man sich vorbehaltlos und konsequent auf den Klassenstandpunkt stellt, und das bedeutet im traditionellen Verständnis: daß sich der marxistische Wissenschaftler in einer "Partei" organisiert. Auch wäre die Meinung verfehlt, man könne im inneruniversitären Rahmen die Studenten am besten dadurch erreichen, daß man eine revolutionäre Didaktik entwickelt, daß die Methoden der Vermittlung verbessert und die Vermittlungsschritte durchsichtiger geplant werden. Diese Momente mögen in der konkreten Bildungsgeschichte von einzelnen Lehrpersonen und Studenten - wie auch im organisierten Lehrbetrieb - eine große Rolle spielen. Sie treffen aber nicht den Kern der Sache: *Fragen nach der Struktur der Marxschen Theorie und ihrer Erneuerung selber*. Diese Fragestellungen erschöpfen sich nicht in der genauen Situationseinschätzung des Marxismus an den Hochschulen und haben darin auch nicht ihren Ursprung, sondern umgekehrt: die Art und Weise, wie der Marxismus an den Hochschulen auftritt und vermittelt wird, ist spezieller, die Schwierigkeiten allerdings verschärfender Ausdruck eines verbreiteten Marxverständnisses, dem ein wesentliches Element fehlt: nämlich die *Reflexion auf die historische Schranke* und damit auf den geschichtlichen Gehalt dieser Theorie, der

unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen für das Aufschlüsseln der Realität und für politische Aktivität nur wirksam, "verlebendigt", in den Fluß realer geschichtlicher Bewegungen einbezogen werden kann, wenn die Marxsche Theorie selber nicht als ein geschlossenes, als Weltanschauung widerspruchslos und einspruchslos gemachtes Lehrgebäude aufgefaßt wird, sondern als Resultat geschichtlicher Kämpfe und gesellschaftlicher Widersprüche begriffen und für die Erklärung heutiger Verhältnisse aufgebrochen wird. Der Marxsche Materialismus unterscheidet sich von allen anderen Theorien dadurch, daß er nicht allgemeine, zeitlos gültige Wahrheiten verkündet, sondern daß das *Konkret-Allgemeine,* der Wahrheitsgehalt, gerade im Besonderen, in der gesellschaftlichen Formbestimmtheit und in der historischen Spezifikation besteht. Alle materialistischen Kategorien tragen das momentum mori in sich, die Tendenz zur Selbstaufhebung; indem sie revolutionäre Praxis vorantreiben, tragen sie zur Aufhebung der Verhältnisse bei, unter denen sie notwendig waren.

Was Brecht einmal Einschüchterung durch Klassizität nennt, gilt auch für den Marxismus; nur die kritische Zugangsweise wird seinem kritischen Gehalt gerecht, eine positive Darstellung der Kritik, die sich nicht an ihr fremden, "entfremdeten", ihr entgegenstehenden Gegenständen bewährt, büßt die Kraft der revolutionären Dialektik ein und verkommt zu einem den Dingen bloß äußerlichen Hantieren mit Grundgesetzen, Haupt- und Nebenwidersprüchen , allgemeinen Gesetzen, Formeln der Übersicht und Klassifizierung, die nichts anderes sind als die in die Wissenschaftssprache übersetzten und verdinglichten Wertabstraktionen der kapitalistischen Warenproduktion.

Ich habe bereits gesagt, daß die offenkundigen Schwierigkeiten bei der Lektüre der Schriften von Marx und Engels nicht bloß auf eine mangelhafte Didaktik oder auf das Fehlen klassenbewußter, am Marxismus geschulter Kader der westdeutschen Arbeiterklasse zurückzuführen sind. Es geht vielmehr um ein systematisches Problem dieser Theorie, die ihrem Wahrheitsgehalt nach auf die Erneuerung und die Verlebendigung ihrer Kategorien unter jeweils existierenden gesellschaftlichen Bedingungen angewiesen ist. Dabei wäre es allerdings völlig verfehlt, wollte man nicht die wichtigen Materialanalysen, erkenntnistheoretischen, politisch-ökonomischen und klassentheoretischen Ansätze zur Kenntnis nehmen, die in den letzten zehn Jahren entwickelt worden sind und die die politische Dimension und das Diskussionsklima dieser Erneuerung und Wiederherstellung des revolutionären Gehalts der Marxschen Theorie maßgeblich geprägt haben. Dafür nur einige Beispiele: In der Kritik der politischen Ökonomie sind es vor allem die Untersuchungen von Ernest Mandel und Elmar Altvater, die, auf genaue Rekonstruktion der Methode und der systematischen Erkenntnisse der Marxschen Ökonomie bedacht, ihr Erkenntnisinteresse wesentlich auf die Analysen der Bewegungsgesetze der gegenwärtigen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftsordnungen richten und insoweit die *Dialektik von Begriff und Realität, Theorie und politischer Praxis zu entfalten* versuchen. Es gibt wichtige, empirisches Material einbeziehende Projekte über die Differenzierung von Arbeitsformen, die Struktur gegenwärtiger Klassenverhältnisse, Analysen des Bildungssektors usw. Selbst die philosophisch-systematische, mit philologischer Exaktheit vorgehende Rekonstruktion zentraler Lehrstücke der Marxschen Theorie, wie sie Alfred Schmidt in seinem Buch über den

Naturbegriff und Helmut Reichelt in seiner Untersuchung "Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs" liefern, haben unter Bedingungen, unter denen allmählich im Nebel verschwunden war, was einzelne Kategorien bei Marx selbst bedeuten, ihren guten politischen Sinn und sind keineswegs als akademische Fingerübungen der Marx-Philologie anzusehen.

Diese Wendung zur substantiellen Marx-Orthodoxie, insbesondere zur exakten Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie, hat ein lebendiges politisches Erkenntnisinteresse zur Grundlage: zum einen den Versuch, aus der auf individuelle Emanzipation gerichteten Protestbewegung, die ihre objektiven Schranken in der bestehenden Produktionsweise und im politischen Herrschaftssystem des Kapitalismus kaum wahrgenommen hatte, in ihrem Scheitern zu erklären. Allerdings kam dieses Erkenntnisinteresse häufig mehr unbewußt in der Absicht zum Ausdruck, die emanzipatorischen Elemente aufzunehmen und in den politisch-ökonomischen Erklärungszusammenhang einzubeziehen. Zum anderen ist es das Aufbrechen der in der Wachstumsphase der fünfziger Jahre scheinbar stornierten Klassenkämpfe in vielfältigen Formen, wie sie weder der traditionelle Marxismus noch einzelne bürgerliche Theorien, die die Arbeiterklasse als neues Forschungsgebiet entdeckt hatten, zu begreifen imstande waren. Die Problematisierung des vorwiegend vom Sowjet-Marxismus geprägten Marxverständnisses ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die chinesische und die kubanische Revolution wie auch andere revolutionäre Bewegungen in der Dritten Welt mit den theoretischen und organisatorischen Mustern der Oktoberrevolution kaum noch adäquat erfaßt werden können. Diese Formen der *objektiven* Verlebendigung der Theorien von Marx, Engels und Lenin, wie sie sich in den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ebenso wie in den Klassenkämpfen einzelner westeuropäischer Länder zeigen, sind im Theoriebewußtsein über den Marxismus noch nicht voll eingeholt, haben ihre historische Spezifikation, die Konkretisierung im Zusammenhang spätkapitalistischer ökonomischer Bewegungsgesetze und der darauf gegründeten politischen Herrschaftssysteme noch nicht erreicht.

"REVISION" UND "ERNEUERUNG" DES MARXISMUS

Was Rosa Luxemburg von den Dingen im allgemeinen sagt, gilt im Grunde auch von den Kategorien und Begriffen, selbst wenn sie in ihrem ursprünglichen Gehalt noch so historisch und dialektisch konzipiert sind. "Wir sind alle, mögen wir noch so dialektisch denken, in unseren unmittelbaren Bewußtseinszuständen unverbesserliche Metaphysiker, die an der Unwandelbarkeit der Dinge kleben."

R. Lux.

Um hier von vornherein Mißverständnisse zu vermeiden, ist es nötig, einen klaren und unmißverständlichen Unterschied zu machen: den zwischen "Erneuerung" und "Revision" des Marxismus. Die Revisionen des Marxismus bestehen darin, die materialistische Dialektik als dunklen Zaubertrick zu denunzieren und stattdessen den Herrschaftsapparat der formalen Logik mit allen seinen Folgekosten wieder in seine Rechte einzusetzen, so die Unaufhebbarkeit des Bruchs von Sein und Sollen, die abstrakte Klarheit der Trennung von Ökonomie und Politik, von normativer Struktur des Rechts und wechselnden ökonomischen Inhalten, von Wissenschaft als Beruf und Politik als Beruf usw.

Der Revisionismus, der keinen *Begriff konkreter Allgemeinheit* kennt, beruht seit Bernstein, für den die Urquelle aller Fehler des Marxismus auf Hegelsche Restposten, vor allem auf die Fallstricke der Dialektik zurückgeht, und seit Bebel, dem es lieber gewesen wäre, daß die Mehrwertlehre nicht ein Intellektueller, sondern ein Handwerker formuliert hätte,auf der Zerreißung und Zerfaserung einer objektiv durch das Wertgesetz konstituierten, das heißt aber gleichzeitig, durch das Denken und Handeln von Klassen und Subjekten vermittelten gesellschaftlichen Wirklichkeit.

"Erneuerung" des Marxismus hat genau das Gegenteil zum bestimmenden Zweck: die *Wiederherstellung des Erfahrungsgehalts der materialistischen Dialektik* in dem Sinne, wie sie Rosa Luxemburg und Lenin in Richtung auf das Verhältnis von Spontaneität und Organisation, Massenaktivität und Partei, Staat und Selbstverwaltung unternommen haben. Stets geht es bei dieser Art der Erneuerung, der lebendigen Vergegenwärtigung um die *Wiederherstellung der materiellen Basis* der Theorie-Praxis-Dialektik. Ohne Rückwendung zur Erfahrungs- und Aktionsweise der Massen und zur konkreten, die objektiven Realisierungsbedingungen einschließenden Utopie der Selbstorganisation und der Selbstverwaltung der Menschen muß diese Theorie-Praxis-Dialektik zwangsläufig in eine idealistische oder gar voluntaristische Sackgasse geraten. Sie kann legitimerweise mit dem Anspruch einer *materialistischen* Dialektik nicht mehr auftreten. Es ist in diesem Zusammenhang keineswegs plausibler zu meinen, das Gelingen revolutionärer Prozesse, eine objektive revolutionäre Situation unterstellt, würde ausschließlich abhängen von der Schlagkraft und Disziplinierthеit einer Partei, als dem Glauben nachzuhängen, die Massen würden sich auf dem Wege spontaner Aktionen und ohne Zusammenfassung und Organisierung ihrer Erfahrungen befreien. Beides, meine ich, ist falsch. Denn ohne Bewußtsein der Kontingenz, der spezifischen Konstellation der materiellen Kräfte, die bis hin zu einem bestimmten Knotenpunkt stets alternative Entwicklungsmöglichkeiten offenhalten, wird die Dialektik zu einem Schema des Fortschritts, das sich auch durch Niederlagen und Katastrophen nicht beirren läßt, zur Entfaltungslogik des absoluten Geistes, der in den sichtbaren Erscheinungen lediglich dingliche Gestalt annimmt, sich realisiert.

Es gehört nun zu der Struktur einer *epochalen Theorie* wie der von Marx und Engels, daß sie alle Mittel der Kritik, selbst die der Reflexion der historischen Schranke ihrer Erkenntnis und der Weiterentwicklung einzelner Ansätze an die Hand gibt, ohne daß eine einzige wesentliche Kategorie oder Erkenntnis aufgegeben werden müßte. Und es gehört weiter zur Struktur dieser Theorie, daß sie unter veränderten geschichtlichen Bedingungen der Erneuerung notwendig bedarf, weil sie nicht nach denselben Kriterien verifiziert und falsifiziert werden kann wie andere Theorien, zum Beispiel die von Max Weber. Denn da sie sich nicht auf ein "positives" Erkenntnisinteresse in dem Sinne beschränken läßt,daß sie Verhältnisse,sie seien nun richtig oder falsch, lediglich exakt wiedergeben, eventuell auf empirische Regelmäßigkeiten oder auf geschichtsphilosophische Tendenzen bringen, müssen die in ihren *Kategorien benannten Verhältnisse, Klassenstrukturen, Ausbeutung und Unterdrückung aus der Welt verschwinden, damit der Begriff der Widerlegung einen verständlichen Sinn bekommen kann*. Eine solche Erneuerung setzt allerdings voraus, daß zum einen

mit dem Tabu des Schwerpunktdenkens, der weltanschaulichen Hierarchie der Marxschen Erkenntnisse und Begriffe, zum anderen mit der abstrakt-idealistischen Auffassung gebrochen wird, daß alle wesentlichen Erkenntnisse, auch der gegenwärtigen Realität, der Naturwissenschaften wie der bürgerlichen Einzelwissenschaften, als "geniale Keimformen" in der Marxschen Theorie bereits enthalten seien.

DREI PHASEN DER GESCHICHTLICHEN ERNEUERUNGSARBEIT

Nimmt man ein grobes Schema zur Hilfe, das lediglich Schnittpunkte der Entwicklung, Stationen der Orientierung bezeichnet, so zeichnen sich für mich drei Stadien dieser Marx-Erneuerung ab. Daß es gerade drei sind, hat nichts mit einer geheimnisvollen Dialektik zu tun, etwa einem Drei-Stadien-Gesetz der Wissenschaftsgeschichte des Marxismus, sondern mit der historischen Entwicklung - sicherlich werden es in der zukünftigen Geschichte mehr als drei werden. Das erste Stadium ist, wie bereits angedeutet, durch die Theorien von Rosa Luxemburg und Lenin gekennzeichnet; das zweite Stadium läßt sich nicht einfach auf einzelne Personen und deren Theorien bringen, sondern ist Ausdruck eines durch schwere politische Identitätskrisen und durch Realitätsbedürfnisse zahlreicher linker Intellektueller charakterisierbaren Zustandes, für den die vorliegende, vor allem durch den Erfolg der Oktoberrevolution als realitätsmächtig bewährte Form der marxistischen Theorie keine zureichenden Erklärungen und Begriffe mehr anbietet. Lukacs, Brecht, Korsch, der frühe Horkheimer, Bloch, - das sind einzelne Namen und theoretische Ansätze dieser geschichtlichen Epoche, in der *drei traumatische Erfahrungen für die Intellektuellen* (und, wie sich gezeigt hat, keineswegs nur für sie) bestimmend waren, Erfahrungen, die kaum voneinander zu trennen sind, aber in ganz verschiedenen theoretischen Produktionsweisen und Formen verarbeitet werden: allmählich wird sichtbar, daß die Chancen revolutionärer Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern des Westens beständig abnehmen. Es wachsen vielmehr die Chancen konterrevolutionärer Entwicklungen, zunächst in Italien, dann in Deutschland, bis zur nahezu widerstandslosen Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Schließlich zerstört der Stalinismus mit der Konzeption des "Sozialismus in einem Lande" und der terroristischen Industrialisierung einen großen Teil der Emanzipationshoffnungen, die sich an die Oktoberrevolution geknüpft hatten.

Was die Wissenschaftsgeschichte des Marxismus betrifft, so war die Erfahrung des Widerspruchs entscheidend, daß nach den auf den sich verschärfenden kapitalistischen Krisenzusammenhang gerichteten Aussagen der marxistischen politischen Ökonomie die Situation für eine revolutionäre Umwälzung reif sei, während sich doch die realen politischen Machtverhältnisse immer mehr zu Ungunsten der Arbeiterbewegung verschoben. Kein Wunder, daß Wilhelm Reich und viele andere, die der politischen Ökonomie als einer Fundamentalwissenschaft der Gesellschaftsanalyse mißtrauten, der Überzeugung waren, daß die offizielle Marxsche Theorie die subjektiven Bedingungen revolutionären und konterrevolutionären Handelns, Sozialisation und empirisches Bewußtsein, die realen Erfahrungen der Massen in ihren Lebenszusammenhängen, nicht begriffen hat und deshalb zu einer abstrakten Utopie geworden sei. Mit dem Programm, die empirisch-soziologischen und kul-

turgeschichtlichen Grundlagen dieser für viele überraschenden Katastrophe, des hochzivilisierten Rückfalls in die Barbarei, zu untersuchen, sozialpsychologische Bedingungen, Vorurteilsstrukturen, die der bürgerlichen Kultur immamente Dialektik, usw. verbindet sich eine Rückwendung zu den Ursprüngen, zu Marx und Hegel. Der Marxismus löst sich dabei buchstäblich in verschiedene Momente auf, denen die Ursache des Übels des Ganzen aufgebürdet wird, die für das Ganze stehen (Erkenntnistheorie, Ästhetik, Kultur, utopische Antriebsmomente des Alltagsbewußtseins); jeder sucht nach einem Stück Erbe, das noch gerettet werden kann.

Bereits 1926 hatte Jürgen Kuczynski ein gegen die akademischen Interpretationen der Sozialdemokratie gerichtetes Buch mit dem programmatischen Titel "Zurück zu Marx" geschrieben. Daß diese Rückkehr, diese Wiederherstellung des materialistischen Gehalts der Marxschen Theorie, unter den veränderten gesellschaftlichen und historischen Bedingungen anders ausfallen mußte als in Lenins "Staat und Revolution", liegt auf der Hand; es ist aber unzutreffend, diese Theorien, die unter dem Titel "Westlicher Marxismus" zu Beginn der stalinistischen Periode politisch diskriminiert wurden, als bloße hegelianisierende und subjektivistische Abweichungen vom Marxismus zu bestimmen; vielmehr drückt sich in ihnen, wenn auch vielfach vereinseitigt, die Elendsgeschichte der Defizite der Marx-Orthodoxie aus, die die Fähigkeit zur lebendigen Gegenwartserfahrung verloren hatte.

Es ist nicht der Zweck meiner Überlegungen, diese zweite Periode der Marx-Erneuerung im einzelnen zu charakterisieren; diese kurzen Hinweise sollen nur die Überzeugung bekräftigen, daß mir eine Rekonstruktion der Marxschen Theorie unter heutigen Bedingungen nur durch die Analyse ihrer eigenen *geschichtlichen Formbestimmungen* im Zusammenhang realer gesellschaftlicher Bewegungen möglich erscheint, durch alle "häretischen" Abspaltungen hindurch, sofern sie reale geschichtliche Erfahrungsgehalte,ohne organisatorischen Legitimationszwang, also subversiv und in abgespaltenen Formen zum Ausdruck bringen. Das dritte Stadium der Erneuerung des Marxismus ist das, in dem wir uns gegenwärtig befinden; es soll im folgenden skizzenhaft an einigen Problemen charakterisiert werden. Dieser Versuch greift vorhandene Tendenzen der Marx-Rezeption auf und will so auch die Argumentationsrichtung einer kritischen Lektüre der Schriften von Marx und Engels bezeichnen.

POST-FESTUM-INTEGRATION UND DAS PROBLEM DER AUSGRENZUNG

Neuerdings neigen eine Reihe marxistischer Autoren dazu, Erkenntnisse und Methoden der bürgerlichen Einzelwissenschaften oder aus dem herkömmlichen Zusammenhang des Marxismus herausgefallene Gegenstandsbereiche in die Marxsche Theorie, unter vielversprechenden Etiketten wie "Marxismus und Soziologie", "Marxismus und Kybernetik", "Marxismus und Psychoanalyse" usw. zu integrieren. Die Quantenmechanik Plancks gilt als eine ohne marxistische Anleitung zustandegekommene Theorie, die geniale Keimformen der Engelsschen Naturdialektik weiterführe, weshalb sowjet-marxistische Autoren auf diesem höchst vermittelten Wege jetzt das Erstgeburtsrecht geltend machen. Kyber-

netik und systemtheoretische Gesichtspunkte werden zuweilen so behandelt, als würden sie in ihrer offenkundig auf technokratische Herrschaftszwecke gehenden Form der Marxschen Gesellschaftstheorie nicht nur nicht widersprechen, sondern als seien sie deren genuines, bisher freilich vernachlässigtes Produkt. Von der Freudschen Psychoanalyse ausgehende oder in ihrem kategorialen Bezugsrahmen denkende Theoretiker, die nicht zuletzt durch die Erfahrung der Protestbewegung ein Bewußtsein davon gewonnen haben, daß sie ohne die Verwendung der Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie die objektiven Prozesse der Sozialisation, der Sprachbildung und der Kommunikation nicht begreifen können, suchen die gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen von Subjektivität der Marxschen Theorie einzufügen. Ähnliches gilt ebenso für eine Reihe industriesoziologischer Ansätze und für Methoden und Resultate der empirischen Sozialforschung.

Es ist unbestreitbar, daß sich in dieser Entwicklung Tendenzen der Aufhebung der Berührungsangst gegenüber empirischem Material und bürgerlichen Einzelwissenschaften zeigen, durch die die Marx-Orthodoxie der zwanziger und dreißiger Jahre noch vollständig bestimmt und blokkiert ist. Es wäre aber ein gefährlicher Irrtum, wollte man die inzwischen nach eigenen Erkenntnisinteressen, institutionell organisierten Selektionsprinzipien (vested interests) und Methoden abgelaufenen Einzelwissenschaften, die in der Tat wesentlich reichhaltigeres Material geliefert haben als die entsprechenden marxistischen Analysen, nachträglich (mit dem Abstrich reiner kapitalistischer Verwertungsaussagen) in das im übrigen unverändert bleibende marxistische Kategoriensystem zu integrieren versuchen, ohne jene *Ausgrenzungsmechanismen* bewußt zu machen, durch die es bürgerlichen Wissenschaften gerade erleichtert und zum Teil sogar ermöglicht wurde, *sich einzelne Gegenstandsbereiche komplett anzueignen und mit Herrschaftsinteressen wissenschaftlich zu besetzen*. Es ist daher notwendig, die *historische Schranke* selber zu erkennen und im einzelnen zu benennen, die das Denken von Marx und Engels bestimmte - eine Schranke, die ja nichts mit subjektiven Irrtümern zu tun hat, sondern im Gegenteil darauf hinweist, daß eine solche Theorie die historisch gegebene "objektive Möglichkeit" der Erkenntnis vollkommen ausgeschöpft hat. Das fehlende Bewußtsein über diese Schranke, das Festnageln der Marxschen Theorie auf die Schranke, hat in der Geschichte der marxistischen Theoriebildung die fatale Folge gehabt, daß das unendliche Repetieren, das Kleben an Buchstaben und der Zitierwahn die bei Marx selber nicht ausgeführten, als differenzierter Gesetzeszusammenhang nicht ausführbaren, aber in der konkreten Totalität seiner Theorie angedeuteten Erkenntnisbereiche als Gedankensplitter liegen blieben, nicht weiter entwickelt wurden. In dem Maße, wie sie als abstrakte Vorgriffe durch eine *politische* Verbindlichkeit abgesichert und geschützt wurden, *sanken sie mit der Zeit auf ein vorwissenschaftliches, der objektiv erkennbaren Realität nicht mehr mächtiges Niveau herab.*

Dazu zwei Beispiele: das eine aus industriesoziologischen, das andere aus psychologischen Forschungsbereichen. Alle Elemente und methodischen Mittel einer kritischen Industriesoziologie finden sich im Marxschen Werk, nicht nur in der Beschreibung des Arbeitstages, wo dieser Zusammenhang thematisiert wird, sondern verstreut über seine gesamten Schriften. Warum sollte aber Marx unter den Bedingungen, unter denen der Industriearbeiter der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts stand, wo, wie Marx feststellt, die komplizierte Arbeit

im Grunde Ideologie ist, ein Interesse daran haben, eine an der Differenzierung von Arbeitsformen, technisch vermittelten Kooperationsformen, informellen Gruppenbildungen und an spezifischen innerbetrieblichen Konfliktsituationen entwickelte Industriesoziologie zu entwickeln? Die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse im Industriebetrieb waren so durchsichtig, das physische Elend so offenkundig, daß er mit den wenigen Bestimmungen über die Charaktermaske für den Kapitalisten, die hierarchisch gegliederten Positionen von betrieblichen Offizieren und Unteroffizieren usw. und dezidierten Beschreibungen technologischer Veränderungen (einschließlich ihrer Folgen für Kooperation und Arbeitsteilung, soweit sie das Verwertungsinteresse des Kapitals betreffen) nicht nur auskommen konnte, sondern es fehlte ihm buchstäblich das Realobjekt für eine differenzierte Analyse innerbetrieblicher Konfliktsituationen oder für das, was er einmal emphatisch die "politische Ökonomie der Arbeit" genannt hat. Da sich Marx weigerte, einfach in die Zukunft hineinzuspekulieren, zeigt sich hier in einem sehr positiven Sinne eine historische Schranke. Das gilt in ähnlicher Weise im übrigen auch für die von Marx entworfene "Enquête ouvrière", den ersten als empirisch zu bezeichnenden Fragebogen, der allerdings nur objektive, mehr oder weniger sozialstatistische Daten der Arbeiter festhält.

Mit der Herausbildung der Massenproduktion, wie sie in größerem Maßstabe mit der Erfindung der technisch vermittelten Organisation der Fließbandarbeit in der Autoindustrie des beginnenden 20.Jahrhunderts einsetzt, mit der Taylorisierung der Arbeitszeit und der Verwissenschaftlichung der Betriebsführung, schließlich mit der Legalisierung eines gewissen gewerkschaftlichen Einflusses im Betrieb, die zu dem führt, was Korsch "industriellen Konstitutionalismus" nennt, - mit allen diesen technischen und organisatorischen Veränderungen, die gleichzeitig Veränderungen der Kommunikationsstruktur innerhalb der Betriebe sind (das Hawthorne-Experiment über informelle Gruppen ist das eine, Konflikte zwischen Betriebsräten und Vertrauensleuten oder beide mit der Gewerkschaftsspitze sind ein anderes Beispiel), hat sich eine durch spezifische Konflikte und Widersprüche geprägte komplexe *Infrastruktur der Industriebetriebe* gebildet, die das für Marx und Engels objektiv noch klar durchsichtige Lohnarbeitsverhältnis, dessen subjektive Durchschaubarkeit für den einzelnen Arbeiter auf Abruf stand, in vielfacher Weise überlagert, verkehrt, mit realen und hypostasierenden Sachgesetzlichkeiten verschleiert. Daß die alten, durch das Lohnarbeitsverhältnis gegebenen Abhängigkeiten, dadurch nicht aufgehoben sind, liegt auf der Hand; auch ist die Geschichte der Klassenkämpfe dieses Jahrhunderts Beweis dafür, daß die Wirksamkeit betrieblicher Integrationsideologien auf das Bewußtsein und das Verhalten der Arbeiter begrenzt ist; sie werden immer wieder aufgebrochen. Aber es sind auch weniger Partnerschafts- oder Äquivalenzideologien, die bestimmenden Einfluß auf die Arbeiter haben, sondern es ist vor allem die von jedem konkret erfahrene *Wirklichkeit* der Einordnung dieser Abhängigkeiten in den Alltag dieser neuen Infrastrukturen, die erheblichen Einfluß auf die Vorstellungen und das Bewußtsein der Arbeiter gewinnen, weil der betriebliche Realitätsausschnitt einen wesentlichen Teil der Erfahrungen ihres Lebenszusammenhangs ausmacht.

Obwohl dieser Gegenstandsbereich auch in der Hinsicht, daß Ideologie

als notwendig falsches Bewußtsein im kapitalistischen Produktionsprozeß, in der durch die Form der Lohnarbeit bedingten Verschleierung des Nicht-Äquivalents, des Mehrwerts im Äquivalenten-Tausch, ihren gesellschaftlichen Ursprungsort hat, offenkundig sehr wichtig für Erfahrungen, Bewußtseinsblockierungen und Verhaltensweisen der Arbeiter ist, ist er, mit ganz wenigen Ausnahmen, im Grunde bis heute von ernst zu nehmenden materialistischen Analysen völlig freigesetzt. *Diesen wissenschaftlich praktisch unbesetzten Ort konnten die bürgerlichen Einzelwissenschaften im Sinne der Schaffung von Legitimation für Herrschaftszwecke und von unmittelbaren Kapitalverwertungsinteressen besetzen, differenzierte Methoden der empirischen Sozialforschung entwickeln und damit ein Stück Realität ihrer wissenschaftlichen Interpretation unterwerfen.* Dieses Defizit der traditionellen marxistischen Theorie läßt sich nicht damit entschuldigen, daß man in die Entscheidungszentren der Betriebe nicht reingekommen sei oder daß die finanziellen Mittel für derartige Untersuchungen fehlten; Ursache ist vielmehr, daß dieser Gegenstandsbereich keinen Ort im Theoriezusammenhang des traditionellen Marxismus hat, oder, was dasselbe besagt, er hat immer noch die gleiche Stellung, das gleiche Entwicklungsniveau, den gleichen Differenzierungsgrad wie bei Marx und Engels, ist mit den ihm entsprechenden wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen durch die reale Entwicklung also inzwischen auf den Stand von *vorwissenschaftlichen Annahmen* herabgesunken.

Diese Ausgliederung eines wesentlichen Gegenstandsbereichs aus dem Marxismus mußte schwerwiegende politische Folgen haben, was sich in der Organisationsdebatte zum Beispiel in der fragwürdigen Alternative von Straßenzelle *oder* Betriebszelle niederschlug. Strategien der Bildung von Klassenbewußtsein oder auch nur die bescheideneren Konzeptionen einer Politisierung der Arbeiter durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit müssen dagegen an reale Konflikterfahrungen, in der Regel auch entfremdete Interessen anknüpfen, wenn sie überhaupt in den *Verstehens- und Handlungshorizont der Arbeiter* dauerhaft und nicht nur zufällig und vorübergehend eingreifen sollen. Dauerhaft politisiert sind diese Erfahrungen aber erst, wenn sie sich nicht nur in aktuellen Klassenauseinandersetzungen, bei Streiks und Ausständen zeigen, sondern wenn sie Motivation und Verhalten der Alltagspraxis der Arbeiter bestimmen; denn was die Arbeiter erfahren, sind nicht das Wesen und die Strukturgesetze der kapitalistischen Produktionsweise selber, sondern deren Erscheinungsformen, Konflikte und Interessenkonstellationen, die nur in den seltensten Fällen durch einzelne Aktionen und durch das Sichtbarmachen von Klasseninteressen wie Schalen von ihrem Bewußtsein und Verhalten abfallen.

Eine ähnliche Geschichte der Ausgliederung konkreter Erfahrungs- und Konfliktbereiche aus der materialistischen Wissenschaft läßt sich am Beispiel der Psychologie demonstrieren; ich meine damit nicht die naturwissenschaftlich geprägte, auf Tierversuche und Verhaltensexperimente reduzierte Psychologie, die unter dem verkürzten Begriff des Materialismus Jahrzehnte jede Möglichkeit blockiert hat, psychologische Komponenten der Subjektivität anders zu begreifen als nach Kategorien des Zentralnervensystems, der bedingten Reflexe und des Sein-Bewußtsein-Schemas. Die Freudsche Psychoanalyse ist sicherlich eine bürgerliche Wissenschaft, sofern man ihr Untersuchungsmaterial und ihre auf Rekonstruktion der Fixierungen der *vergangenen* Lebens-

geschichte beschränkte Methode der erinnernden Interpretation in Betracht zieht; Traumdeutungen und psychotherapeutische Ansätze sind an der zerfallenden bürgerlichen Individualität entwickelt worden, nachweislich zum Teil an hysterischen Frauen der höheren Gesellschaftsschichten Wiens. Aber dieser Hinweis auf den gesellschaftlichen Boden und auf die klassenbedingte Genesis der Psychoanalyse reicht nicht aus, die *Geltung* ihrer bestimmenden Kategorien, Ich-Bildung, Unbewußtes, Triebstruktur, Ambivalenz, Über-Ich, Verdrängung usw., überhaupt die empirische Untersuchungsarbeit über Binnenstrukturen der Familie in einer durch bloße Kapitalinteressen vorgegebenen wissenschaftlich verbrämten Selbstdarstellung der geschädigten Individualität der bürgerlichen Klasse aufgehen zu lassen. Ebenso wenig wird die Geltung der dialektischen Kategorien, deren innerer Vermittlungszusammenhang sicherlich auf die universalierte Warenproduktion, aber auch auf den preußischen Staat zurückweist, dadurch in Frage gestellt, daß sie Hegel auf dem langen Marsch des absoluten Geistes durch Natur und Geschichte sich darstellen, sich entfalten läßt. Es ist nicht der große subjektive Realitätssinn Hegels, sondern gerade die Konstruktion des absoluten Geistes, die diese dialektische Vermittlungsarbeit, den materiellen Kern seiner Methode ermöglicht.

Marx hat, was die Kritik der politischen Ökonomie betrifft, den kleinsten Autor zitiert, der auch nur den Anflug eines selbständigen Gedankens hatte; ich bin sicher, er hätte sofort den materialistischen Kern der Psychoanalyse (selbstverständlich auch ihre Grenzen) erkannt und für die proletarische Wissenschaft reklamiert. Denn nicht nur in den Frühschriften, sondern auch im "Rohentwurf", im "Kapital" selber und in den politischen Schriften finden sich, zum Teil noch in Feuerbachscher, anthropologisch verkleideter Terminologie, zahlreiche Hinweise auf eine materialistische Psychologie. Wie anders kann zum Beispiel der berühmte Satz aus der Vorrede "Zur Kritik der politischen Ökonomie" "In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen." verstanden werden, wenn dieses "von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse" nicht auch im Sinne einer unbewußten den Individuen nicht nur durch manifeste, äußerlich aufgezwungene Gewalt, sondern in der psychischen Struktur, nach immanenten psychischen Gesetzen reproduzierten Gewalt verstanden wird? Freud arbeitet mit dem Über-Ich, dem "Außen" dieser individuellen Binnenstruktur, geschaffen durch einen langwierigen und schmerzhaften Sozialisationsprozeß; dieser Begriff, wie alle sonstigen Freuds, ist allerdings vom Individuum her konzipiert, nicht von den "von ihrem Willen unabhängigen Verhältnissen". Aber ohne einen seiner Funktion entsprechenden materialistischen Begriff wäre es unerklärbar, warum das Kapital darauf verzichten kann, unentwegt mittelbare Gewalt gegenüber den Lohnarbeitern anzuwenden.

Diese Zusammenhänge weiterzuführen, ist nicht die Aufgabe dieser Überlegungen; es kommt mir vor allem auf die politischen Folgen an, die sich unter anderem auch aus diesem Theorie-Defizit ergeben. Als Wilhelm Reich gegen die ausgetrockneten Begriffe der Kritik der politischen Ökonomie mit der sogenannten Sex-Pol-Bewegung rebellierte, ging

er von der Einsicht aus, daß in der kapitalistischen Klassengesellschaft in vielfacher Weise die von Freud entwickelten Strukturelemente der Familie auch die proletarische Familie bestimmen, daß die "kleinbürgerliche Mentalität", auf die die Nazis bauten, nicht auf die soziologisch genau definierten kleinbürgerlichen Schichten, mit der Ambivalenz der Bedürfnisse, den autoritären Charakterstrukturen, Ängsten usw. zu beschränken ist. *Keineswegs war er so naiv zu meinen, der revolutionäre Prozeß sei eine psychologische Angelegenheit und würde vor allem durch die Politisierung der Alltagsbedürfnisse der Massen vorangetrieben.* Zu einem Psychologismus, ja zur späteren mystischen Idee von den Orgonen ist er erst durch das völlige Unverständnis des offiziellen Marxismus und durch den Ausschluß aus der Kommunistischen Partei, durch die totale Isolierung von der Arbeiterbewegung getrieben worden. Reich sah sehr klar, daß Bedürfnisse, wie etwa das der Solidarität, unter veränderten Bedingungen sehr leicht in das der autoritätsfixierten Kameradschaft uminterpretiert werden können, daß sie sich nicht als einzelne proletarisch rein erhalten lassen.

Es mag paradox klingen, wenn man sagt, daß gerade in ökonomisch sich zuspitzenden Krisensituationen die Bedeutung der subjektiven Potentiale wächst. Für die Wissenschaft hat das zur Folge, daß in gesellschaftlichen Zerfallssituationen, wenn die Bedingungen objektiv-ökonomisch für eine Revolution reif sind, das konstitutive dialektische Verhältnis von Kritik der politischen Ökonomie zu materialistischer Psychologie sich zu Gunsten der letzteren verschiebt, weil es primär um die Bestimmung der konkreten Aktionspotentiale, ihrer blokkierenden Mechanismen und um Strategien ihrer Überwindung, damit der Entfaltung eben dieser Potentiale geht. Nicht die Tatsache, daß ein Hungernder stiehlt, bedarf der wissenschaftlichen Erklärung; nicht die Tatsache, daß Arbeiter in Krisensituationen bei verschärfter Ausbeutung und bei Arbeitslosigkeit streiken, sondern warum der Hungernde nicht stiehlt, die Arbeitslosen nicht rebellieren, die Durchsetzung ihrer Interessen unterlassen, bedarf der materialistischen Erklärung. Erst dadurch werden strategische Hebel verfügbar, politische Lernprozesse in Gang gesetzt, die eine an die wirklichen Erfahrungen anknüpfende Politik möglich machen. Marx hat einmal davon gesprochen, daß erst in der Krise der wahre Zusammenhang zwischen Produktion und Zirkulation sichtbar und somit deutlich erkennbar wird; das gilt auch für das Verhältnis zwischen Marxismus und Psychologie.

Was folgt aus diesen Erörterungen? Es folgt zunächst daraus, daß alle durch eine falsch verstandene Orthodoxie ausgegliederten gegenständlichen Erkenntnisbereiche von der bürgerlichen Klassenherrschaft entwickelt werden. Das hat häufig dazu geführt, daß realitätshaltiges wissenschaftliches Material, Methoden, Forschungsresultate, wissenschaftstheoretische Reflexionen erst nachträglich, post festum vom Marxismus anerkannt und aufgenommen worden sind, eine Eingliederung, die im Grunde mißlingen muß, weil diese Methoden und Erkenntnisse bereits einen kompakten Organisationszusammenhang mit bürgerlichen Klasseninteressen angenommen haben. Das gilt für die Naturwissenschaften ebenso wie für die Gesellschaftswissenschaften; es kommt eben nicht darauf an, daß der Marxismus nachträglich recht behält, daß die Methoden und Forschungsresultate der etablierten Disziplin mit der Marxschen Theorie vereinbar sind, sondern die ent-

scheidende Frage ist: *In welcher Weise bestimmt die marxistische Dialektik den Prozeß der Produktion wissenschaftlicher Erfahrungen, nicht nur der Verteilung und geschichtlich adäquaten Zuordnung; in welcher Weise trägt die produktive Kraft der Dialektik dazu bei, Zusammenhänge der Natur und der Gesellschaft aufzuschließen?* Der Marxismus kann keine Spezialwissenschaft für das Allgemeine, keine Generalwissenschaft der Post-Festum-Interpretation werden, welche die ökonomischen Bewegungsgesetze der Gesellschaft, die Grundgesetze der Natur und die historischen Entwicklungslinien verwaltet, ohne ihre lebendige Beziehung zur Realität und damit auch zum politischen Handeln zu verlieren. Das scheint selbstverständlich zu sein, aber das Gegenteil bestimmt leider einen beträchtlichen Teil der Geschichte des Marxismus.

MARXISMUS ALS PRODUKTIONSSTÄTTE VON ERKENNTNIS UND GESCHICHTLICHER AKTION

Karl Korsch hat die programmatische Forderung gestellt, die Prinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung auf die Entwicklung des Marxismus selber anzuwenden. Diese Forderung nach Selbstanwendung der Theorie ist richtig, aber sie reicht nicht aus. Der Marxismus versteht sich nicht nur als eine Anleitung zur Theoriebildung und zur Forschung, sondern vor allem auch als eine Anleitung zum historisch richtigen Handeln. Deshalb muß sich die weitergehende Forderung auf Untersuchungen richten, die deutlich machen, in welchem Ausmaße der Marxismus auf den Prozeß der Entstehung und der Entwicklung der Arbeiterbewegung, auf Vorstellungswelt, Handlungsmotivationen und Strategien des Klassenkampfes, der Führungskader ebenso wie der Massen, tatsächlich Einfluß hatte, inwieweit er produktiv in die realen geschichtlichen Aktionen *als* Theorie der Anleitung zur richtigen, das heißt den revolutionären Prozeß vorantreibenden Praxis, eingegriffen hat. Bisher ist jedoch die Auseinandersetzung mit dem Marxismus wesentlich eine Angelegenheit der theorie-immanenten Dogmengeschichte, die Untersuchung der *realen Geschichte der Arbeiterbewegung wesentlich eine Partei- und Kongreßgeschichte gewesen.*

Neuere Untersuchungsansätze und Materialien zum Problem der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Revisionismus in der Zweiten Internationale, vor allem während des sprunghaften Wachstumsprozesses der sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften, verweisen nachdrücklich auf einen phasenweise sich verschärfenden, im Grunde aber immer vorhanden gewesenen Widerspruch: zwischen den tatsächlich ablaufenden Klassenkämpfen, den Handlungsmotivationen der Massen (bis in die Führungskader hinein) und dem Einfluß der marxistischen Gedanken auf diese Kämpfe. Diese Untersuchungen zerstören den Mythos einer hauptsächlich marxistisch geprägten Arbeiterbewegung, die erst durch den Verrat ihrer Führer und durch das Bernsteinsche Programm des durch den bürokratischen Syndikalismus bestimmten Reformismus vom richtigen Pfade abgewichen ist. Georges Haupt und Hans Josef Steinberg zum Beispiel suchen diese Widersprüche zwischen Programm und Wirklichkeit aufzudecken, zwischen dem in die sozialdemokratischen Programme und in das Selbstverständnis einzelner eingehenden Marxismus und der fortwirkenden Bedeutung von Lassalleschen Staatsvorstellungen, Anarchismus, Proudhonschem Syndikalismus, ethischem Sozialismus in den Handlungs-

motivationen und in der praktischen Politik der Sozialdemokratien. Michelle Perrot trägt das bisher wohl umfangreichste Material über die Klassenkämpfe in Frankreich zwischen 1871 und 1890 zusammen und zeigt (in dem Buch: Les Ouvriers en Grève, Mouton, Paris 1974), wie gering der tatsächliche Einfluß des Marxismus auf diese Klassenkämpfe ist und wie stabil dagegen die vom Marxismus unentwegt bekämpften Theorien das Selbstverständnis der Akteure bestimmen.

Es geht hier natürlich nicht um das naive Problem, daß der Marxismus erst dann seine kritisch-revolutionäre Funktion erfüllt, wenn er die Massen ergreift; Klassenkämpfe hat es längst vor der Entstehung der Marxschen Theorie gegeben und wird sie auch weiter geben, selbst wenn keines der Individuen eine Ahnung von der Marxschen Theorie hätte. Für den Wahrheitsgehalt der auf Marx und Engels zurückgehenden Theorie ist es allerdings nicht gleichgültig, ob die von den Marxisten als subjektivistisch, utopisch, kleinbürgerlich bekämpften und als unwissenschaftlich verworfenen Soziallehren die Handlungen, Vorstellungen und Motivationen, wenn schon in ihrer theoretischen Form nicht stärker beeinflussen, so doch adäquater beschreiben. Diese Theorien sind, am Maßstab des wissenschaftlichen Sozialismus gemessen, sicherlich falsch; indem sie aber als wissenschaftlich falsch ausgegliedert werden, entziehen sie sich der materialistischen Analyse und führen ein Eigendasein in der Arbeiterbewegung, entfalten auf diesem fruchtbaren Boden subversive Aktivitäten. Nur so ist deren "ewige Wiederkehr" und der Windmühlenkampf, den der Marxismus führt, zu erklären, nur so sind die fortwährenden Ergänzungsprogramme und Zusatzbegründungen, die ihn wie Schatten begleiten, historisch einzuordnen.

Das Problem, das im Verhältnis zwischen marxistischer Theorie und der Produktion von wissenschaftlich organisierten Erfahrungen erörtert wurde, stellt sich hier auf einer anderen Ebene noch einmal: wird der Marxismus als eine Theorie der Anleitung zum Handeln begriffen, *so müssen deren Kategorien und Erkenntnisse in die Produktion der für das praktisch-politische Handeln relevanten Erfahrungen eingehen.* In diesem Sinne soll die Marxsche Theorie nicht etwa durch den Anarchismus in irgendeiner Weise ergänzt werden; vielmehr gilt es, das, *was im Anarchismus an Erwartungen und Handlungsmotivationen zum Ausdruck kommt, seinen materiellen Erfahrungskern also,* in seiner isolierten Daseinsweise aufzuheben. Marx selber bekannte, daß er sich, sofern es um die Zerschlagung des Staates als eines Unterdrükkungsapparates gehe, von der erklärten Zielsetzung des Anarchismus nicht unterscheide, daß aber seine Theorie erstmals die materiellen Bedingungen der Möglichkeit dieser Zerschlagung aufzeige. Gleichwohl bleibt das Bedürfnis, Herrschaftsverhältnisse *unmittelbar* und *mit einem Schlage abzuschaffen*, ein Element der Handlungsmotivation der Proletarier. Der Proudhonsche Syndikalismus mit seiner Vorstellung gegenseitiger Hilfe, des zur Theorie aufgeblasenen Mutualismus, hält keiner wissenschaftlichen Analyse stand; trotzdem haben Proudhonsche Vorstellungen, fast vollständig unberührt von der scharfen Kritik von Marx im "Elend der Philosophie" und der von Engels gerügten fundamentalen Fehleinschätzung der Wohnungsfrage bis zur Pariser Kommune und darüberhinaus fortexistiert. Was Engels gegen Proudhons Vorschlag der Lösung der Wohnungsfrage einwandte, daß man nämlich die Wohnungsfrage ohne vorherige Aufhebung der kapitalistischen Produk-

tionsweise nicht lösen könne, ist theoretisch ebenso einleuchtend wie praktisch wirkungslos. Denn der einzelne Proletarier will die Veränderung seiner Lebensverhältnisse schon in dieser Gesellschaft und nicht auf jenen Umschlagspunkt vertagen, in dem die Herrschaftsverhältnisse als Ganze verschwinden.

So ist es nutzlos, diese Bedürfnisse und Vorstellungen als kleinbürgerlich zu verwerfen, weil sie ein wesentliches Aktivitätselement der von der Wohnungsnot Betroffenen sind. Der "ethische" Sozialismus, der im Rückgriff auf Kant Sein und Sollen trennt und den Sozialismus als eine moralische Aufgabe betrachtet, fällt theoretisch selbst hinter Kant zurück, weil seine Theorie die der bürgerlichen Revolution ist - wenn auch unter preußischem Vorzeichen. Daß aber Vorstellungen von Gerechtigkeit, von erlittenem Unrecht, von utopischen Hoffnungen auf ein menschenwürdiges Dasein, von aufrechtem Gang, wie Bloch sagt, in den Liedern der Arbeiterbewegung und in ihren Symbolen zum Ausdruck kommt, weist darauf hin, daß sie in konkreten Handlungssituationen mit unmittelbaren ökonomischen Interessen untrennbar verbunden sind, in vielen Aktionen sogar allein bestimmend sind. Wer diese Ebene der Empörung, des Protests, der Moral aus dem wissenschaftlichen Sozialismus ausgrenzt, als bloß subjektivistisch diskriminiert, könnte nicht einmal erklären, warum Marx das "Kapital" geschrieben hat und warum Lenin nicht den einträglichen Beruf eines Anwalts wählte, der ihm bei seiner Intelligenz sicher gewesen wäre. Unter der Hand schleicht sich in dieser auf Ausgrenzungen ausgehenden Betrachtungsweise das bürgerliche Element der Trennung von Wissenschaft und Handeln ein. Der konkrete Zusammenhang der Handlungsstrukturen verliert sich unter der Herrschaft des falschen Verständnisses von objektiven Verhältnissen in ein Gemisch von abstrakten Normen und subjektiver Praxis, aus der die konkrete Utopie von Emanzipation und Befreiung verschwunden ist.

DER MARXISMUS IST IN GEFAHR, EINE POST-FESTUM-THEORIE ZU WERDEN

Ich habe gezeigt: in dem Maße, wie der wissenschaftliche Sozialismus seinen Anspruch zu verlieren droht, *Produktionsstätte von Erfahrungen, Erkenntnissen und Aktionen zu sein, verwandelt er sich in eine Post-Festum-Theorie, die lediglich nachträglich interpretatorische Zusammenhänge zwischen den allgemeingeschichtlichen Tendenzen und den tatsächlichen Aktionen des Proletariats herstellt.* Ein Beispiel für diese, von den konkreten geschichtlichen Bedingungen allerdings erzwungene Transformation des Marxismus aus einer Theorie der Anleitung zum Handeln in eine reine Theorie der Anleitung zur historischen Forschung, ist Engels' Interpretation der Pariser Kommune, wobei es sich hierbei wesentlich um eine Weiterführung der Gedanken von Marx handelt. Daß die Pariser Kommune zur ersten historischen Form der Diktatur des Proletariats werden konnte, deren große soziale Maßregel nicht in Ideen und Programmen, sondern in ihrem eigenen arbeitenden Dasein besteht, - daß sie, obwohl Proudhonisten und Blanquisten als die bestimmenden Führungsgruppen der Kommune in gleicher Weise falsche politische und ökonomische Vorstellungen umsetzten, den Marxismus im großen und ganzen bestätigte, - das alles verdankt sie ausschließlich der objektiven Dialektik des Geschichts-

prozesses, die in die Richtung der Bestätigung des Realitätsgehalts der Marxschen Gesellschaftstheorie läuft. Für Engels ist das, was sich mit der Pariser Kommune abspielt, ein "wunderbarer Vorgang", denn in beiden Fällen (Proudhonisten und Blanquisten) "wollte es die Ironie der Geschichte - wie gewöhnlich, wenn Doktrinäre ans Ruder kommen -, daß die einen wie die anderen das Gegenteil von dem taten, was ihre Schuldoktrin vorschrieb." Der größte Erfolg der Proudhonisten besiegelte gleichzeitig deren geschichtliche Niederlage.

In diesem Zusammenhang ist aber ein wichtiger Unterschied festzuhalten, der zwischen der Situation, vor der heute marxistische Theoretiker stehen, und derjenigen besteht, mit der Engels konfrontiert war. In der Konstitutionsphase der Arbeiterbewegung, in der neue Erfahrungen gemacht wurden, zum Beispiel auch über die durch die Erfahrungen mit der Pariser Kommune vermittelte Funktion des Staatsapparates, nehmen auch die einzelnen Argumente, Kategorien und Konzeptionen eine andere strategische Funktion an. Gerade Engels stand kurz vor und nach dem Tode von Marx unter dem Druck der politischen Notwendigkeit einer massenhaften Umsetzung ihrer Theorie. Der "Anti-Düring", 1878 veröffentlicht, ist das erste große Dokument dieser Veränderung der historischen Situation und ist bis heute eines der wohl am meisten gelesenen Werke der Begründer des Marxismus geblieben. Engels hat als erster so etwas wie eine *Revolutionstheorie* entwickelt, die die dialektischen Beziehungen zwischen Gesellschaftstheorie, politischer Organisation und Massenaktivität thematisiert, wobei sichtbar wird, daß sich alle drei Komponenten der Revolutionstheorie ihrer historischen Gestalt nach in den achtziger und in der ersten Hälfte der neunziger Jahre qualitativ verändert haben: Die Theorie kann sich nicht mehr, wie noch bei Marx, mit dem immanenten Wahrheitsgehalt der großen bürgerlichen politischen Ökonomie und der Philosophie - von Smith bis Hegel - auseinandersetzen, sondern hat es vorwiegend mit deren Zerfallsprodukten, dem "mechanistischen Reisepredigermaterialismus" von Moleschott, Büchner und Vogt, der Vulgärökonomie ebenso wie mit dem Bodensatz des sozialistisch aufgeputzten Idealismus zu tun. In diesem Zerfallsmilieu der Denktraditionen des revolutionären Bürgertums entsteht der Engelssche *Gedanke des Erbes: die Realisierung und Aufhebung der verpflichtenden Denktraditionen der Vergangenheit durch die Arbeiterklasse wird zum konstitutiven Bestandteil ihres Geschichtsbewußtseins.* Schon 1844 hatte Engels, in seiner Schrift: Die Lage Englands, ausgerufen: "Wir reklamieren den Inhalt der Geschichte!"
Der Zwang zur massenhaften Umsetzung des Marxismus in den praktischen Erfahrungs- und Handlungshorizont der Proletarier führt nicht nur zur Veränderung der Praxis, sondern vor allem auch zur Veränderung der theoretischen Produktionsweise von Erfahrungen. Deshalb ist es unsinnig, den späten Engels, der unter dem Druck von Anfragen, Parteiprogrammen und Forschungen die Marxsche Theorie bereits zu verteidigen und im einzelnen richtigzustellen hatte, die Korrumpierung der Marxschen Dialektik aufzubürden, wie es der sogenannte "westliche Marxismus" getan hat und teilweise heute noch tut. Nicht Engels treffen die Vorwürfe, die ihm gemacht werden, sondern sie müssen sich gegen jene marxistischen Theorien richten, die die von Engels aus aktuellem Anlaß und mit spezifischer strategischer Zielsetzung formulierten Probleme (deren Problemcharakter ihr Autor nie bestritten hat) als allgemeine Wahrheiten fetischisieren.

Die *Organisation* als Mitgliederpartei, die Anhänger nach Hunderttausenden und Millionen zählte, hatte das Inkubationsstadium der während der Ersten Internationale zusammengefaßten Parteiansätze verlassen und ist zu einem entscheidenden gesellschaftlichen Machtfaktor geworden, der selbst durch Illegalisierung nicht mehr aus der Welt zu schaffen war. Schließlich entstanden *Massenaktivitäten,* die nicht mehr als ein diffuses, allein auf den Gedanken der historischen Mission und der objektiven Notwendigkeit der Umwälzung gestütztes Potential ausdrücken, sondern die Idee der Revolution in eine unmittelbar faßbare, sinnlich erfahrbare Nähe rücken. Es ist gerade diese praktische Dialektik der Beziehungen zwischen Gesellschaftstheorie, Organisation und Massenaktivität, die bis in die abgelegenen historischen Studien, zum Beispiel zu bestimmten Gentilverfassungen, das Denken des späten Engels bestimmen, zweifellos auch eine arbeitsteilige Ergänzungskomponente zum Marxschen Werk haben, aber kaum in negativer oder positiver Weise gegen Marx ausgespielt werden können; denn sie sind Antworten und Problemstellungen angesichts einer neuen historischen Situation. Im Grunde eignet sich kein Theoretiker des Marxismus so wenig für Dogmatisierungen wie der späte Engels; gerade die Offenheit der Problemstellungen mag allerdings dazu beigetragen haben, seine Formeln, die nichts weiter als Hinweise auf noch zu leistende Forschungen sind, in ein festgefügtes System der Weltanschauung einzuordnen.

Es ist aus diesen Gründen nicht zufällig, daß heute das Alterswerk von Engels wieder intensiver diskutiert wird. Damit diese Diskussion nicht zu einer reinen Apologie der Engelsschen Genialität wird, oder zu einer auf Selbstrechtfertigung abgestellten Abwehr gegen Positionen sich verengt, wie sie seit Lukacs' "Geschichte und Klassenbewußtsein" im Hinblick auf die Widerspiegelungstheorie und die Ontologisierung der Naturdialektik vertreten worden sind, ist jedoch erforderlich, daß einige Probleme, die Engels stellte, aber nicht gelöst hat, und auch nicht lösen konnte, deutlicher als bisher ins Bewußtsein gerückt werden. Zum einen ist es das Problem der Beziehungen zwischen Entfaltung des Wertgesetzes und "revolutionärem Anstoß", die Bedeutung, die der Widerspruch verschiedener, aber historisch gleichzeitiger Produktionsweisen für die Auslösung und den Verlauf revolutionärer Prozesse hat. Dieser Begriff des "Anstoßes" (die "Lunte, die ans Pulverfaß gesetzt wird", wie es bei Engels heißt) ist bereits in *seiner* Theorie ein *aporetischer Begriff*; in ihm kumulieren sich Probleme, ziehen sich Lösungen auf *einen* Punkt zusammen, die die gesamte Struktur revolutionärer Prozesse betreffen.

Zum anderen ist es das erkenntnistheoretische Problem der Naturdialektik und der Thesen, die Engels über den Widerspiegelungszusammenhang zwischen Sein und Bewußtsein formuliert. Nimmt man die nüchternen, abwägenden Fragestellungen, die beide Komplexe bei Engels einnehmen, so ist man immer wieder erstaunt, wie entrückt und auf weltanschauliche Identifikationsmerkmale heruntergebracht spätere Aussagen sind, die stets an Engelssche Zitate anknüpfen. Beide Probleme haben heute jedoch äußerste Aktualität. Das erste, weil die auf die Entwicklung des Spätkapitalismus bezogenen revolutionstheoretischen Erörterungen noch in den Kinderschuhen stecken, das zweite, weil die drohende Ruinierung der Natur, der menschlichen Umwelt, die Entwicklung eines *qualitativen,* die absolut dominierenden, quantifi-

fizierenden Verfahrensweise der Naturwissenschaft "aufhebenden" Naturbegriffs für sozialistische Aktionsstrategien dringlich macht.

WERTGESETZ UND REVOLUTION

Alle revolutionstheoretischen Erörterungen, die sich auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder beziehen, müssen heute von dem folgenden Tatbestand ausgehen: autonome und autochthone sozialistische Revolutionen, die nicht im Zuge von militärischen Niederlagen, wie zum Beispiel im Kampf der Sowjetunion gegen den Hitler-Faschismus und der daran sich anschließenden Besetzungen etabliert wurden, hat es nur in den Ländern gegeben, in denen der zentrale Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktionsweise und vorkapitalistischen Produktionsformen noch das gesamte nationale Klima der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens sowie der zu Grunde liegenden Klassenverhältnisse bestimmte. Negativ ausgedrückt: revolutionäre Bewegungen hatten nur dort Erfolg, wo die *kapitalistische Form des Wertgesetzes* noch nicht den inneren gesellschaftlichen Zusammenhang konstituiert, sondern nur Teilbereiche der Gesellschaft strukturiert und zusammenfaßt. Es ist ein Überhang von politischen Gewalt- und Machtverhältnissen, der die *ungleichzeitigen Produktionsweisen* und klassenbedingten Lebenszusammenhänge in einem nationalen Territorium zusammenhält.

Diese Beziehung zwischen Wertgesetz und Revolution scheint den Erwartungen, die Marx und Engels mit der proletarischen Revolution verbanden, genau zu widersprechen. Marx sprach von der Präsenz verschiedener Produktions- und Eigentumsformen im gleichen "historischen Milieu". In der Tat sind die Revolutionen in Rußland, China und Cuba dadurch gekennzeichnet, daß diese Länder zwar eine entfaltete Warenproduktion haben und durch Kolonialisierung wie Imperialismus über Weltmarktverhältnisse mit den fortgeschrittenen Industrieländern in materiellem Zusammenhang stehen; sie verfügen deshalb in einzelnen Regionen und Städten über eine konzentrierte Industrie und ein entsprechendes Proletariat. Im nationalen Maßstab hat aber die kapitalistische Entfaltung des Wertgesetzes, die Warenproduktion auf erweiterter Stufenleiter, verschiedene Formen traditionaler Produktionsweisen, der Gentilverfassungen sowie der kollektiven Verfügung über das Land und über Produktionsmittel noch nicht vollständig aufgezehrt. Dieses "noch nicht" bedeutet, daß traditionale Naturauffassungen und vorindustrielle Lebensweisen durch die kapitalistische Produktion in Frage gestellt sind, aber ein substantieller Rest besteht, der die lebensgeschichtliche Erfahrung des einzelnen prägt.

Die Skala dieser von Marx und Engels untersuchten traditionalen Gemeindeverfassungen und Produktionsweisen mit ihren meist vorindustriellen, naturwüchsigen Beziehungen zur Naturgrundlage der Produktion, reicht von Formen der asiatischen Produktionsweise, weitgehend naturalwirtschaftlichen Verhältnissen, wie in China, bis zur russischen Ackerbaugemeinde, der letzten Phase der primitiven Gesellschaftsformation, deren innere, durch private Elemente durchsetzte Struktur bereits die Übergangsphase von der auf Gemeindeeigentum beruhenden Gesellschaft zu der auf Privateigentum gegründeten bezeichnet. Jede dieser Formen und die auf sie sich gründenden Lebenszusammenhänge

sind, bei Ausbruch der Revolution, von einer überlagerten Produktionsweise bedroht, aber nicht zerstört. *Es bleibt eine vorindustrielle Erfahrungs- und Kampffähigkeit.*

Engels hat auf kollektive Utopien der Gentilverfassungen einen erheblichen Teil seiner historischen Untersuchungsarbeit konzentriert. Ihm war auch schon bewußt, daß daraus Mißverständnisse entstehen könnten. Um derartige romantisierende Fehlinterpretationen von vornherein auszuschalten, stellte er daher unmißverständlich fest (in "Soziales aus Rußland"): "Nie und nirgends hat der aus der Gentilgesellschaft überkommene Agrarkommunismus aus sich selbst heraus etwas anderes entwickelt als seine eigene Zerstörung."

Diese Widersprüche zwischen den entfalteten Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise und vorkapitalistischen Produktionsformen, die im gleichen "historischen Milieu" existieren, sind zwar systematischer Gegenstand der Marxschen Gesellschaftstheorie von Anbeginn ihrer Entstehung; ihre aktuelle *revolutionstheoretische* Bedeutung gewinnen sie allerdings erst, als sich durch das rasche Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung und der sozialdemokratischen Massenparteien reale Chancen einer revolutionären Umwälzung abzeichnen, die den gegebenen Erfahrungszusammenhang bürgerlicher Revolutionsvorstellungen endgültig brechen. Die Frage nach dem "revolutionären Anstoß" hat Marx und Engels in den späteren Jahren, besonders aber Engels nach dem Tode von Marx, in immer neuen Varianten beschäftigt. Dabei haben sie diesen revolutionären Anstoß, mit der dem jeweiligen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und der Klassenkämpfe entsprechenden Lokalisierung (zunächst Frankreich, dann Deutschland, schließlich Rußland), von dem *sozialen Inhalt* des revolutionären Prozesses stets unterschieden. Was diesen Inhalt betrifft, so haben sie Zeit ihres Lebens daran festgehalten, daß sich die Revolution außerhalb der hochindustrialisierten kapitalistischen Länder weder erfüllen noch vollenden könne.

Diese Unterscheidung trifft Marx bereits 1850, als er Bedeutung und Niederlage der Juni-Insurrektion, der ersten großen Schlacht zwischen den beiden Klassen, welche die moderne Gesellschaft spalten, für die künftigen revolutionären Prozesse untersucht. "Wie die Periode der Krise später eintritt auf dem Kontinent als in England, so die der Prosperität. In England findet stets der ursprüngliche Prozeß statt; es ist der Demiurg des bürgerlichen Kosmos. Auf dem Kontinent treten die verschiedenen Phasen des Zyklos, den die bürgerliche Gesellschaft immer von neuem durchläuft, in sekundärer und tertiärer Form ein. .. wenn daher die Krisen zuerst auf dem Kontinent Revolutionen erzeugen, so ist doch der Grund derselben stets in England gelegt. In den Extremitäten des bürgerlichen Körpers muß es natürlich eher zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen als in seinem Herzen, da hier die Möglichkeit der Ausgleichung größer ist als dort. Andererseits ist der Grad, worin die kontinentalen Revolutionen auf England zurückwirken, zugleich der Thermometer, an dem es sich zeigt, inwieweit diese Revolution wirklich die bürgerlichen Lebensverhältnisse in Frage stellen, oder wie weit sie nur ihre politischen Formationen treffen." (MEW 7, S.210)

Marx unterscheidet hier klar zwischen den Randzonen des "bürgerlichen Kosmos", in denen die Klassenkämpfe eher zu einem gewaltsamen Aus-

bruch kommen, und dem Zentrum der kapitalistischen Produktion, dem Demiurgen des bürgerlichen Kosmos, von dem zwar die revolutionäre Veränderung nicht ausgeht, an dessen Veränderung aber der soziale und geschichtliche Gehalt jeder möglichen proletarischen Revolution, die über bloße *politische* Formationsveränderung hinausgeht, zu bemessen ist. Dieses Motiv hält sich in der Revolutionstheorie von Marx und Engels durch; allerdings verschiebt sich der Ort des Revolutionsanfangs weiter an die Peripherie des "bürgerlichen Kosmos" - nach Osten, nach Rußland.

Als Engels, das Thema der Marxschen Schrift über die Klassenkämpfe in Frankreich wieder aufnehmend, nach über 40 Jahren, 1895, die berühmte Einleitung schrieb, liegt England völlig außerhalb des *politischen* Zusammenhangs der revolutionären Entwicklung des Proletariats, obwohl selbstverständlich auch für Engels kein Zweifel daran besteht, daß sich die Emanzipation des Proletariats nur vollenden kann, wenn die den Weltmarkt beherrschenden Nationen in die revolutionäre Umwälzung hineingezogen werden. Engels verfolgt die deutsche Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit; er bezweifelt aber, ob der "revolutionäre Anstoß" von hier ausgehen kann. Er wiederholt daher im Vorwort zur 4.deutschen Ausgabe des Kommunistischen Manifests 1890 unverändert einen Gedanken, den er 1882 gemeinsam mit Marx formuliert hatte: daß nämlich Rußland die Vorhut der revolutionären Bewegung Europas darstelle, und daß die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen geben könne - also nicht mehr das "Schmettern des gallischen Hahns, der den deutschen Auferstehungstag verkündet".

Engels sieht 1885 die Lage in Rußland so, daß es nur eines "Anstoßes" bedarf, um ein ganzes System zu stürzen, daß der Blanquismus, wenn er je eine Rechtfertigung haben sollte, es in Rußland schaffen könnte, sich zu rehabilitieren, das Feuer ans Pulver zu legen, "die nationale Energie aus potentieller in kinetische Energie zu transformieren. .. das ist einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu machen, das heißt durch einen kleinen Anstoß ein ganzes System zu stürzen, ..." (MEW 36, S.304) Engels begründet diese Explosionskraft, dieses revolutionäre Potential gerade aus der *Ungleichzeitigkeit* der Produktionsweisen und Produktionsstufen. "Da, wo die Lage so gespannt ist, wo sich die revolutionären Elemente in einem solchen Grade angesammelt haben, wo die ökonomische Lage der ungeheuren Masse des Volkes von Tag zu Tag unmöglicher wird, wo alle Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung vertreten sind, von der Urgemeinschaft bis zur modernen Großindustrie und Hochfinanz, und wo alle diese Widersprüche gewaltsam zusammengehalten werden durch einen Despotismus ohnegleichen, ein Despotismus, der immer unerträglicher wird für eine Jugend, die in sich die nationale Intelligenz und Würde vereint - wenn dort das 1789 einmal begonnen hat, wird das 1793 nicht auf sich warten lassen." (MEW 36, S.307)

Ich habe bereits gesagt, daß mir dieser Begriff des Anstoßes ein aporetischer Begriff zu sein scheint, brennpunktartiger Ausdruck von Scheinlösungen. Pulverfaß und Lunte haben es im übrigen, mit ganz analogen Begründungen, zu einer für die Betroffenen traurigen Aktualität gebracht. Die Äußerungen von Engels sind allerdings nur verständlich, wenn man sie im Zusammenhang einer Situationseinschätzung

des revolutionären Prozesses in Westeuropa sieht, oder genauer: die Idee vom *revolutionären Anstoß* ist Produkt der prekären Situation, in der sich revolutionäre Entwicklungen in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern befinden.

In dem Maße, wie das Wertgesetz in alle gesellschaftlichen Bereiche eindrang, den inneren Zusammenhang und Zusammenhalt der Gesellschaft konstituierte, also einer von den ökonomischen Verhältnissen relativ abgespaltenen und Einheit stiftenden despotischen politischen Gewalt nicht bedurfte, so daß der Kapitalismus schließlich auch die Peripherie (im Hinblick auf Klassen und Schichten ebenso wie in Richtung auf Durchdringung der Lebensverhältnisse der einzelnen) erfaßte, wurde Marx und Engels immer deutlicher, daß zwar die explosive Kraft in diesen Gesellschaften durch Polarisierung der Klassenkräfte zunahm, gleichzeitig aber auch die Risiken für die Arbeiterklasse wuchsen. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte hat die bürgerliche Klasse und der Staat gewaltige Machtmittel konzentriert, die zum Beispiel die Barrikade, nach Engels immer schon ein bloß moralisches Kampfmittel, völlig ad absurdum führt. Es stehen sich zwei große Heere gegenüber, die, wenn sie in die Phase des Endkampfes eingetreten sind, keine Zwischenlösungen mehr kennen, sondern nur Sieg oder Niederlage. Engels hat in einer seiner letzten Arbeiten, der Einleitung zu Marx' Klassenkämpfen in Frankreich, diese Risiken (selbst in der, angesichts der Umsturzvorlage im Reichstag, von der sozialdemokratischen Parteiführung zensierten Fassung noch unverkennbar) deutlich formuliert.

Diese Arbeiterklasse steht im Verhältnis der *Gleichzeitigkeit* zum Stand der Produktivkräfte und zur bürgerlichen Klasse, während *Ungleichzeitigkeit der Produktionsweisen und Erfahrungen* gerade Kennzeichen für jene Situationen ist, von denen Marx und Engels den revolutionären Anstoß erwarten. Engels hat die revolutionstheoretische Bedeutung der Ungleichzeitigkeit nicht konsequent und systematisch behandelt, weil sie für ihn noch keine politische Dringlichkeit hatte; aber es finden sich bei ihm zahlreiche Hinweise auf die zentrale Bedeutung dieses Problems, nicht nur bei der Beschäftigung mit traditionalen Produktions- und Eigentumsformen, sondern auch bei der Suche nach Legitimationsgründen für die revolutionäre Umwälzung, jedenfalls im Hinblick auf ihren Ausgangspunkt. In diesem Zusammenhang ist auch seine Idee zu verstehen, daß die Macht von der Arbeiterklasse am besten dadurch erobert werden kann, daß sie, indem sie etwa durch Wahlen in die Situation gebracht wird, die Legalität zu verteidigen, gleichzeitig den revolutionären Prozeß vorantreibt.

Für unsere heutige Situation stellt sich die Frage, ob für das Gelingen revolutionärer Prozesse, wie es die Revolutionen des zwanzigsten Jahrhunderts vermuten lassen, auch unter Bedingungen hochindustrialisierter Länder der *Zusammenstoß historisch verschiedener materieller Produktionsweisen und Produktionsformen von Erfahrungen notwendig ist.* Eine Reihe von gesellschaftlichen Situationen, wie die oberitalienischen Klassenkämpfe, Lip, usw. weisen darauf hin, daß hier der Struktur nach ähnliche Prozesse ablaufen wie (in anderer Größenordnung und Reichweite allerdings) in Chile und Portugal. Die mit dem Kapitalismus gleichzeitige Arbeiterklasse ist die einzige Klasse, die den revolutionären Prozeß materiell und inhaltlich vollenden kann, aber Ungleichzeitigkeit bestimmt sowohl den revolutionären Ausgangspunkt

wie das Gelingen der revolutionären Umwälzung wesentlich. Der späte Engels deutet in dieser Richtung Probleme einer Revolutionstheorie für die hochentwickelten kapitalistischen Länder an, die bis heute nicht gelöst sind, die aber der Lösung dringend bedürfen, um die Illusion der gleichlaufenden revolutionären Prozesse in allen Ländern und die besonders für Deutschland typischen Fernidentifikationen mit anderen Ländern zu überwinden.

NATURDIALEKTIK UND WIDERSPIEGELUNGSTHEORIE

Vom sogenannten westlichen Marxismus ist Engels bis zum heutigen Tage immer wieder der Vorwurf gemacht worden, daß er die in der Marxschen Theorie enthaltene Dialektik durch Dogmatisierung zur Weltanschauung korrumpiert habe. Engels hat in der Tat in seinen späten Jahren im Zusammenhang der Verteidigungsarbeit, die er gegenüber Verzerrungen der materialistischen Geschichtsauffassung und der Kritik der politischen Ökonomie zu leisten hatte, die Neigung gehabt, Mißverständnisse nicht nur im einzelnen auszuräumen, sondern auch die strategische Position von Erkenntnissen und Begriffen festzulegen. Unter dem Druck der Notwendigkeit, für die wachsende Arbeiterbewegung verständliche, eindeutige und praktisch handhabbare Begriffe zu schaffen und Forschungsresultate auf alternative Punkte zusammenzuziehen, bedient er sich häufig gerade dualistischer Bestimmungen, so zum Beispiel Basis-Überbau, Widerspiegelung usw. Der dialektische Gehalt dieser polaren Begriffsbestimmungen ist nur aus der historischen Situation zu verstehen, mit der Engels konfrontiert war.

Man kann nicht sagen, daß der späte Engels in seiner Theorie, die von der jeweiligen *strategischen Funktion der Argumente durchsetzt* ist, den wesentlichen Gehalt der Marxschen Theorie verändert oder gar verkehrt hat. Vielmehr gibt es Hinweise darauf, daß er in der Auseinandersetzung mit theoretischen Positionen und politischen Programmen der im Entstehen begriffenen proletarischen Parteien wie auch der Tendenzen, die in der Arbeiterklasse selbst sichtbar wurden, die Frage des revolutionären Prozesses viel konkreter beantworten mußte als Marx. So ist die Naturdialektik, wie sehr sie auch auf qualitative Begriffe der Hegelschen Naturphilosophie zurückgehen mag, vor allem auch ein Produkt politischer Praxis. Spätestens seit dem gewaltigen Einfluß, den Dühring bis in die Parteispitzen hinein in der Arbeiterklasse gewonnen hatte, war deutlich zu erkennen, daß die Arbeiter in ihren Alltagsvorstellungen nicht nur *undialektisch dachten,* sondern daß sie ein großes Interesse an naturwissenschaftlichen Verfahrensweisen und Erkenntnissen hatten. Der Reisepredigermaterialismus von Büchner, Moleschott und später von Ernst Haeckel drang in die Bildungsveranstaltungen der Sozialdemokratie ein und setzte sich in den Gehirnen der Arbeiter fest. Alle Aufklärung, die sich auf die objektive Interessenlage der Arbeiter und auf geschichtliche Theorien stützte, stieß immer wieder auf erheblichen Widerstand, weil die Dialektik zwar geschichtlichen Prozessen und ökonomischen Tendenzen zugeschrieben wurde, die übrige Welt aber vom zerfallenden Idealismus und vom naturwissenschaftlich geprägten *undialektischen Materialismus* okkupiert war. Es ist deshalb nicht zufällig, daß der Zentralbegriff der Engelsschen Fragmente über Naturdialektik der des *Zusammenhangs* ist. Gerade weil Wissenschaft, exakte Kenntnis der Welt, von den Arbeitern

links

Sozialistische Zeitung

AKTUELLE SONDERNUMMER
MIT MATERIALIEN,
ANALYSEN
UND EINSCHÄTZUNGEN
ZUR POLITISCHEN
DISZIPLINIERUNG
UND UNTERDRÖCKUNG
IN DER BRD

AUS DEM INHALT DER SONDERNUMMER ● Stellungnahme des Arbeitsausschusses des SB zur Rolle der westdeutschen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Phase der Repression ● Altvater/Neusüß: Thesen zum Zusammenhang von ökonomischer Krise und politischer Unterdrückung ● Arbeitsgruppe Ruhrgebiet: Unterdrückung im Betrieb ● Brand: Repression und Widerstand in Betrieb und Gewerkschaft ● Autorengruppe: Repression im Schulalltag - Erfahrungen Hamburger Lehrer ● SLB-Schulgruppe Frankfurt: Der Kampf der Ernst-Reuter-Schule gegen Berufsverbote ● Seifert: Innerer Feind und Restauration - Seine Bestimmung und Behandlung in der Geschichte der BRD ● Perels: Der Staat als politische Konfessionsschule? Das Bundesverfassungsgericht und die Treuepflicht der Beamten ● Wiegreffe: Rechts- und Verfassungsentwicklung in der BRD seit 1968 auf dem Gebiet der "inneren Sicherheit" ● Klönne: Der öffentliche Dienst als Herrschaftsreserve - Zur Kontinuität des Antidemokratischen ● Schneider: Zur Lage der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ● Hirsch: "Reformökonomisierung", Repression und Widerstand im öffentlichen Dienst ● Auszüge aus einem Interview mit Ernest Mandel ● Brückner: Berufsverbote - Möglichkeiten der rechtlichen Gegenwehr ● Funk/Werkentin: Materialien zur Entwicklung des innerstaatlichen Gewaltapparates - Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt u.a. ● Wesel: Am Beispiel Stammheim ● Cobler: Das Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens ● Blanke/Narr: "Kampf um die Verfassung" oder "Sozialistische Strategie"? ● Gespräch mit Heinz Brandt ● Vack: Überwintern in repressiver Epoche? Anmerkungen zur Lageeinschätzung für die westdeutsche Linke

64 Seiten, illustriert, "links"-Format, DM 4.--
Erhältlich gegen Vorauszahlung (Briefmarken beilegen)
über Sozialistisches Büro + Verlag 2ooo GmbH
6o5 Offenbach 4, Postfach 591

so sehr mit Naturwissenschaft identifiziert wurde, war es notwendig, die Bereiche, in denen mechanistische Vorstellungen herrschten, einzugrenzen, um sowohl dem *Idealismus* wie dem *undialektischen Materialismus* den Boden zu entziehen.

Könnte nämlich nachgewiesen werden, daß die historische Dialektik lediglich eine Anwendungs- oder Spezialform der Naturdialektik ist, so wäre es in dem auch für die Entwicklung der Produktivkräfte so wichtigen Bereich der Naturforschung nicht mehr möglich, die Dialektik als eine bloße Erfindung von Klassenkampftheoretikern anzusehen und sie damit auf einen kleinen Realitätsausschnitt zu begrenzen. Es ist natürlich unausgemacht, ob Engels sich dieses politischen Zusammenhangs bewußt gewesen ist. Es ist aber eine Aufgabe der Erneuerung des Marxismus, endlich die historische Schranke des Selbstverständnisses auch des Marxismus zu untersuchen.

Diese *politische Genesis* der Naturdialektik erschöpft nicht ihre Geltung. Die Requalifizierung des Naturbegriffs ist zweifellos auch ein Produkt der systematischen Erkenntnis, daß Natur, lediglich unter dem Gesichtspunkt quantifizierender Naturwissenschaft gesehen, zu einem bloßen Korrelat kapitalistischer Ausbeutungspraktiken wird. Daß dieser qualitative Naturbegriff heute, wo es buchstäblich um die Substanzerhaltung der Natur und des Menschen geht, und das ökologische Gleichgewicht permanent gestört ist, von unmittelbarer Aktualität ist, liegt auf der Hand. Ein erkenntnistheoretisches Problem zeigt sich allerdings darin, daß alles, was wir nachprüfbar über die Natur wissen, den exakten Naturwissenschaften zu verdanken ist, so daß die sogenannten dialektischen Grundgesetze, Umschlag von Qualität in Quantität und umgekehrt, die Unerschöpflichkeit des Universums usw. auf einen deskriptiven Status reduziert sind, wenn nicht gleichzeitig im Verhältnis zwischen Mensch und Natur, überhaupt in den realen Stoffwechselprozessen, eine neue Funktion der philosophischen Theoriebildung wie auch des naturwissenschaftlichen Denkens angenommen wird. Die Tatsache jedenfalls, daß Engels unter allen Umständen die Naturwissenschaften dem Zugriff des bürgerlichen Denkens entziehen wollte, weist darauf hin, daß in die Geltung dieser Kategorien konstitutiv geschichtliches Bewußtsein eingeht, gerade dadurch, daß sie sich von jeder geschichtlichen Zufälligkeit und gesellschaftstheoretischen Konstruktion abheben sollen.

Der ganze Fragenkomplex, der mit der Engelsschen Naturdialektik verbunden ist, insbesondere im Zusammenhang der modernen Naturwissenschaften, ist damit selbstverständlich nicht gelöst oder auch nur angesprochen. Aber ohne Rekonstruktion der Funktion der Naturdialektik im revolutionstheoretischen Bezugsrahmen ist der Meinungsstreit darüber, ob es eine vom Bewußtsein unabhängige Dialektik der Natur gibt oder nicht, völlig scholastisch. In dieser Hinsicht ist es ebenso plausibel zu sagen, daß alles, was wir über die Natur wissen, vorgängig durch gesellschaftliche Arbeit und Reflexion konstitutiv vermittelt ist, wie auch geltend zu machen, daß ohne Annahme der vom Bewußtsein unabhängigen immanenten dialektischen Bewegungsgesetze der Materie gesetzmäßige Erkenntnis der Natur vollkommen ausgeschlossen ist.

Was die Naturdialektik praktisch und theoretisch für den notwendigen Zusammenhang von Natur und Geschichte bedeutet, leistet für die Erkenntnistheorie die Widerspiegelungsthese. Wenn die Widerspiegelungstheoretiker sich auf das Argument beschränken würden, daß auch die tiefste Erkenntnis, das komplette begriffliche Durchdringen der Realität nie zu dem Punkt führen kann, wo sich diese materielle Wirklichkeit in Gedanken auflöst, so wäre ihre Argumentation vollständig zutreffend. In diesem Sinne setzt Engels einen nicht umgehbaren Pflock in die Erkenntnistheorie, wenn er sagt, daß Erkenntnis stets in der Widerspiegelung realer Verhältnisse durch den Kopf und im Kopf besteht; Bewußtsein kann nichts anderes darstellen als bewußtes Sein. Die Metapher von der Widerspiegelung, von der Abbildung oder gar von der camera obscura, wie es bei Marx heißt, - alle diese Bilder bezeichnen den gleichen grundlegenden Zusammenhang: alle Erkenntnis hat ihren stofflichen Gegenstand (soweit es nicht Selbstreflexion ist) außerhalb des Kopfes, und die Rekonstruktion materieller Verhältnisse im Kopf ist nicht identisch mit der realen Bewegung dieser materiellen Verhältnisse. Mit anderen Worten, der praktische und theoretische Stoffwechselprozeß zwischen Mensch und Natur vollzieht sich, gleich wie weit die Naturbeherrschung dringt, stets innerhalb der Natur. Das gilt auch für eine ihre Angelegenheiten vollkommen selbstregulierende und autonom bestimmende Menschheit. In diesem Sinne kann zwar die Abhängigkeit der Menschen von der äußeren Natur und von naturwüchsigen Verhältnissen der Gesellschaft verschwinden, *erkenntnistheoretisch bleibt diese Abhängigkeit aber bestehen.* Es ist also nicht problematisch, diese erkenntnistheoretischen Positionen zusammenzufassen und als Widerspiegelungstheorie zu formulieren. Problematisch wird die Angelegenheit erst dann, wenn die *reale Erkenntnis,* selbst wenn sie nicht auf die Oberfläche, sondern auf das Wesen der Dinge bezogen ist, unter den gleichen Widerspiegelungs- bzw. Abbildungsgesichtspunkten betrachtet wird.

Auch hier gilt zwar die Notwendigkeit, im Erkenntnisprozeß reale Bewegungen aufzudecken und in Regeln oder Sätzen zu formulieren, die keine Erfindungen des Bewußtseins sind. Was aber erkannt wird, ist nicht ein Faktum brutum, ein vom Bewußtsein und von gesellschaftlicher Arbeit unabhängiges Sein, das man einfach abbilden oder widerspiegeln könnte, sondern ist durch Bewußtsein und gesellschaftliche Arbeit in seiner inneren Zusammensetzung konstituiert. Wenn es aber konstituiert ist, so also ein bereits Vermitteltes darstellt, was erkannt wird, so trifft der Erkenntnisprozeß keineswegs auf etwas ihm völlig anderes. In der Tat ist in dieser Weise Erkenntnis, die nicht schon durch Widerspiegelungsapparate vororganisiert ist, stets mit einem mimetischen Moment verbunden, das sich gleichzeitig dem Gegenstand anmißt und ihn aktiv reorganisiert. Von Widerspiegelung oder Abbildung bei diesem höchst aktiven organisierenden und eingreifenden Prozeß zu sprechen, ist nur durch vollständige Verdrehung des sprachlichen Bedeutungsgehalts möglich. Denn die verdinglichten gesellschaftlichen Verhältnisse lediglich abzubilden und evtl. auf Gesetzmäßigkeiten zu bringen, hat sich der Positivismus zur Aufgabe gestellt. Wenn man aber davon ausgeht, daß Wesen und Erscheinung nicht identisch sind und deshalb Wissenschaft notwendig ist, dann ist die Erkenntnisleistung wesentlich eine des aktiven Zuspitzens von Widersprüchen, die erst dadurch in Bewegung geraten. Wahrheit in diesem Sinne ist nicht mehr, wie die traditionelle Definition besagt,

die adäquatio intellectus atque rei, die bloße Entsprechung von Gegenstand und Begriff, sondern ist etwas Herzustellendes, das Heraustreiben der noch nicht Realität gewordenen utopischen Dimension des Gegenstandes. *Der Realitätsgehalt von Tendenzen ist größer als der von Tatsachen.*

Die Hartnäckigkeit, mit der an der Vermischung von *erkenntnistheoretischer Funktion und Erkenntnisfunktion* der Widerspiegelungstheorie festgehalten wird, ist in der Theorie von Marx und Engels nicht begründet, sondern erfüllt offenkundig Legitimationsbedürfnisse. Es gibt aber Hinweise darauf, daß bei einzelnen Autoren in der DDR diese Arbeit des Legitimierens bereits hie und da aufgekündigt wird. Allmählich verdünnt sich die Widerspiegelungsthese zu einer reinen Metapher, weil alles, was den *Sachverhalt* realer Erkenntnis betrifft, Widerspiegelungsvorstellungen inhaltlich widerspricht. Beim späten Engels ist die Widerspiegelungstheorie eindeutig darauf gerichtet, den Zerfallsformen des deutschen Idealismus jede Möglichkeit zu entziehen, sich unter dem Titel von Wissenschaftlichkeit noch einmal mit der alten Metaphysik und mit religiösen Vorstellungen zu verbünden und abermals die materiellen Bewegungsgesetze der Gesellschaft zu verschleiern. Engels formuliert es als Maxime, die Mißtrauen gegenüber allen von der materiellen Welt sich abhebenden Ideen gebietet.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Die vorgetragenen Argumente sind bruchstückhafte Versuche, die Aufmerksamkeit auf eine Reihe mir wichtig erscheinender Probleme zu lenken; sie tragen den Stempel der Notizen - und sollen auch als solche genommen werden. Es ist jedoch notwendig, einige Punkte in kurzen Thesen noch einmal hervorzuheben, um deutlich zu machen, worum es mir geht:

1. Eine von den inhaltlichen Problemen der Marxschen Gesellschaftstheorie abgelöste, zur Methode geronnene "Marx-Didaktik" ist unmöglich; sie würde den kritischen Gehalt des Marxschen Denkens zerstören. Da jede mögliche Einführung in das "Kapital" oder den gesamten Marxismus eine Problematisierung von inhaltlichen Aussagen erfordert, ist es aussichtslos, Marx auf ein feinmaschiges, mit kontinuierlichen Lernschritten und mit Lernzielen verfahrendes Curriculum zu bringen.

2. In der Marx-Rezeption der westdeutschen Linken besteht seit Jahren ein gewaltiger Überhang der *Darstellungslogik* im Verhältnis zur *Forschungslogik* von Marx. Dieser Überhang war zunächst aus einem Nachholbedürfnis zu erklären, aus den berechtigten Versuchen, die im Nachkriegsdeutschland umlaufenden Verengungen und Verfälschungen des Marxismus durch konsequente Rückwendung zu den Originaltexten zu überwinden. Inzwischen haben die darstellungslogischen Deduktionen jedoch häufig die Funktion angenommen, politische Unsicherheit und Orientierungslosigkeit zu kompensieren. Das souveräne Verfügen über Marxstellen verschafft, da am *politischen* Gesamtcharakter des Marxschen Werkes nicht zu zweifeln ist, eine Sicherheit innerhalb einer eigentümlichen, durch wesenslogische Bestimmungen geprägten Realität, die der Konfrontation mit der erscheinenden Wirklichkeit offenbar gar nicht mehr bedarf.

Neuerdings zeigen sich allerdings Ansätze, die auf die Auflösung dieses Scheins gerichtet sind. Diese Veränderung in den Gewichtungen ist Resultat des geschichtlichen Bedürfnisses einer Erneuerung des Marxismus; sie kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß Vorarbeiten, Exzerpte, Notizen, Text-Varianten von Marx und Engels in den letzten Jahren veröffentlicht wurden, die neues Licht auf ihre Forschungsweise werfen. Im Nachwort zur zweiten Auflage des "Kapital" formuliert Marx das Verhältnis von Forschungsweise zur Darstellungsweise so: "Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffs ideell wider, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun."
In dem Augenblick, wo diese von Marx entfaltete Dialektik von Forschungs- und Darstellungsweise nicht mehr den *gleichen Wirklichkeitsstoff* vor sich hat, entsteht die Gefahr, daß aus dem durchsichtigen Schein einer "Konstruktion a priori" eine *wirkliche apriorische Konstruktion* wird. Denn das "Leben des Stoffs" läßt sich nicht über ein Jahrhundert lebendig erhalten; er muß vielmehr immer wieder neu im Detail angeeignet werden, damit die von Marx exemplarisch entwickelte Dialektik von Darstellungs- und Forschungsweise ihren Erkenntniswert behält. Dieser Stoff kann aber nur durch eine Analyse der jeweiligen geschichtlichen Gegenwart gewonnen werden.

3. Jede kritische Lektüre von Marx und Engels muß mit *geschichtlichen Problemstellungen der Gegenwart* und mit geschichtlichen Erfahrungen einsetzen. Wenn heute innerhalb der Linken so viel vom Gebrauchswert

Ästhetik und Kommunikation
Beiträge zur politischen Erziehung

22 Schulversuch Glocksee
Lehrer, Eltern, Kinder, Wissenschaftliche Begleiter schreiben zu folgenden Themen:
Langeweile; Mathematik im Projektunterricht; Aggressivität und Kollektiverziehung; Beobachtung als Lernprozeß; Elternarbeit; Eine Lernbiographie
Oskar Negt
Exemplarisches Lernen und Projektunterricht
Dieter Richter
Die Schule fürs Leben oder Man muß sich halt nach der Decke strecken

20
Helmut Hartwig
Lern- und Aneignungsformen in der Hauptschule
Dieter Hoffmann-Axthelm
Didaktik und Psychologie
Jörg Richard
Phantasietätigkeit – Spielpadagogik
Wilfried Gottschalch
Phantasie und Märchen

Coupon ausschneiden und einsenden an: Redaktion Ästhetik und Kommunikation, 1 Berlin 46, Zietenstr. 32a
Ich abonniere Ästhetik und Kommunikation ab Heft
24,- DM pro Heft (4 Hefte), Einzelpreis 7,50 DM
Absender
Beruf
PLZ Ort
Straße
Datum Unterschrift
Ästhetik und Kommunikation Beiträge zur politischen Erziehung

geredet wird, so muß auch die Frage gestellt werden, welchen Gebrauchswert die Kategorien und Erkenntnisse des Marxismus für die Erklärung gegenwärtiger gesellschaftlicher Verhältnisse haben. Sich unabhängig von solchen strukturierenden Fragestellungen die Systematik des "Kapital" oder gar der ganzen Marxschen Theorie aneignen zu wollen, ist ein Rückfall in bürgerliche Rezeptionsweisen von Theorien. Das deduktive Verhältnis zu Marx zerstört die Lebendigkeit des Denkens und verwandelt den Marxismus in eine Sammlung universitärer Tauschwerte. Durch die individuelle Demonstration der Kompetenz, in Sachen Marxismus überhaupt reden zu dürfen, zeigt sich bei Intellektuellen häufig ein Konkurrenzkampf um Legitimationsprofite. Die größten Profite streicht in der Regel der ein, der sich in den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie zu Hause fühlt. Dadurch sind Hypothesen, Probleme, offene Fragen immer schon diskriminiert.
Dieser Schleier hat sich auch auf die gelegt, die sich genötigt sehen, in jeder Veröffentlichung das ABC des Marxismus entweder zu wiederholen oder, um ja nicht in den Verdacht des Subjektivismus und Idealismus zu kommen, wenigstens nachzuschieben, daß ihm dieses ABC bekannt ist. Das diskreditiert auf Dauer jedes marxistische Denken.
Es ist prinzipiell gleichgültig, von welchem Punkt aus die Schriften von Marx und Engels gelesen werden; denn alle Ausgangspunkte führen zu den zentralen Kategorien, allerdings in ganz verschiedenen Gewichtungen. Es ist absolut überflüssig, daß einer, der zum Beispiel den immanenten gesellschaftlichen Gehalt von lyrischen Gedichten untersuchen will, vorher über Einzelheiten der Wertformanalyse oder über die Funktion der Reproduktionsschemata Bescheid wissen muß. *Die Erkenntnisgegenstände haben eine je spezifische Nähe zu den Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie,* die im übrigen ja ohnehin nicht im herkömmlichen Sinne als "Ökonomie", als Spezialwissenschaft, zu verstehen ist, sondern als Gesellschaftstheorie begriffen werden muß.

Hinzu kommt, daß die Marxsche Theorie nicht objektiv und eindeutig vorgibt, was für uns in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation und unter den bestehenden historischen Bedingungen wichtig und was unwichtig ist. Es gibt weder ein völlig konstantes Verhältnis der marxistischen Kategorien zueinander noch ein (wie die Vertreter des Historismus meinen) ein für allemal festgelegtes, nur noch vertiefenden Interpretationen zugängliches Verhältnis von Marx zu Hegel, Adam Smith, Kant oder Ricardo. Welche geschichtliche Beleuchtung diese Beziehungen erfahren, hängt von den gegenwärtig vorherrschenden Bewußtseinsformen, vom Stand der Klassenkämpfe und von den politischen Emanzipationsinteressen ab. *Jede kritische Marx-Lektüre setzt einen Begriff von der gegenwärtigen Geschichte voraus.* Das bedeutet allerdings gleichzeitig, daß dieser Begriff nicht voraussetzungslos zu gewinnen ist. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Verlebendigung des Marxismus. Was Marx der mystifizierten Form der Dialektik des deutschen Bürgertums entgegenhält, betrifft auch, bezieht man es auf die Theorieaneignung, eine Reihe von gegenwärtigen Marx-Interpretationen. "In ihrer rationellen Gestalt ist sie dem Bürgertum und seinen doktrinären Wortführern ein Ärgernis und ein Greuel, weil sie in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Untergangs einschließt, jede gewordene Form im Flusse der Bewegung, also auch nach ihrer vergänglichen Seite auffaßt, sich durch nichts imponieren läßt, ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär ist." (Nachwort zur zweiten Auflage des "Kapital")

Dietrich Wetzel

MARXISMUS AN DER UNIVERSITÄT

VORSCHLÄGE ZUR THEMATISCHEN STRUKTURIERUNG EINER ÜBERFÄLLIGEN DISKUSSION

"Marx an die Uni!" - diese Forderung der Studentenbewegung der 60er Jahre leitete sich aus dem Ziel her, das Studium nach Maßgabe gesellschaftlicher Emanzipationsinteressen neu zu bestimmen. Marxistischer Theorie wurde zugetraut, vor allem als materialistische Wissenschaftskritik sowohl die ideologische und sozialtechnische Funktion universitärer Ausbildungsinhalte und -formen als auch die Verwertungsbedingungen wissenschaftlicher Intelligenz in akademischen Berufsrollen so entschleiern zu können, daß politisch genauer reflektierte Bestimmungen der eigenen Tätigkeit in Hochschule, Alltag und künftigem Beruf ermöglicht würden. Wissenschaftliche Ausbildung sollte nicht länger Instrumentalisierung der Studenten für fremdbestimmte Zwecke sein, sondern sollte bewußte Selbstqualifizierung für eine gesellschaftliche Praxis der Befreiung von Fremdbestimmung werden.

Chancen hierfür waren unter dem Druck der Studentenbewegung vor allem in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen an den reformierten, inzwischen erneut restaurierten Universitäten gegeben. Dort konzentrierte sich in der Folge die Hauptarbeit kritischer Dozenten vor allem auf den Versuch, die für ein emanzipatorisches Studium erforderlichen institutionellen Randbedingungen auszubauen und zu sichern. Tatsächlich aber zeigte sich sehr bald, daß unterhalb der Ebene des mühsamen gremienpolitischen Gerangels um formelle Regelungen zumeist eine durchaus konservative Lehrpraxis fortvegetierte. Vor den Schwierigkeiten, sich konkret mit den Bedürfnissen, Interessen, Perspektiven und gesellschaftlichen Funktionen der studentischen Adressaten auseinanderzusetzen, entwickelte sich eine Tendenz zum Rückzug auf scheinbar altbewährtes, linkes Traditionsgut. Dieses wird unter der Form des alten autoritären Dualismus von Dozenten und zu belehrenden Studentenköpfen verkündet. Die professionalisierten Verwalter des Universitäts-Marxismus wußten auf das Konstitutionsproblem der Inhalte emanzipatorischen Lernens bislang zumeist nur innerszientifische oder dogmatische Antworten zu geben. Mit wenigen und ganz punktuellen Ausnahmen sind die Ansätze einer inhaltlichen Studienreform in einer Bereicherung der akademischen Speisekarte um einige, allenfalls nach modischen Fragestellungen aufgeputzte marxistische Klassiker steckengeblieben. Das zeitigt nachweislich geradezu entpolitisierende Folgen.

Derzeit einen neuen Anlauf nehmen zu wollen, erscheint zunächst wie ein Anachronismus. Auch aus den sorgfältigsten theoretischen Entwicklungen der Inhalte und Formen marxistischer Lehre könnten gegenwärtig selbst dann kaum praktische Konsequenzen gezogen werden, wenn es sie gäbe. Sie werden verhindert durch die administrative und absichtsvolle Zerstörung fast aller Voraussetzungen jeglicher, sich irgendwie noch kritisch verstehender Sozialwissenschaft: der diese Lehre

bislang vor allem tragende akademische Mittelbau wird rigoros dezimiert, als links geltende Bewerber für Professuren haben kaum noch eine Chance; die Zahlenrelation zwischen Lehrenden und Lernenden verhindert in den Gesellschaftswissenschaften schon im Durchschnitt ein halbwegs sinnvolles Arbeiten, und die Relation zwischen marxistischen Dozenten und interessierten Studenten ist geradezu grotesk (derzeit mache ich zusammen mit zwei Tutoren ein "Kapital"-Seminar, das von 210 Leuten besucht wird); das Klima wissenschaftlicher Auseinandersetzung wird durch den Radikalenerlaß und seine Handhabungen, durch Anhörungsverfahren und durch politische Bespitzelungen der Lehrveranstaltungen dermaßen destruiert, daß bereits Mut dazu gehört, eine erarbeitete gesellschaftskritische Einsicht öffentlich zu vertreten.

Vor diesem Hintergrund könnte der vorliegende Aufsatz daher auch den Untertitel haben: Nachwort zu vertanen Möglichkeiten. Dort aber, wo es Analysen mit Momenten eines sozialen Prozesses zu tun haben, die gesellschaftliche Widersprüche ausdrücken, sind Nachworte zumeist auch immer schon Vorworte zu neuen Entwicklungen. Zugegeben, es ist nicht ausgeschlossen, daß die Universitäten künftig immer mehr von total entpolitisierten "Heuchlern, Kriechern und Angsthasen" (Böll) bevölkert sein werden. Andererseits aber wächst derzeit der durch die staatliche Bürokratie und durch die allgemeine ökonomische sowie politische Lage auf uns und auf die Studenten ausgeübte Druck so immens, daß sich die Frage geradezu aufdrängt, warum noch keine entwickelteren Formen einer neuen Studentenbewegung entstanden sind. Die offenbar vorhandenen, entgegenwirkenden Tendenzen bedürften dringend einer genauen Klärung. Ebenso aber ist zu vermuten, daß sich ihre Wirksamkeit wegen der zunehmenden Unerträglichkeit der Verhältnisse abschwächen wird, daß an den Grenzen der Duldungsfähigkeit in verstärktem Maße Gegenreaktionen erfolgen werden. Ob der ausgeübte Druck sich in blinden, eruptiven Aktionen entladen oder systematischen Gegendruck erzeugen wird, ist jedoch noch unentschieden. In dieser Situation möglicher neuer Auseinandersetzungen ist es erforderlich, sich über die bereits gemachten Erfahrungen zu verständigen.

Dieser Text hier konzentriert sich auf einen Ausschnitt, nämlich auf die Erfahrungen mit der Institutionalisierung des Marxismus an der bürgerlichen Universität. Er behandelt damit ein zentrales Element der alten Forderungen nach einer Studienreform. Weil diese ausblieb, wird sie Thema auch der neuen Auseinandersetzungen sein. Somit stellt sich die Aufgabe, die ehemaligen Forderungen anhand ihrer punktuellen Realisationsversuche zu überprüfen. Das Resultat könnte darin bestehen, Versäumnisse der alten Studentenbewegung nicht zu wiederholen, sondern zu einer qualitativen Bestimmung kritischer Studiengänge und -formen vorzudringen.
Eines hat sich doch ganz sicher während der letzten Jahre gezeigt: "Kapital"-Seminare, so unabdingbar sie sind, stellen alleine noch keine befriedigende Antwort dar auf die Frage nach den Inhalten eines kritischen Studiums. Dieser Marxismus hat allenfalls eine bislang in Deutschland ungekannte Zahl marxianischer Schriftgelehrter hervorgebracht. Aber drehte es sich nicht auch und vor allem darum, den Marxismus als eine Methode anzuwenden, die es ermöglicht, die unmittelbaren, das Interesse nach gesellschaftlicher Veränderung hervorbringenden Erfahrungen der Studenten so zu verarbeiten, daß mit einem konkreten Begriff von dieser Gesellschaft zugleich auch Perspektiven ih-

rer praktischen Veränderbarkeit sichtbar werden? Und war nicht eines der wesentlichsten Ziele, der Einsicht materialistisch und lehrtätig Rechnung zu tragen, daß die gegebenen sozio-ökonomischen und politischen Verhältnisse in immer stärkerem Maße auch bei den scheinbar noch unpolitischen Studenten gesellschaftsverändernde Interessen erzeugen, - Interessen freilich, die in vielfältig verzerrten Formen erscheinen und daher erst zu entschleiern und bewußt zu machen wären?
Nach wie vor und mehr denn je ist die Universität ein gesellschaftlicher Ort von spezifischer politischer Brisanz. Das Bedürfnis der Studenten nach kreativer Entfaltung, das Interesse an der Entwicklung einer reichen, produktiven Subjektivität werden verstümmelt. Die Studenten gelten nur als Menschenmaterial, als einfache Arbeitskraft im physiologischen Sinn, deren Gebrauchswert so zu erhöhen ist, daß er, vermittelt über die Form der Ware auf dem akademischen Arbeitsmarkt, der Verwertbarkeit zugeführt werden kann. Im Kern versucht die Universität nichts anderes als diese gesellschaftliche Subjekt-Objekt-Verkehrung im Inneren der Individuen zu erzwingen, eine Identifikation mit dem Objekt-Status oder doch zumindest dessen Hinnahme durchzusetzen. Der bisher übliche Universitäts-Marxismus hat die hieraus entstehenden Widersprüche nicht nur ignoriert, sondern er hat teil an ihrer Unterdrückung. Hält man dagegen an der Einsicht fest, daß der Marxismus als eine Methode der Produktion gesellschaftlicher Erfahrung verstanden werden muß, dann sind es zu allererst die Erscheinungsformen dieser Widersprüche, die die Voraussetzung marxistischer Lehre bilden. Sie konstituieren Möglichkeiten für die Entfaltung gesellschaftskritischer Potenzen in universitär organisierten Lernprozessen.

Die genauere Bestimmung der Entfaltungsmöglichkeiten gesellschaftskritischer Potenzen und ihr experimentierendes Ausloten sollte sich zunächst einmal von dem zugespitzt antidogmatischen Satz Brechts leiten lassen, daß nämlich die Lernenden wichtiger sind als die Lehre. Das ist kein fürsorgerisches Postulat, sondern eines emanzipatorischer Vernunft. Denn unsere Adressaten sind keine problem- und erfahrungslosen Objekte, zu deren emanzipatorischer Erweckung man in den Nürnberger Trichter der Universitätsveranstaltungen die Wahrheiten des Marxismus zu gießen habe. Solche autoritative Praxis entspringt auch einer linken Profilierungsschwäche, die die Herrschaftsverhältnisse an der Universität für sich ausbeutet. Sie benötigt im Lehrbetrieb wie im Verkehr der Kollegen untereinander die Vorstellung, alle anderen seien nur eine reaktionäre Masse. Von ihrem bürgerlichen Makel kann diese sich günstigenfalls durch Unterwerfung unter das Dogma einer Lehre oder einer bestimmten Politik reinwaschen. Bei Studenten führt das aller Erfahrung nach zu den bekannten Sektierer-Gruppen; bei Dozenten bildet schließlich jeder für sich sein höchst geheimes und wirklich linksradikales ZK,dessen Widerspruch zwischen revolutionärer Einbildung und autoritativer Praxis die nimmermüden Ansprüche auf allgemeine Verbindlichkeit mit dem Gewinn scheitern läßt, doch wieder einmal recht behalten zu haben. - Tatsächlich können Dozenten im Sinne des Trichtermodells kein politisches Bewußtsein in die Studenten tragen. Soziologie ist nicht mit Sozialismus zu verwechseln, und die Beschäftigung mit Marx schafft zunächst allenfalls Marxianer. Ebenso sind verkürzte Fragestellungen abzulehnen von der Art: "Wie motiviert man Studenten am besten für ein 'Kapital'-Studium?" Dieses Problem fällt eher ins Ressort der Werbepsychologie. Es geht nicht

darum, den Marx-Hit im Vertrauen auf irgendwelche kryptologischen Wirkungen möglichst vielen anzudrehen - als wäre die Praxis gesellschaftlicher Veränderung eine Angel, an der man hängt, sobald man zum Schlucken ihres theoretischen Hakens motiviert wurde.

Marxismus an der Universität ist kein Zweck an sich. Der Marxismus kann nur insoweit von Interesse sein, wie er sich als tauglich erweist für emanzipatorisches Lernen. Dieses nimmt seinen Ausgang nicht von spezifischen theoretischen Problemstellungen, sondern von vielfältigen, alltäglich erfahrenen Formen irrationaler gesellschaftlicher Zwänge, die objektiv zu einer Politisierung zwingen. Dozenten müßten in systematischer Zusammenarbeit mit den Studenten die Aufgabe übernehmen, diesen Erfahrungen als einem wesentlichen Moment der wirklichen Voraussetzungen kritischen Lernens Artikulationshilfe zu geben und ihr geschichtliches und methodologisches Wissen für deren totalisierende Verarbeitung bereitzustellen. Die von den Studenten erlebte, sowie in politischen und beruflichen Perspektiven antizipierte gesellschaftliche Wirklichkeit muß konstitutiv für Inhalt und Form des Lernprozesses sein. An die Dozenten ist damit zugleich die Forderung gestellt, einen Prozeß der Rückvermittlung von Theorie an alltagssprachlich artikulierte Erfahrungsgehalte zu organisieren. Diese Erfahrungsgehalte drücken sich in bestimmten, bei näheren Gesprächen immer wiederkehrenden Fragen aus, die letzten Endes auf die theoretische Klärung und die praktische Aufhebbarkeit des Widerspruchs zwischen legitimen Emanzipationsinteressen und der sie unterdrückenden legalen ökonomischen und politischen Institutionen abzielen: warum gibt es diese gesellschaftlichen Zwänge, welche Funktion haben sie, und in wessen Interesse werden sie aufrechterhalten, wo entwickeln sich Ansätze zu ihrer Überwindung?
Die traditionelle Lehrveranstaltung der bürgerlichen Universität ist in der Regel an der weiteren Entwicklung solcher Fragen uninteressiert und auf sie nicht vorbereitet. Ihr Ausbildungsziel ist nun einmal der gut dressierte Fachidiot. Aber während die Universität in der Restaurationsperiode noch die Aufgabe wahrnahm, Nachwuchs für zweifelsfreie Herrschaftsfunktionen zu disziplinieren und ein Wissen zu vermitteln, das Zusammenhänge der äußeren Natur wie der Sozietät für partikulare Zwecke verfügbar machen sollte, sehen sich heute eben diese Zwecke einem stärker werdenden Legitimationsdruck ausgesetzt. Weder garantiert mit gleicher Selbstverständlichkeit wie früher der Qualifikationserwerb des künftigen wissenschaftlichen Lohnarbeiters hohen Status, Einkommen und Verfügungsgewalt, noch sind die Funktionsbeschreibungen der durchschnittlich erreichbaren Positionen dazu angetan, das an der Universität aufgenötigte Ausmaß an Versagungen intellektueller und affektiver Potenzen zu rechtfertigen.

Kritische Lehre müßte sich auf diesen Sachverhalt beziehen. Sie müßte ausdrücklich die anfänglichen Fragen des Lernprozesses zum organisierenden Prinzip machen. Das Lernen erhielte dann auch die Form einer undogmatischen, intersubjektiven Verständigung über die Notwendigkeit und die Bedingungen gesellschaftlicher Veränderung durch politische Praxis auf der Basis reflektierter, kollektiver Interessenlagen. Gerade für diesen Verständigungsprozeß ist die Marxsche Theorie unverzichtbar - eine Auffassung, deren Berechtigung stets neu und praktisch unter Beweis zu stellen ist. Die Marxsche Theorie ist unverzichtbar, weil sie als eine Einheit von materialistischer Geschichtsrekonstruk-

tion und Kritik der politischen Ökonomie noch immer die fortgeschrittenste Reflexionsform der kapitalistischen Grundstruktur darstellt. Wir kennen keine andere Theorie, die sich wie der Marxismus als diejenige geschichtliche Form des Denkens wüßte, die durch die erscheinenden Widersprüche des Kapitalverhältnisses vermittelt und theoretische Bedingung seiner Aufhebung ist. Aufhebung aber ist konkrete Aktion, über deren Bedingungen und Notwendigkeit auch nur konkret in einem Prozeß der Durcharbeitung der bei unseren Adressaten vorliegenden gesellschaftlichen Erfahrungen und Interessen gesprochen werden kann.
Die Resultate eines derartigen Lernprozesses sind in den Schriften von Marx nicht positiv festgeschrieben und überzeitlich fixiert. Kritischer Marxismus kann nicht zu einem Katechismus geschichtsmetaphysischer Sätze stilisiert werden. "Moi, je ne suis pas un Marxist" - das war bekanntlich schon Marxens Antwort auf frühzeitig einsetzende Kanonisierungstendenzen. Genuin materialistisch insistieren wir auf den Marxismus wesentlich als einer untersuchungsleitenden Methode, die sich im Kampf für menschliche Emanzipation praktisch zu bewähren hat. Damit ist gesagt, daß der Marxismus kein objektivistisches und historisch invariantes Lehrgebäude darstellt, das denjenigen äußerlich wäre, die zum Zweck einer Verständigung über emanzipatorische Praxis zum gesellschaftlichen Nachdenken genötigt sind. Der Begriff des Marxisten kann ebenso wenig bekennerisch oder etikettenhaft verwendet werden, wie der Begriff des Marxismus allgemeinverbindlich zu definieren wäre. Beide haben eher den Charakter einer je konkret einzulösenden Absichtserklärung: die bürgerliche Gesellschaft in all ihren Erscheinungsformen so der Kritik zu unterwerfen, daß eine sich ihrer Voraussetzungen bewußte Praxis gesellschaftlicher Befreiung möglich wird. Verhält es sich aber so, dann erfordert dieses Verständnis von Marxismus als Methode emanzipatorischen Lernens eine bestimmte Form seiner "Lehre". Vorstellungen, daß unter der bürgerlichen Form des traditionellen Lehr-Dualismus von Dozent und Student "linke Inhalte" transportierbar seien,sind unangemessen. So könnte allenfalls ein Marxismus als positive Wissenschaft "vermittelt" werden. Demgegenüber wäre an dem Anspruch grundlegend festzuhalten, daß Marxismus an der Universität sich allein aus seiner Fähigkeit legitimieren kann, in einer Form dialogischen Lernens die individuellen Wahrnehmungsdaten und -strukturen von Gesellschaft zu einem politischen Bewußtsein zu verarbeiten, das die aktive Vertretung kollektiver Emanzipationsinteressen unter den Bedingungen der alltäglichen Zwänge kapitalistischer Lebensverhältnisse anzuleiten vermag.

Die Formulierung dieses Anspruchs läßt erkennen, daß der Marxismus als eine Methode gesellschaftskritischen Lernens an sich über die Grenzen sozialwissenschaftlicher und philosophischer Fachbereiche hinausweist. Das gibt Gelegenheit, einen Erinnerungsposten zu erwähnen, der bei der Qualifizierung von Marxisten in Vergessenheit zu geraten droht. Daß der Marxismus im wesentlichen auf die genannten Fachbereiche beschränkt ist, charakterisiert am deutlichsten seine Integriertheit. Es ist hier nicht der Ort, diese Seite des Integrationsphänomens genauer zu untersuchen. Perspektivisch aber wäre es wichtig, sich insbesondere mit den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen auseinanderzusetzen. Die zunehmend extern, auf der Grundlage staatlich und semistaatlich vermittelter Prioritätensetzungen gesteuerte Forschung und Entwicklung sowie der rasche Umbruch der Funktionen und

Reproduktionsbedingungen der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz dürften auf längere Sicht ein breiteres Interesse erzeugen, sich schon in der Ausbildung mit den gesellschaftlichen Determinanten der Produktion und Verwertung von natur- und ingenieurwissenschaftlichen Kenntnissen und Qualifikationen auseinanderzusetzen. (Das Bremer Modell z.B. sucht dieser Entwicklungstendenz bereits praktisch Rechnung zu tragen.) Es spricht jedenfalls einiges dafür, daß eine Wissenschafts- und Ausbildungssteuerung, die nach Maßgabe der durchsetzungsfähigsten, partikularen Interessen der Gegenwart die gesellschaftlichen Überlebensbedingungen in der Zukunft wesentlich definiert und ruiniert, Widersprüche in einer Schärfe hervorbringen wird, die auch wachsende Teile der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz zur Politisierung zwingen könnten. Dieser Perspektive kann ein philologisch-zirkulärer Marxismus ohne weitere fachliche Kompetenz nicht gerecht werden.

Die Realisierung des oben skizzierten Anspruchs, marxistisch konkret gesellschaftliche Erfahrungsprozesse zu organisieren, wirft eine Fülle von Problemen auf. Es ist festzuhalten, daß dieser Anspruch so neu nicht ist und dennoch bisher kaum eingelöst wurde. Diese Tatsache veranlaßt dazu, zunächst einmal unsere eigene Lehrtätigkeit näher anzusehen. Der erste Diskussionspunkt wird sich daher mit dieser Praxis auseinandersetzen. Einige der charakteristisch erscheinenden Phänomene des gegenwärtigen Uni-Marxismus sollen diskutiert werden. - Wer diese Einschätzungen nicht für völlig abwegig hält und vielleicht sogar realisiert, daß er als im Kopf kritischer Marxist dennoch praktisch gelegentlich zur Integration beiträgt, wird sich zu einer näheren Auseinandersetzung mit den Determinanten dieses Widerspruchs gezwungen sehen. Hierzu ist es sinnvoll, zunächst einmal den Prozeß der Transformation des Marxismus von einer Waffe der Studentenbewegung in einen Lehrgegenstand der technokratischen Universität nachzuvollziehen. Dieser Aufgabe versucht der zweite Diskussionspunkt gerecht zu werden, indem er nach dem Zusammenhang zwischen alter Studentenbewegung und Marxismus und nach dessen Auflösung fragt. - Unter Punkt 3 werden einige der institutionellen Zwänge diskutiert, die zu einer eigentümlichen Zwieschlächtigkeit der Dozentenrolle von Marxisten beitragen. Vor allem interessiert hier jenes Phänomen der politischen Atomisierung dieser Gruppe und die daraus entstehenden Folgen für kritische Lehre. - Offenkundig hängt die Integrierbarkeit des Marxismus aber auch mit der Tatsache zusammen, daß inzwischen eine neue Studentengeneration an den Universitäten ist. Auf der Grundlage ganz andersartiger politischer Erfahrungen hat sie ein anderes Verhältnis zu Theorie als beispielsweise die Generation der späten 60er Jahre. Die hieraus sich ergebenden Probleme sollen unter Punkt 4 behandelt werden. - Diese Diskussionsansätze für eine Analyse der real gegebenen Bedingungen emanzipatorischen Lernens sollen zur Erklärung der Integration des Marxismus beitragen, ohne jedoch diesen Prozeß objektivistisch als unentrinnbares Verhängnis auszugeben. Vorerst spricht einiges für die Annahme, daß der sehnsüchtig rückwärtsgerichtete Blick mancher Uni-Linker auf die von den großen Themen Vietnam, Notstandsgesetze, Autoritärer Staat etc. mobilisierte Studentenbewegung jene Genauigkeit der Wahrnehmung verhindert, die angesichts der gegenwärtigen Erscheinungsformen gesellschaftlicher Widersprüche an der Universität angebracht wäre. Dieser Mangel an Genauigkeit könnte sich vielleicht als die entscheidende Determinante der Integration

des Marxismus herausstellen. Verhält es sich so, dann wäre für eine mikrologischere, an die Erfahrungen mit dem alltäglichen Kapitalismus anknüpfende Organisationsweise emanzipatorischer Lernprozesse zu plädieren. - Fertige Rezepte können nicht angeboten werden. Unter Punkt 5 kann lediglich versucht werden, einige der Anknüpfungspunkte kritischer Lehre zu zeigen, wie sie in den von den Studenten mitgebrachten theoretischen Voreinschätzungen und Studienerwartungen vorliegen. Perspektiven der weiteren Arbeit zu entwickeln, bleibt Aufgabe der noch möglichen, an den meisten Universitäten aber überhaupt erst herzustellenden Kooperationsformen.

1. DER INTEGRIERTE MARXISMUS

Derzeit ist der Marxismus nur an einigen Universitäten und dort auch nur an sozialwissenschaftlichen und philosophischen Fachbereichen von gewisser Bedeutung. Erweist sich also die Integriertheit des Universitäts-Marxismus unmittelbar daran, daß ihm als "Geisteswissenschaft" noch immer kein nennenswerter, geschweige denn institutionalisierter Zugang zu denjenigen Ausbildungsgruppen gelungen ist, die wesentlich an der Entwicklung und technischen Anwendung der materiellen Produktivkräfte dieser Gesellschaft beteiligt sein werden, so zeigen sich in den gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichen noch andere, in gewissem Maße freiwillige Formen akademischer Distanz des Marxismus zum realen Lebensprozeß.

Blick in die Seminare

Im allgemeinen können wohl vier eng zusammenhängende Charakteristika von Marxismus- Veranstaltungen benannt werden, die vorläufig so zu skizzieren wären:

(1) Die Motive der Teilnahme an den Seminaren bleiben unzureichend reflektiert. Im Regelfall ist dunkel, welches überhaupt die Gründe sind, die Studenten zum Besuch einer bestimmten Veranstaltung veranlassen. Folge ist eine die Subjektivität der Teilnehmer ignorierende, schulmäßige Rezeptionsweise von Stoff. Der Lernprozeß kann nicht die Form von Kritik annehmen, der die Figur entspräche: Explikation der studentischen Interessen - theoretische Informationen über den Gegenstand des Interesses - Kritik der Theorien in Hinblick auf ihre erkenntnisleitenden objektiven Voraussetzungen und Interessen - Rationalisierung des den Lernprozeß konstituierenden unmittelbaren Interesses in der Form praxisrelevanter Selbstverständigung. Der Lernprozeß wird vielmehr zu einer kognitiven Mechanik zwischen anzueignendem Gegenstand und einem studentischen Gehirnspeicher, der vielleicht noch eine formallogische Widerspruchskontrolle vorgeschaltet hat. Beispiel: Referate werden zumeist zu affirmativen Kurzfassungen vorgegebener Texte.

(2) Es finden Veranstaltungen statt zu an sich notwendigen, theoretisch anspruchsvolleren Themenstellungen, ohne daß jedoch die Dozenten berücksichtigten, ob die Teilnehmer überhaupt die Chance hatten, sich im bisherigen Studienverlauf die notwendigen Voraussetzungen zu erwerben. Allein schon aus dem zahlenmäßigen Übergewicht von Veranstaltungen des Hauptstudiums gegenüber Grund- und Zusatzkursen sowie

aus der Tatsache, daß manche Dozenten sich überhaupt nicht am Grundstudium beteiligen, kann empirisch sowohl auf eine geringe Kooperationsbereitschaft als auch auf eine Berührungsangst vor den Problemen von Studienanfängern geschlossen werden. Dieser Mangel an Verantwortlichkeit gegenüber einem nicht punktuell zu begreifenden, sondern den Zeitraum des gesamten Studiums umfassenden Lernprozeß der Studenten trägt bei zu deren häufigen Insuffizienzgefühlen, Denkblockaden und schließlich zu prototypischen Theorieängsten. Beispiel: Einerseits die anfangs meist große, dann sich rasch reduzierende Teilnehmerzahl an Hauptveranstaltungen und die Diskontinuität der Teilnahme; andererseits der Besuch von Grundveranstaltungen durch Studenten höherer und höchster Semester.
Weiter stehen marxistische Lehrveranstaltungen häufig in einem Verhältnis schöner Apartheit zu dem übrigen, durch Studien- und Prüfungsordnungen obligatorisch gemachten Lehrangebot. Bisher ist es kaum gelungen, Studiengänge in dem Sinne marxistisch zu organisieren, daß die Fachdisziplinen der teilnehmenden Studenten hinsichtlich ihrer Methoden, Resultate und Metatheorien systematisch zum Gegenstand der Kritik gemacht würden. Stattdessen nimmt der Marxismus den Charakter einer theoretisch selbstgenügsamen, abstrakt allgemeinen Welterklärung an, die so esoterisch ist, daß sie sich Gleichgültigkeit gegenüber den bürgerlichen Wissenschaften meint leisten zu können. Die Konsequenz wird umgekehrt Gleichgültigkeit der in den Fachdisziplinen ideologisch und sozialtechnisch getrimmten Studenten gegenüber solcher Welterklärung beim Verfolgen der ihnen praktisch aufgenötigten Zwecke sein. Beispiel: Die argumentative Schwäche linker Studenten bei Auseinandersetzungen mit indoktrinären Lehrinhalten und -formen und die daraus resultierenden Resignationserscheinungen.
Somit wird der Marxismus zu einer akademischen Disziplin. Es ist unbestritten notwendig, daß Veranstaltungen zur Einarbeitung in grundlegende Texte der materialistischen Geschichtsauffassung und der Kritik der politischen Ökonomie angeboten werden. Unbestritten ist weiter die Notwendigkeit, Diskussionen zu jenen vor allem erkenntnistheoretischen Problemen zu organisieren, vor die uns die Marxsche Theorie stellt, und die u.a. als Geltungsfragen im Zusammenhang marxistischer Untersuchungsansätze des gegenwärtigen Kapitalismus unmittelbar politisch bedeutsam werden. Beschränken marxistische Dozenten jedoch ihre Tätigkeit auf diese beiden Aufgaben, so kann das in der Perspektive eines gesellschaftskritischen Studiums nur dann einen Sinn haben, wenn man von der Voraussetzung eines entwickelten politischen Bewußtseins und genauerer Kenntnis bürgerlicher Theorien bei den teilnehmenden Studenten ausgehen könnte. Weil diese Voraussetzungen in der Regel nicht unmittelbar gegeben, sondern erst herzustellen sind, verlagert sich dort, wo solche Veranstaltungen vorherrschen, die Auseinandersetzung mit dem Marxismus auf eine, seinen Erkenntnisstatus verkennende Ebene entweder rein wissenschaftstheoretischer Analyse oder affirmativer Textaneignung.

(3) Völlig aus dem Blickfeld marxistischer Lehrveranstaltungen gerät zumeist die künftige Berufspraxis der Studenten. Unsere Lehrtätigkeit erweckt den Eindruck, als gälte es, die Studenten zu marxistischen Privatdozenten auszubilden. Tatsächlich aber haben wir es überwiegend mit Studenten zu tun, die künftig in Sozialisationsberufen arbeiten werden. Sie werden sich in bürokratisch organisierten Institutionen reproduzieren, die aus zahlreichen Gründen zur Ausübung eines Anpas-

sungsdrucks fähig sind, der jeglichen emanzipatorischen Anspruch zum Scheitern zu verurteilen scheint. Wenn aber die Universität nicht vorbereitet auf die wirklichen Bedingungen kritischer Praxis an solchen Arbeitsplätzen, ist die notwendige Folge eine Trennung von Politik und Beruf. Vielleicht rühren wir hier an den wundesten Punkt einer Lehrtätigkeit von Marxisten, die sich politisch begreifen möchte; ja, vielleicht machen wir uns überhaupt falsche Vorstellungen von den Möglichkeiten kritischer Berufspraxis der sozialwissenschaftlichen Intelligenz unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen. Charakteristisch ist, daß wir hierüber sehr wenig wissen. Vorerst müssen wir uns daher entgegenhalten lassen, daß wir implizit solche Vorstellungen haben und darauf die politische Legitimation unserer Lehrtätigkeit gründen, diese Vorstellungen jedoch nicht praktisch und damit überprüfbar werden lassen durch die Organisation marxistischer Studiengänge, die auch die künftige Berufspraxis der Studenten zum Inhalt machen. Beispiel: der Realitätsschock linker Lehrer beim Eintritt in den Beruf - ein Schock, der nach einiger Zeit häufig in eine gute Verträglichkeit von marxistischem Kategoriengeklingel mit sozialtechnischem Reformismus einmündet.

(4) Die Form marxistischer Lehre ist autoritär. Die Etablierung des traditionellen Lehr-Lern-Dualismus ist notwendige Folge der objektivistischen Reduktion des Marxismus auf einen adademischen Lehrgegenstand. Weil die wirklichen Voraussetzungen (vorwissenschaftliche und wissenschaftliche Einschätzungen dieser Gesellschaft, Konflikterfahrungen und Interessenlagen, Zukunftsperspektiven), die unsere Adressaten in die Lehrveranstaltungen einbringen, nicht thematisiert und begriffen werden, können sie nicht konstitutiv für kritisches Lernen werden. Damit fallen wir insofern in die traditionelle Dozentenrolle zurück, als wir es sind, die einen "Gegenstand" des Lernens dekretieren. An die Stelle eines zu organisierenden kollektiven Erfahrungsprozesses tritt das verordnete Lernen, das aus "linker" Theorie ein Herrschaftswissen macht, dessen Aneignung mehr der Qualifizierung für seminaristische Konkurrenzsituationen oder für Prüfungen dient, denn der praktisch folgenreichen politischen Selbstaufklärung. Die notwendige, Handlungsorientierungen überhaupt erst ermöglichende Entfaltung der Beziehungen zwischen wesenslogischen Bestimmungen des Kapitalverhältnisses und seinen aktuellen Erscheinungsformen, die schließlich in irgendeiner Weise auch die Teilnahmeinteressen der Studenten mitbewirkt haben, eine Dialektik von Theorie und empirischer Subjektivität also, kommt gar nicht erst in Gang. Beispiel: die Anlage der Marxismus-Veranstaltungen führt vielfach dazu, daß die Dozenten notwendigerweise das Interpretationsmonopol zugeschoben bekommen, in der Erwartung, daß sie die wissenschaftlich verbindlichen Erläuterungen geben, also das logisch Unmögliche einer ex cathedra-Verkündung der wahren Gesellschaftstheorie leisten sollen.

Thematisch sind diese vier Punkte der ausbaubaren Skizze insofern miteinander verbunden, als sie Erscheinungsformen benennen, die auf einen tendenziellen Verlust der kritischen Substanz des Marxismus an der Universität hindeuten. Dieses Thema bildet zunächst das Hauptproblem und soll deswegen noch etwas näher ausgeführt werden.

Esoterische Selbstexegese

Kritische Lehre müßte mehr sein als die gemeinsame Lektüre marxistischer Klassiker - eine Auffassung, die kaum auf Widerspruch stoßen dürfte. Daß gleichwohl unsere Praxis in vielen Fällen anders aussieht, daß das Marxistische an der Lehrtätigkeit sich häufig mit eben jener Klassiker-Lektüre meint begründen zu können, macht zu einem erheblichen Teil das Phänomen des integrierten Marxismus aus. Nicht Studiengänge, die sich konkret auf Interessenlagen und Berufsfelder der Auszubildenden bezögen, werden marxistisch organisiert, sondern im Rahmen unkritisiert bleibender fachdisziplinärer Ausbildungsstrukturen tauchen unvermittelt linke Glanzpunkte auf, die so tatsächlich nur den politischen Feierabend erleuchten können.
Diese Departementalisierung des Marxismus verhindert zudem eine Konkretisierung von Gesellschaftskritik dort, wo sie bislang nur in moralischer Form auftritt. Dem moralischen Bewußtsein wird es ermöglicht, sich dezisionistisch den gerüchteweise als fortschrittlich geltenden Marxismus zum theoretischen Standpunkt zu wählen, dessen Einnahme weitere begriffliche Anstrengungen überflüssig macht. Von ihm aus kommen, falls überhaupt, empirische Informationen über diese Gesellschaft und bürgerliche Theorien nur noch in "marxistisch" ausgewählten und aufbereiteten Formen ins Blickfeld. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit ihnen unterbleibt.
Dieses Phänomen spiegelt auch den schlecht pluralistischen Verzicht auf materialistische Wissenschaftskritik in der Lehre. Es ist schon beinahe ironisch, daß Marxisten die bürgerliche Form eines Wissenschaftspluralismus praktizieren, der von den Universitäten und den Kultusbehörden selber nur selten ernst genommen wurde und sich im übrigen im rapiden Abbau befindet. Sofern dieser Pluralismus etwas anderes sein sollte als jenes ordinariale Verkehrsprinzip, daß eine Krähe der anderen kein Auge aushackt, war er ja gelegentlich Anlaß für Fehldeutungen von links und rechts. Von rechts wurde behauptet, der Marxismus erhebe tendenziell einen Totalitätsanspruch im Sinne der Unterdrückung jeglicher bürgerlichen Wissenschaft. Einige bornierte Linke schienen dieser Denunziation mitunter sogar recht zu geben. Tatsächlich aber verhält es sich mit der Kritik bürgerlicher Wissenschaft wie mit der Religionskritik. Bürgerliche Theorien wie auch religiöse Vorstellungen sind jedenfalls dort, wo ihre Repräsentanten nicht absichtsvoll im Interesse bestehender Unterdrückungsverhältnisse täuschen, als gesellschaftlich notwendiger gedanklicher Ausdruck der nur in Verkehrungen erscheinenden bürgerlichen Totalität zu verstehen. Diese wird nicht abgeschafft durch das schlichte Verleugnen oder dekretorische Verbieten von Ideologien. Gerade unter den Bedingungen der Trennung von Hand- und Kopfarbeit eröffnet im Rahmen der universitären Sozialisierung künftig lohnabhängiger Köpfe für kapitalistische Zwecke die bürgerliche Theorie in ihren Methoden wie in ihren partikularen analytischen Resultaten und sozialtechnischen Empfehlungen als Gegenstand der Kritik einen nicht unwichtigen Zugang zur Entschleierung des wirklichen Produktionsverhältnisses und der darin eingelassenen Herrschaftsinteressen und -mechanismen. Zugespitzt: gäbe es eine marxistische Universität in der bürgerlichen Gesellschaft, so müßte gerade diese sich im eigenen Interesse die authentischsten bürgerlichen Theoretiker heranholen, um durch repressionsfreie Kontroversen gesellschaftliche Erfahrungsprozesse von Studenten zu initiieren, die gewöhnlich nicht proletarisches Klassenbewußtsein mit der Muttermilch eingesogen haben.

Wenn heute also von einer Entschärfung des Marxismus im universitären Lehrbetrieb gesprochen werden muß, dann nicht zuletzt deswegen, weil er sich affirmativ-pluralistisch verhält, zur esoterischen Selbstexegese wird und wesentliche Dimensionen der theoretischen Bewußtseinsbildung kritiklos den ausbildungszuständigen Fachdoktrinen überläßt.

Marxistischer Objektivismus

Dieser schwächliche Verzicht darauf, materialistische Wissenschaftskritik bestimmend für Ausbildungsgänge werden zu lassen, wird von Formveränderungen des nunmehr selbstgenügsamen Marxismus begleitet, die ihn schließlich günstigstenfalls zu einer positiven sozialwissenschaftlichen Theorie machen. Um eine solche handelt es sich selbst dann, wenn objektivistische, z.B. zusammenbruchstheoretische Bestimmungen der Kapitalentwicklung sich als ökonomische Bedingungsanalysen revolutionärer Veränderung begreifen möchten. Unversehens wird die Unterwerfung der Individuen unter den Wert als automatischem Subjekt der bürgerlichen Gesellschaft in der Theorie noch einmal reproduziert: selbst Emanzipation soll sich noch naturgeschichtlich hinter dem Rükken und ohne Bewußtsein der Unterdrückten durchsetzen können. Dabei wird marxistischer Theoriebildung schließlich das konstitutive Moment des subjektiven Einspruchs gegen die gesellschaftliche Subjekt-Objekt-Verkehrung ausgetrieben. Eine sich gegen kapitalistische Herrschaft wehrende Subjektivität, der Möglichkeit nach auch in den spezifischen Widersprüchen der vor allem in Sozialisationsberufen tätig werdenden sozialwissenschaftlichen Intelligenz angelegt, bleibt theoretisch unvermittelt. Kritik muß dann erneut auf eine vorpolitische, vorwissenschaftliche Sphäre schlecht utopischen Moralisierens und verzweifelt blinder Auflehnung oder auf Anpassung regredieren. Die nur revolte-gestimmte Subjektivität kann nicht politisch werden.

Der objektive Widerspruch darf nicht verschleiert werden. Die Positivierung des Marxismus, oder - wie Korsch es ausdrückte - seine "Verwissenschaftlichung", ist mit gewisser Notwendigkeit Folge unentwikkelter Klassenauseinandersetzungen. Wenn diese reduziert sind auf Formen eines institutionalisierten ökonomischen Verteilungskampfes, dann bekommt jede Kritik der bestehenden Produktionsverhältnisse, die zugleich Theorie der Emanzipation von diesen sein möchte, etwas chiliastisches, abstraktes. Als Abwehrhaltung dagegen entwickelt sich ein marxistischer Objektivismus, der erkenntnislogisch in die Nähe bürgerlicher Wissenschaft gerät. Der marxistische Theoretiker kann den Boden des Kapitals als einen, quasi naturgeschichtlicher Logik objektiv gehorchenden Untersuchungsgegenstand nur in dem Maße verlassen, wie die Arbeiterklasse sich anschickt, ihn praktisch zu zerschlagen. Das heißt aber nicht, daß die Widerspruchserscheinungen, die, freilich in versteckterer Form, auch in Perioden relativer Systemstabilität auftreten, ignoriert werden dürften. Die Analysen des Faschismus zeigen gerade im Gegenteil, daß die Vernachlässigung dieser Widersprüche schwerwiegende Folgen hat für die Möglichkeit der Entfaltung offensiven Widerstands in Perioden manifester ökonomischer Krisen. Falsch ist somit ein marxistischer Objektivismus in Lehrveranstaltungen, der die gesellschaftlich vermittelten Konflikte der Adressaten beiseite läßt und schließlich in einem Attentismus resultiert, der auf die große Aktion des theoretisch bestimmten proletarischen Subjekts wartet. Warum eigentlich sollen sich Studenten überhaupt noch mit

marxistischer Theorie auseinandersetzen, wenn "das" Proletariat mit geschichtlicher Notwendigkeit die gesellschaftliche Befreiung herbeiführen wird und es auf die eigenen Unterdrückungserfahrungen, die eigenen Emanzipationsinteressen und das eigene politische Handeln eh nicht ankommt? Solche Fragen sind Folge einer sei es exegetischen, sei es ökonomistischen Lehrtätigkeit, die den Boden entweder für eine rein akademische Rezeptionsweise des Marxismus oder für Theoriefeindlichkeit schafft.

Geschichtsverlust

Dieser Umschlag von Kritik in Affirmation vollzieht sich an der marxschen Theorie noch auf eine andere Weise, sobald sie zum gelegentlichen Lehrgegenstand vereinzelter Dozenten wird. Es ist daran zu erinnern, daß die marxsche Theorie eine historisch bestimmte Form entfalteter Kritik an den vorgefundenen sozialökonomischen, politischen und theoretischen Erscheinungsformen der bürgerlichen Gesellschaft ist. Vor allem: Kritik der physischen und psychischen Verelendung der Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums; Kritik des fortgeschrittensten Gedankenausdrucks bürgerlicher Totalität, des objektiven Idealismus und des kontemplativen Materialismus; Kritik der entwickeltsten theoretischen Bestimmungen kapitalistischer Produktion und Reproduktion, der klassischen bürgerlichen Ökonomie; Kritik kleinbürgerlicher und proletarischer Utopien von Sozialismus; Kritik der Taktik und Strategie radikal-demokratischer und frühproletarischer Organisationen. Bleiben diese wirklichen Voraussetzungen, an denen sich die Theorie von Marx herausbildete, in Lehrveranstaltungen unthematisiert, so wird unerfindlich, warum sich das Interesse an menschlicher Emanzipation eine gedanklich neue Form geben mußte und welcher Art der Status dieser neuen Theorie ist.

Marx wird zum genialen Denker einer sozialwissenschaftlichen Theorie, die sich von anderen durch größere Reichweite unterscheidet. Was zu lernen wäre, kann nicht gelernt werden, nämlich die marxsche Methode der Kritik, die sich an diesen wirklichen Voraussetzungen entwickelt hat. Somit kann aber auch die Rezeptionsgeschichte des Marxismus in der Arbeiterbewegung nicht verstanden werden. Die historischen Veränderungen jener erscheinenden gesellschaftlichen Voraussetzungen, mit denen noch Marx konfrontiert war, können nicht als Anstöße begriffen werden, die die Arbeiterbewegung vor jeweils neuartige, theoretisch und praktisch zu bewältigende Aufgaben stellten. Ohne genauere Kenntnis der marxschen Methode bleibt notwendig die geschichtliche Praxis der Arbeiterbewegung eine Kette unbegriffener Ereignisse, die sich vor dem abstrakten Seminarmarxismus nur blamieren können. So wie dann die marxsche Theorie eindimensional auf eine Auseinandersetzung mit den Inkonsistenzen bei Smith und Ricardo zurückgeführt wird, so symbolisieren Lenin, Luxemburg, Korsch und Lukács (seltener Kautsky und der, verglichen mit Lenin, gleichfalls politisch relevante Bernstein) nur noch Knotenpunkte einer nicht auch durch die Geschichte der Klassenkämpfe, sondern durch innertheoretische Diskurse bestimmten Entwicklung.

Auch diese Entgeschichtlichung des Marxismus macht ihn zu einem positiven System und immunisiert das Bewußtsein gegen konkrete gesellschaftliche Erfahrung. Die kapitalistische Lebenswelt in ihren ge-

schichtlich-alltäglichen Erscheinungsformen verbleibt unter dem Schleier der von ihr hervorgebrachten Mystifizierungen, und darüber erhebt sich ein Reich des reinen "marxistischen" Denkens.

Die marxsche Theorie selber darf also nicht von der Kritik ausgenommen werden. Quelle dieser Kritik ist jedoch nicht allein unser Denkvermögen, soweit es sich an vielleicht unklaren "Ableitungen" im "Kapital" festmacht. Quelle ist auch und vor allem die empirische Geschichte und die gegenwärtige Realität der Arbeiterbewegung, die zur marxschen Theorie in einem objektiven Spannungsverhältnis der Kritik steht. Wer gegenüber dieser geschichtlich permanenten Kritik des Marxismus durch die Praxis der Arbeiterbewegung sich auf die reine Theorie akademisch zurückziehen möchte, gibt eigentlich nur seinem fundamentalen Desinteresse an gesellschaftlicher Emanzipation Ausdruck.

Studenten und Arbeiterbewegung

Mit dieser Feststellung, daß marxistische Lehrveranstaltungen thematisch von den geschichtlichen Entwicklungsformen des Theorie-Praxis-Verhältnisses in der Arbeiterbewegung bestimmt sein müßten, nähern wir uns erneut dem Kern der Schwierigkeiten. Es geht ja nicht darum, einen bislang häufig auf Dogmengeschichte oder Wissenschaftstheorie reduzierten Lehrgegenstand "Marxismus" in quasi wissenssoziologischer Absicht um eine sozialgeschichtliche Dimension zu erweitern. Wenn wir von der Annahme ausgehen können, daß in die Wahl eines sozialwissenschaftlichen Studiums auch gesellschaftskritische Interessen eingehen, dann stellt sich zuallererst die Aufgabe, deren allgemeine, klassengeschichtliche Genesis als Bedingung konkreten geschichtlichen Handelns sichtbar zu machen. Diese Genesis aber ist die kapitalistische Konstitutions- und Unterdrückungsgeschichte emanzipativer Interessen als ein Prozeß, der einerseits begriffliche Verständigungen in historisch wechselnden, zim Teil konkurrierenden Ausdrucksweisen über emanzipatorische Praxis hervorgebracht, andererseits diese zugleich auch immer wieder praktisch kritisiert hat. Sowohl die Marxismen wie die spezifischen Erscheinungsformen gegenwärtiger Klassenherrschaft als auch die gesellschaftlichen Emanzipationsinteressen der Einzelnen sind Resultate dieses geschichtlichen Prozesses wechselseitiger Kritik von Theorie und Praxis. Bis heute blieb Praxis von der mit dem Kapitalverhältnis gesetzten Logik gesellschaftlicher Entwicklung dominiert. Das aber läßt auch die Praxis der Kritik nicht zum Stillstand kommen, jedenfalls solange nicht, wie Unterdrückungserfahrung sich gegen schlechte Versöhnung sperrt und immer wieder die Idee menschlicher Emanzipation hervorbringt, deren materielle Realisationsbedingungen bereits real vorhanden sind. Das anspruchsvollste Postulat ist hier dann gerade das richtigste: solange es nicht gelingt, die subjektiven Unterdrückungserfahrungen der Adressaten unserer Veranstaltungen mit der Geschichte der Klassenkämpfe als ihrer eigenen zu vermitteln, solange kann von kritischem Lernen nicht die Rede sein.

Dieser Aufgabe widerspräche es, "den" Marxismus oder "die" Marxismen als Lehrstoff anbieten zu wollen. Allein schon die hierdurch bedingte Asymmetrie von Lehrenden und Lernenden unterdrückt systematisch jene empirische, widersprüchliche Subjektivität der Lernenden, vor der es nicht zu unrecht dem bürgerlichen Sozialisationsagenten schaudert, deren Artikulation für kritisches Lernen jedoch eine entscheidende

Voraussetzung ist. Diese Subjektivität, noch unentfaltetes Moment eines objektiv klassenbestimmten Widerstandspotentials gegen jegliche Unterdrückung, bildet sich nicht zum Selbstbewußtsein heraus durch äußerliche Belehrung über ihre geschichtliche Herkunft. Der Bildungsprozeß kann vielmehr nur an der aktuell erlebten Unterdrückung und am Interesse ihrer Abschaffung ansetzen. Hierbei werden notwendig strategische Erwägungen ausgelöst, die sich auf die Rekonstruktion der Entstehung sozialer Herrschaftsformen einlassen müssen. Diese Rekonstruktion wird zum Prozeß der Vergegenwärtigung und Aneignung einer Geschichte, in der Genesis und Aktualität des individuellen Emanzipationsinteresses mit der historischen Tendenz auf soziale Befreiung vermittelt sind. Demgegenüber bleibt also die traditionelle Lehrform auch dann noch anti-emanzipatorisch, wenn sie mit der Geschichte der Klassenkämpfe als einem Lehrstoff gefüllt wird.

Untersuchungsarbeit gegen die Integrationslogik

Zusammenfassend lassen diese Überlegungen eine gewisse Logik der Integration des Uni-Marxismus erkennen. Der fortexistierende Lehr-Dualismus macht emanzipatorisches Lernen zu einer Sache marxistischen Unterrichts in der alten bürgerlichen Form. Der linke Dozent fingiert die Rolle eines Dirigenten kognitiver Emanzipationsprozesse - eine Subjektrolle, die jedoch genauer und realitätsgerechter auf die Herrschaftsfunktion des bürgerlichen Sozialisationsagenten zugeschnitten ist. Für die Wahrnehmung der Studenten stellen sich beide nur noch als Instanzen dar, die ihnen, mit Sanktionsvollmachten ausgestattet, sagen, was sie zu wollen und zu tun haben. Dieser faktische Kommunikationsabbruch in marxistischen Lehrveranstaltungen bürgerlicher Form, die an sich als Veranstaltungen gemeinsamen Interpretierens anzulegen wären, setzt die alte Konstitutionslogik bürgerlicher Lehrinhalte nun auch für "marxistische" durch. Weil die im kritischen Marxismus in allen Einzelheiten stets wirksame Dialektik von empirischer Subjektivität und objektiver Tendenz, von Klassenkampf und Logik des Kapitals, sich gegen eine objektivistische Zurichtung zum Lehrgegenstand sperrt, muß sie zerrissen werden. Erst wenn der Marxismus ausgeweidet ist in einen dogmengeschichtlichen Teil, die Kritik der politischen Ökonomie, und in einen historiographischen, die Geschichte sozialer Bewegungen, ist er zum Lehrgegenstand tauglich und somit integriert. Die Rückvermittlung theoretischer Kategorien an artikulierte soziale Erfahrungsgehalte der Studenten wird dann allenfalls zu einem motivationstaktischen Zugeständnis - eigentlich hat sie mit diesen Disziplinen und ihrer Lehre nichts mehr zu tun.

Wir haben somit Gründe für die Annahme, daß der Marxismus, kaum an die Universität gekommen, durch Integration in den wissenschaftspluralistischen Betrieb "handzahm" domestiziert wurde. Wir stellen fest, daß die hierzulande für Marxisten jetzt punktuell gegebenen und auch schon wieder in Frage gestellten Arbeitsmöglichkeiten in erster Linie der literarischen Produktion, weniger jedoch einem politischen Lernprozeß der Studenten zugute kommen. Während sich angesichts des enormen Nachholbedarfs die gelegentlich kooperative theoretische Arbeit durch ein hohes Niveau theoriegeschichtlicher Rezeption und ansatzweise darauf aufbauender Theorieentwicklung auszeichnet, gerät die meist individuelle Lehrtätigkeit häufig genug marxpfäffisch und posi-

tiv. Dieser Kritik kann vorläufig noch entgegengehalten werden, daß eine an sich richtige Beschreibung des gegenwärtigen Zustands lediglich in abstrakter Form mit einer nicht weiter entwickelten, sondern nur behaupteten Position konfrontiert wird, die sich als "kritischer Marxismus" bezeichnet. Diesem Vorwurf abstrakten Räsonnements ist nur zu begegnen, wenn die vorgetragene Kritikskizze zum Ausgangspunkt einer materialistischen Analyse der gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen kritischen Lernens an der Universität gemacht wird. Es zeichnet sich ab, daß eine genauere Bestimmung dessen, was empirische Subjektivität (der Studenten wie der Dozenten) genannt wurde, sowie der gesamtgesellschaftlichen und der universitätsspezifischen Bedingungen, unter denen sie sich entfaltet, zu der Forderung führt, die Lehrtätigkeit als ein Feld konkreter Untersuchungsarbeit zu organisieren, gewissermaßen nicht länger als verkündeten, sondern als forschenden, als angewandten Marxismus.

Diese Forderung ist umso dringlicher, als auch jener resignativen und wider Willen apologetischen Tendenz zu begegnen ist, die zur Erklärung des Integrationsprozesses vor allem personalisierende Gründe heranziehen will. Diese Aussparung einer mikrologischeren Analyse der objektiven Bedingungen marxistischer Lehrtätigkeit bedeutet schon den Verzicht auf ihre Veränderung. Auch bleibt unerfindlich, wieso der Marxismus, dem vor allem die sozialrevolutionäre Schüler- und Studentenbewegung Einlaß an der Universität erzwang, dann - im Sinne eines modischen Topos - gerade in die Hände kleinbürgerlicher, ideologische Marktlücken ausnutzender Karrieristen geraten sein soll. Ist nicht eher zu vermuten, daß der Marxismus als ein universitärer Lehrgegenstand deswegen häufig eine so abgespaltene positive Existenz fristet, weil die Bedingungen, unter denen er an die Universität kam, sich signifikant von jenen unterscheiden, unter denen er heute praktiziert wird? Über diese Bedingungen müßte eine Verständigung hergestellt werden, jedenfalls dann, wenn zweifelhaft geworden ist, ob der fakultative oder gar obligatorische Einbau einer Marx/Engels - Lektüre in das sozialwissenschaftliche Studium ohne bestimmtere Vermittlungen schon die Chancen einer Erarbeitung von gesellschaftlicher Erfahrung realisiert, die möglicherweise auch unter den repressiven Randbedingungen hochschulmäßigen Lernens gegeben sind. Gewiß sind hierzu Problemstellungen, wie sie in Neudeutsch unter dem Titel einer Didaktik der politischen Ökonomie versammelt werden, nicht gleichgültig. Diese Überlegungen bleiben aber so lange in lerntechnizistischer Unvermitteltheit, wie sie nicht die empirisch gegebenen Konstellationen zwischen Lehrenden und der neuen Studentengeneration einbeziehen und politisch begreifen. Diese Konstellationen sind Ausdruck objektiver Tendenzen, an denen sich marxistische Gesellschaftskritik zuallererst bewähren müßte, und deren erfahrbare Widersprüche emanzipatorischem Lernen nutzbar zu machen wären.

2. STUDENTENBEWEGUNG UND MARXISMUS

Eine Klärung des skizzierten Zustands marxistischer Lehre sollte mit der Frage beginnen, wieso überhaupt der Marxismus in bestimmten Ausbildungsinstitutionen Fuß fassen konnte. Es ist auffällig, daß sich als erstes gerade im Sozialisationsbereich Gegentendenzen gegen eine bruchlos an den Faschismus anknüpfende, gegenwärtig zielstrebig for-

cierte anti-marxistische Propaganda herausgebildet haben, die noch heute in weitem Umfang ihrer Funktion gerecht wird, ökonomische und politische Widersprüche des restaurierten Kapitalismus volksgemeinschaftlich zu verkitten. Daß diese Gegentendenzen von einer spezifischen, nicht traditionell proletarischen Basis ausgingen, hat zweifellos zu den Formwandlungen des Marxismus an den Universitäten beigetragen. Auch hat die Universität als eine Institution des bürgerlichen Staates verhältnismäßig rasch auf die Entstehung eines kapitalismuskritischen Potentials reagiert und die Möglichkeiten einer repressionsfreien Verständigung über Charakter und Entwicklungstendenzen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse weitgehend eingeschränkt. So setzen sich auch in Lehrveranstaltungen, die der Absicht nach als kritische angelegt sind, eine ganze Reihe gesellschaftlich vermittelter Zwänge durch. Dies hängt eng mit der Auflösung der alten Studentenbewegung zusammen.

Politischer Hintergrund der Uni-Marxisten

Ein Großteil der heute an den Universitäten lehrenden Marxisten wurde im Laufe der vergangenen 5 - 7 Jahre angestellt bzw. beamtet. Davon waren um 1969/70 einige wenige schon Assistenten, die meisten dagegen noch Studenten, zum weit überwiegenden Teil in den Fächern Soziologie, Philosophie und Politologie. Aus dieser Gruppe rekrutieren sich die meisten der heutigen marxistischen Dozenten. Eine Mehrheit von ihnen hat aktiv an der Studentenbewegung teilgenommen. Viele waren schon geraume Zeit vorher im SDS organisiert und haben dort lebensperspektivisch wichtige theoretische und praktische Erfahrungen gemacht (theoretische: vor allem Marxismus und Geschichte der Arbeiterbewegung, Faschismus, Stalinismus sowie Wissenschafts- und Hochschulkritik; praktische: sozialdemokratischer Subreformismus, Hochschulpolitik, Kampagnen gegen Militarismus und Imperialismus, aber auch ansatzweise die Dimension solidarischer Verkehrsformen). Bei einem minoritären Teil der linken Dozentengruppe verlief die Herausbildung politischer Identität oft über individuelle, einseitig theorievermittelte Lernprozesse. Doch auch für diesen Teil war die Studentenbewegung nicht gleichgültig, wenngleich er aus unterschiedlichen Gründen ein eher kontemplatives Verhältnis zu ihr einnahm und sich erst später, nach ihrer Auflösung, praktisch-politischen Problemen zuwandte, vor allem der institutionellen Hochschulreform.

Materialistische Theorie als Notwendigkeit

Diese Skizze läßt nach dem Zusammenhang von Studentenbewegung und Marxismus fragen. Es ist wichtig, überhaupt erst einmal die Tatsache eines solchen Zusammenhangs anzuerkennen. Seine Existenz verweist dann auf ein bestimmtes Theorie/Praxis - Verhältnis, verweist darauf, daß Ende der 60er Jahre eine politische Bewegung mit sozialrevolutionären Zielen entstanden war, die sich auf den Marxismus als eine praktisch notwendige Theorie für Zwecke der eigenen Selbstverständigung und Strategiebildung bezog. Dies geschah nicht etwa deswegen, weil Einzelne, die später von den bürgerlichen Medien zu Rädelsführern gestempelt wurden, ständig aus den blauen oder braunen Bänden zitiert hätten, sondern weil deren Agitation an den konkreten Problemen der Studentenbewegung deutlich gemacht hatte, daß diese überhaupt nur im Kontext materialistischer Theorie adäquat zu bewältigen sind. Viet-

nam, der objektive Zusammenhang zwischen Unterdrückung im eigenen Land und der Lage der "Verdammten dieser Erde" in den von den Metropolen ökonomisch unterentwickelt gehaltenen Ländern, Notstandsgesetze und autoritärer Staat, die Verkrüppelung kreativer Fähigkeiten durch eine Ausbildung zum Fachidioten für kapitalistische Verwertungsinteressen, die Destruktion von Solidarität durch ein legitimationsunfähiges Leistungs- und Konkurrenzprinzip, die Manifestationen strukturell vermittelter Bereitschaft zu neuer Gewaltanwendung gegen Minderheiten - kurzum: alle diese Motive eines ersten neuen Aufstands der menschlichen Produktivkräfte gegen ihre kapitalistische Fesselung zwangen, um sich durchsetzen zu können, zu einer Verständigung über den Zusammenhang zwischen den Entstehungs- und Erscheinungsformen ökonomischer Macht und den Strukturen politischer Herrschaft. Mit neuer Sensibilität drang diese Revolte dabei vor bis in die Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft, die Familien und die Geschlechterbeziehungen, bis in die Poren der alltäglichen Verkehrsformen.

Es gehört zu den Erfahrungen der Studentenbewegung, daß für die Lösung der von ihr beim Namen genannten Gesellschaftsprobleme vom traditionellen Theorieangebot der bürgerlichen Universität kaum etwas brauchbar war. Diesem gegenüber erwiesen sich tatsächlich die an Marx orientierte Kritik zusammen mit einer Freud rezipierenden Sozialpsychologie als die modernsten, weil gesellschaftliche Unterdrückung und die Bedingungen ihrer Aufhebung thematisierenden Theorien. Noch Schelsky hatte der "skeptischen Generation" Denkfeindlichkeit bescheinigt. Doch diese Skeptiker, zu verändernder Praxis gezwungen, entwickelten unerwartet ein gewaltiges Interesse an kritischer Theorie. Inner- und außeruniversitäre Veranstaltungen dieser Zeit kannten gar nicht das Problem sogenannter Motivationserzeugung. Diese Veranstaltungen waren z.T. spontan entstandene, relativ autonome Vermittlungskerne von Praxis und Theorie, ohne daß eine zentrale Organisation als bestimmte Vermittlungsform existiert hätte. Zeitweilig und tendenziell war der traditionelle Lehr/Lern-Dualismus aufgehoben. An seine Stelle traten Ansätze einer neuen kollektiven Produktivität: Lehren war das rollenunspezifische Mitteilen praktischer und theoretischer Erfahrungen, und es war zugleich Lernen als gemeinsame Selbsterfahrung wie als Erforschung des politischen Handlungsterrains. Problematisch war dabei eher eine Haltung, die jeden theoretischen Satz an der Elle unmittelbarer Praxistüchtigkeit messen wollte.

Grenzen der Studentenbewegung

In dieser Periode erschien es manchen Marxisten, die ihr Studium gerade abgeschlossen hatten, politisch durchaus sinnvoll, sich an der Universität zu professionalisieren. Zwar waren es zumeist Einzelentscheidungen, doch konnte der Einzelne sich vorstellen, am Aufbau von Stützpunkten kritischer Wissenschaft als Moment einer praktisch-politischen Bewegung zur Demokratisierung der Gesamtgesellschaft beteiligt zu sein: Lehre und Forschung als eine Form notwendiger politischer Praxis unter der Parole "Marx an die Uni!".

Wie sich allmählich zeigte, war die Studentenbewegung spätestens 1970 an die Grenzen einer vor allem aktionistischen, die Dialektik von Reform und Revolution verleugnenden Politik gestoßen. Deutlich wurden diese Grenzen insbesondere, als (1.) der in den Notstandsgesetzen un-

verhüllte präventive Angriff gegen rechtsförmig gewordene Klassenkompromisse der Nachkriegszeit seitens der bedrohten Arbeiterklasse weitgehend unerwidert geblieben war, als (2.) die Versuche einer emanzipatorischen Vergesellschaftung der Ausbildungsinstitutionen technokratisch-reformerisch integriert wurden, und als (3.) der Kampf gegen den imperialistischen Zwangszusammenhang von äußerer und innerer Unterdrückung kaum zusätzliche soziale Gruppen zu mobilisieren vermochte.

Nicht, daß die Studentenbewegung keine gesellschaftlichen Veränderungen bewirkt hätte. Ihr Problem bestand gerade darin, daß diese sich entweder nur unauffällig und sporadisch feststellbar vollzogen, oder daß sie sich als gesellschaftlich unmittelbar bedeutsame, jedoch von der Studentenbewegung in dieser Form gar nicht beabsichtigte Nebenfolgen einstellten. So hat es die Revolte auf der einen Seite verstanden, vor allem den Gedanken der Selbstorganisierung in die verschiedensten Lebensbereiche hineinzutragen, und sie hat auch ihre Kampfformen verbreitet; auf der anderen Seite diente sie an der Universität unabsichtlich technokratischen Reforminteressen als ein Bündnispartner gegen die konservative Oligarchie und trug gesamtgesellschaftlich zu einem Klima bei, das einer Auswechslung der im Staatsapparat herrschenden Cliquen mittels des sozialdemokratischen Verbal-Reformismus günstig war.

Das der Revolte eigentümliche Moment von Realitätsverkennung war wohl einerseits Bedingung dafür, nach der Restaurationsperiode überhaupt erst einmal wieder den Kopf frei zu kriegen für einen Blick auf mögliche geschichtliche Alternativen zur faschistischen und postfaschistischen Barbarei. Die negative Seite dieser Verkennung aber zeigte sich darin, daß die Studentenbewegung menschliche Emanzipation hier und sofort und ohne Klassenorganisierung realisieren zu können meinte. Dieser Maximalismus kann wegen seiner Zwieschlächtigkeit nur für jene Anlaß zum Höhnen bieten, die seit eh und je "wissen", wohin die Geschichte läuft. In Wirklichkeit ist Maximalismus einerseits wesentliches Moment der kulturrevolutionären Voraussetzungen für das Zerbrechen der alten materiellen und psychischen Ketten. Andererseits verhinderte er in seiner verabsolutierenden Form, daß spontane Auflehnung in Energie verwandelt wurde, und bildete einen Maßstab, vor dem jegliche Praxis als Mißerfolg erscheinen mußte. Eine Bewegung aber, die ihrem eigenen Verständnis nach keine wirklichen Erfolge erzielt, zerfällt auf die Dauer. Dann schlägt erneut die Stunde der teleologisch Sicherheit verheißenden, an den bestehenden Machtzentren sich pragmatistisch orientierenden Verwalter der Arbeiterklasse.

Maximalismus

Geschichtliches Bewußtsein

In ihrem Verlauf hat sich die Studentenbewegung bis zu einem geschichtlichen Problembewußtsein durchgearbeitet, dem sich vor allem die folgenden Fragen stellten:
(1.) In welchen Formen und wo produziert der gegenwärtige Kapitalismus in den Metropolen Bedingungen der Konstitution revolutionärer Subjektivität?
(2.) Wie ist ein neuer Substitutionalismus, der die Arbeiterklasse durch eine Partei und diese schließlich durch ihre Führung ersetzt, zu verhindern? Wie können gegengesellschaftliche, Selbstbestimmung

und Solidarität antizipierende Organisationsformen entwickelt werden?
(3.) Wie ist in der gegenwärtigen Etappe das prozessierende Verhältnis von Reform und Revolution konkreter zu bestimmen, welche praktischen Schlußfolgerungen ergeben sich daraus für die politische Arbeit in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Universitäten, Schulen, Betriebe)?
(4.) Welche Bedeutung hat punktueller Widerstand in physisch-militanter Form gegen die zunehmende Gewalt von oben beim Ausbleiben massenhafter Gegengewalt von unten?
Die Antworten auf diese Fragen sind vorläufig recht unterschiedlich ausgefallen und verteilen sich in typischer Weise auf die gegenwärtigen linken Gruppierungen. Zum Teil ist es auch zu einer Verselbständigung der einzelnen Probleme gekommen, beispielhaft bei der Roten-Armee-Fraktion in ihrem abstrakten Verhältnis zur Gewaltfrage.

Parteibildungen

Betrachtet man diese Entwicklungen im Hinblick auf das Verhältnis der linken Studenten zu marxistischer Theorie, so ist zunächst folgendes zu bedenken. Die Aktiven der Studentenbewegung kamen nur ausnahmsweise durch unmittelbare eigene Erfahrung zur Arbeiterklasse. Sie entdeckten diese über die Theorien der Klassiker. Dieser literarische Zugang förderte gerade bei Kopfarbeitern sehr leicht das Mißverständnis, die theoretischen Aussagen über das Proletariat, seine objektiven Interessen und seine geschichtliche Funktion seien empirisch gültige Aussagen zur aktuellen Klassenrealität. Zumindest konnte es so erscheinen, als bedürfte es jetzt, nachdem sich ein sozialrevolutionärer Focus in Gestalt der Studentenbewegung herausgebildet hatte, nur noch eines geringen agitatorischen Anstoßes, um die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Die Enttäuschung dieses Mißverständnisses durch politische Erfahrung trug nicht nur zu massenhafter Resignation und zu erneuter Anpassung bei, sondern auch zur Entwicklung dreier politischer Hauptlinien in der Auflösungsperiode der Studentenbewegung.

Die erste ist charakterisiert vom Verzicht auf klassen- und revolutionstheoretische Bestimmungen der eigenen Politik. Dieser neue Reformismus findet seine Heimstätte vor allem in der DKP. Unter der wissenschaftlichen Intelligenz dürfte sie vorzugsweise diejenigen konsequenten Technokraten ansprechen, die im Sozialismus ein ökonomisches Ordnungssystem sehen, das auf der Grundlage staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln unter die Leitung einer planungsfähigen, mit weitgehenden Entscheidungsvollmachten ausgestatteten, technisch rationalen Zentralinstanz gestellt ist. Die Marxsche Kritik nimmt die Form eines tagespolitisch elastischen Marxismus-Leninismus an, der auch zur Begründung der anti-monopolistischen Bündnispolitik des Stamokap herhält. Marxismus an der Universität ist für die Anhänger dieser Richtung solange kein Problem, wie er sich im Einklang mit der durch die Partei lehrverbindlich kanonisierten Form eines dialektischen und historischen Materialismus befindet. Er definiert unumstößlich den "Standpunkt des Proletariats".

Die zweite Hauptlinie hat vorerst einen neuen Dogmatismus, den der studentischen Parteien vom leninistischen Typus, hervorgebracht. Ihr Hauptgegner ist der Revisionismus vor allem der "sozialimperialistischen Supermacht" Sowjetunion. Ihm gegenüber meinen sie auf einer

reinzuhaltenden Lehre der Klassiker zu beharren. Die Angebote, sich über selbsternannte Avantgarden mit dem Proletariat der Theorie und mit historischen Siegen der Arbeiter- und Bauernbewegungen zu identifizieren, sind gerade für heimatsuchende Linke der wissenschaftlichen Intelligenz verlockend. Ihre wesentlich moralische Identifikation hat zur Folge, daß an den Universitäten erbitterte Zitatschlachten die Begriffs- und Perspektivlosigkeit einer politischen Praxis verbrämen müssen, die sich abstrakt "in den Dienst des Volkes" stellen möchte. Marxismus als Methode konkreter Untersuchung hat einstweilen ausgedient. Er erhält die Form eines parteiverordneten Lernziels indoktrinärer Schulungsprogramme, die der "Generallinie" zu folgen haben.

Organisationsformen aus Lernprozessen

Anti-Revisionismus und Anti-Dogmatismus kennzeichnen schlagwortartig die dritte Hauptlinie. Trotz vergleichsweise großer Heterogenität ist ihr eines gemeinsam: sie setzt sich gegen Konzepte studentischer Parteiaufbauer gerade durch die Einsicht ab, daß die Organisationsfrage nur auf der Grundlage eigener Kampferfahrung der Arbeiterklasse selbst gelöst werden kann. Nur so lassen sich Niederlagen vermeiden, wie sie aus den Fehlern der geschichtlichen Arbeiterbewegung resultierten. Für das Verhältnis zum Marxismus ist in diesen Gruppen die Erkenntnis wesentlich, daß die Erscheinungsformen des betrieblichen und außerbetrieblichen Lebenszusammenhangs der lohnabhängigen Massen nicht gleichgültig sind für die bislang von den Studenten nur über marxistische Theorie erfahrenen Konstitutionsbedingungen des revolutionären Subjekts.

Hieraus ergeben sich verschiedenartige Arbeitsansätze, die zum Teil, insbesondere in der Gewerkschaftsfrage, auch kontrovers sind. Das Gemeinsame der diesen Gruppierungen zuzurechnenden Betriebs-, Emigranten-, Lehrer-, Stadtteilgruppen etc. besteht darin, daß sie versuchen, auf Widersprüche praktisch einzugehen, wie sie sich spezifisch in der Produktions- und Reproduktionssphäre entwickeln. Einzelne, überschaubar erscheinende Einheiten dieser Sektoren werden zu organisierenden Ausgangspunkten eines politischen Erfahrungsprozesses, der auf einer fortgeschritteneren Stufe jene organisatorische Vereinheitlichung ermöglichen soll, die adäquater Ausdruck dafür wäre, daß die Klasse sich als konkrete Negation der objektiven Totalität von kapitalistischer Produktion und Reproduktion herausgebildet hat.

Neue Theoriefeindlichkeit

Wie immer diese Arbeitsansätze im einzelnen sich begründen, wie umstritten und zu Fraktionierungen führend die Vermittelbarkeit von marxistischer Theorie und politischer Praxis auch gewesen sein mag und ist, am Anfang dieser Versuche standen durch theoretische und praktische Erfahrungen vermittelte gesellschaftliche Einschätzungen, die ihrerseits den Prozeß experimenteller Gewinnung neuer Erfahrungen mit organisierten. Die Singularität und Komplexität dieser neuen Erfahrungen hat aber in einigen Gruppen zugleich auch zu einer neuen Theoriefeindlichkeit beigetragen. Die Differenz zwischen dem Begriff des Kapitals im allgemeinen und der erscheinenden Wirklichkeit wird dort immer häufiger dem Marxismus und nicht dieser Wirklichkeit an-

gelastet. Es droht erneut die Einsicht verloren zu gehen, daß diese Wirklichkeit eben wegen ihrer verkehrten Erscheinungsformen wissenschaftliches Begreifen notwendig macht, ohne das der Gedanke an gesellschaftliche Veränderung ein nur moralisches und kurzatmiges Postulat bleibt. Unversehens nimmt in den Augen mancher Aktivisten die marxistische Theorie die gleichen Züge von Unbrauchbarkeit und Bürgerlichkeit an, die zu Recht am Beginn der Studentenbewegung an der traditionellen Theorie konstatiert wurden.

Selbst in jenen Gruppen, wo Handwerkelei nicht die ultima ratio angesichts einer noch in weiten Teilen der Arbeiterklasse verankerten reformistischen Ideologie und Praxis ist, fallen politische Praxis und Theorie meist weit auseinander. Das wird in den zweierlei Arten von Publikationen sichtbar. Die einen, Beiträge in den gruppeneigenen Periodika vor allem, haben zumeist den Charakter entweder von Appellen zu einer bestimmten Praxis oder sie bleiben auf der Ebene schönfärberischer Beschreibungen vergangener Aktionen; die anderen, längere Aufsätze oder Bücher einzelner Gruppenmitglieder, bewegen sich auf einem Abstraktionsniveau, das dem der akademischen Literatur gleichkommt und auf dem die eigene politische Praxis zur Gleichgültigkeit herabsinkt. Dieses Auseinanderfallen soll hier nicht abstrakt denunziert werden, denn es hat zweifellos objektive Gründe, die mit dem Stand der Klassenauseinandersetzungen zusammenhängen. Dieser macht Praxis vorläufig noch zu einer nur punktuellen, die sich begrifflicher Verallgemeinerung entzieht, und er macht Theorie zu einer objektivistischen, die noch nicht Reflexionsform des selbstbewußt handelnden Klassensubjekts geworden ist.

Isolation der Uni-Marxisten

Für unser Thema "Marxismus an der Universität" ist es wichtig, diesen Tatbestand festzuhalten, denn er tangiert auch die Lehrtätigkeit kritischer Marxisten an den Universitäten. Diese Lehrtätigkeit ist ja unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß die Entstehung außeruniversitärer Gruppen am Ende der Studentenbewegung von einer Isolierung der an den Universitäten sich reproduzierenden Marxisten begleitet war. Indem sich gerade die aktivsten Zerfallsprodukte der Revolte von der Universität abwandten, zerrissen auch viele der in der Studentenbewegung entstandenen personellen Arbeitsbeziehungen. Die Schwierigkeiten einer Praxis/Theorie-Vermittlung wurden somit dadurch noch gesteigert, daß Genossen aus den alten studentischen Kadern sich unter Voraussetzungen an der Universität professionalisierten, die heute nicht mehr gelten, und damit von dem anderen Teil, der die Uni verließ, abgeschnitten wurden.

Dieser Trennungsprozeß war nicht beliebig rückgängig zu machen. Die Arbeitsweise studentischer Gruppen außerhalb der Universität war gerade in den ersten Aufbaujahren so beschaffen, daß eine Integration Berufstätiger, die nicht in Produktionsbetrieben arbeiteten, teilweise unerwünscht, faktisch wohl aber auch nicht möglich war. Es mag offen bleiben, ob das wirklich ein Verlust für die Gruppen war; jedenfalls mußten und konnten sie sicherlich auf Belehrungen marxistischer Nur-Kopfarbeiter verzichten. Ebenso gilt aber - und das ist hier das Entscheidende - daß dieser Trennungsprozeß notwendigerweise die traditionelle, praxislose, wesentlich innerszientifische Konstitutionslogik nun auch für marxistische Lehrinhalte freisetzte.

Verzicht auf Politik an der Hochschule

Charakteristisch für die gegenwärtige Phase der Entwicklung seit der Studentenbewegung ist somit, daß sich drei isolierte Bezugspole herausgebildet haben: (1.) die ehemals studentischen, außeruniversitäre Gruppen, (2.) die professionellen Universitäts-Marxisten, (3.) eine neue Studentengeneration, deren gesellschaftliche Erfahrungen und Perspektiven den beiden anderen Bezugspolen weitgehend fremd sind. Eine politisch begründete Vermittlung dieser drei Pole auf der Grundlage a) einer begriffenen Geschichte der gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der Studentenbewegung, b) eines reflektierten Verständnisses der Perspektiven außeruniversitärer Praxis von beruflich sich nicht festlegenden, "jobbenden" oder zeitweilig in den Betrieb gehenden Sozialwissenschaftlern, c) einer die vorliegenden Erfahrungen aufarbeitenden Einschätzung der Möglichkeiten politischer Arbeit in sozialwissenschaftlichen Berufsrollen, d) einer Analyse der gegebenen Voraussetzungen kritischen Lernens, das seine Inhalte aus den hauptsächlichen, den gegenwärtigen kapitalistischen Krisenzusammenhang bestimmenden Tendenzen bezieht - diese Vermittlung steht selbst in den Ansätzen noch aus.

Im Gegenteil: die außeruniversitären Gruppen negieren ihre eigene Entstehungsgeschichte und damit zugleich die mögliche aktuelle Bedeutung der Universität für die Entwicklung eines sozialrevolutionären Potentials in der wissenschaftlichen Intelligenz. Weder die Erfahrungen der Studentenbewegung noch die der daraus resultierenden Ansätze für außeruniversitäre Praxis können so in irgendeiner Weise relevant für die nachfolgenden Studentengenerationen werden. Die Kämpfe der 60er Jahre werden zu einer Episode, der sich bei der absehbaren Verschärfung der Studien- und Reproduktionsbedingungen andere hilflos anschließen mögen.

Die marxistischen Dozenten können diese Vermittlung außeruniversitärer Praxis mit universitären Lernprozessen alleine nicht wahrnehmen, schon wegen ihrer, der individualistischen Form von Professionalisierung geschuldeten reduzierten Erfahrung. Sie werden auf das Stadium kritischer Kritiker zurückgedrängt und verhalten sich vielfach so, als könnten gesellschaftliche Erfahrungsprozesse über ein Studium vermittelt werden, das nach dem biographischen Muster ihres eigenen theoretischen Lernprozesses angelegt ist. Dabei sitzen ihnen gegenüber erneut atomisierte Studenten, deren Arbeitsblockaden, Diskussionshemmungen, Verstehensschwierigkeiten etc. nicht als Ausdruck der Diskrepanz zwischen akademischer Theorie und widersprüchlicher sozialer Erfahrung begriffen werden, sondern allenfalls zum Anlaß für einige didaktische oder gruppendynamische Erwägungen dienen.

3. BESOLDETE MARXISTEN

Unsere Erörterung hat mit einigen charakteristischen Phänomenen des gegenwärtigen Universitäts-Marxismus begonnen. Es wurden nachteilige Konsequenzen der stattfindenden Szientifizierung für die Entwicklung der Kritikfähigkeit der Studenten skizziert, und: der nahezu totale Verlust eines praktischen Zusammenhangs zwischen der außeruniversitären Linken und den professionellen Uni-Marxisten erwies sich als ein we-

sentlicher Grund für deren Akademisierung. Die wichtige Frage nach den Möglichkeiten der Bildung neuer Zusammenhänge möchte ich im folgenden offenlassen. Unter dem Gesichtspunkt, daß politische Praxis die Arbeit an der Hochschule einschließen muß, ist es vielmehr sinnvoll, sich mit der Situation an den Universitäten noch etwas genauer auseinanderzusetzen. Dies auch deswegen, weil von der Auffassung nicht viel zu halten ist, daß Möglichkeiten politischen Handelns an den Universitäten ausschließlich eine abgeleitete Funktion des Reifegrads der Kämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital seien. Das widerspricht unseren Erfahrungen, und das Richtige an dieser Auffassung ist zudem in so dürre Abstraktheit verkleidet, daß klassenschematistisch der Zugang zu einer mikrologischen Untersuchung der Universität hinsichtlich ihrer Bedingungen für politische Praxis von vornherein abgeschnitten wird.

Repression als Alibi

Zweifellos wäre es Verkennung eines grundlegenden Strukturmerkmals kapitalistischer Gesellschaften, die Möglichkeit des unmittelbaren Zusammenfallens von emanzipativer Politik und Beruf behaupten zu wollen. Auch und besonders nimmt die Funktionalisierung berufsmäßig betriebener Wissenschaft im System der bestehenden Arbeitsteilung in dem Maße zu, wie die wissenschaftlich angeleitete Beherrschbarkeit ökonomischer und zugleich ideologischer und politischer Systemkrisen für möglich gehalten und als wesentliche Bedingung der Stabilisierung angesehen wird. Unter diesem Druck reeller Subsumierung soll wissenschaftliche Kritik an der Systemanarchie polizeimäßig reglementiert und in Enklaven folgenlosen Räsonierens von der Art des alten Studium generale abgedrängt werden. Dieser Druck bringt jene Zwieschlächtigkeit der Berufsrolle des marxistischen Dozenten hervor: als bezahlter Staatsdiener das verfassungsmäßige Recht auf wissenschaftliche Kritik an Gesellschaft und Staat ausüben zu wollen.

Ist es also die politische Repression, die den gegenwärtigen Zustand marxistischer Lehre verschuldet, ist sie die Ursache, daß die Universität neben allen anderen Monströsitäten hier und dort nun auch Fachidioten für Marxismus in ihre Produktionspalette aufgenommen hat? Sicherlich ja - aber dieses Ja gilt doch nur mit wichtigen Einschränkungen. Die politische Repression, unter anderem ermöglicht von der gegenwärtigen Zersplitterung der Neuen Linken und hervorgebracht von einer grundlegenden Systemkrise, auf die wir weder theoretisch noch praktisch hinreichend vorbereitet sind, preßt die isolierte Uni-Linke in einen Akademismus, dessen Unverbindlichkeit vor den Stürmen der Zeit schützen soll, oder: sie stößt sie aus.

Ebenso muß aber gesehen werden, daß dieser Akademismus schon mit dem Honigmond des sozial-liberalen Reformbündnisses, mit der Isolierung der auf Uni-Stellen sich einrichtenden linken Dozenten einsetzt. Die Tendenz zur Akademisierung ist also nicht unmittelbare Folge der politischen Repression - vielmehr wirkt diese zusätzlich verstärkend - , sondern hat ihre Wurzeln schon in der sekuritären Anpassung an die Privatisierungsmechanismen des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes.

Die allgemeine Rede von politischer Repression verhindert demnach sehr leicht die erforderliche Genauigkeit der Analyse. Wiederum hängt

eine Strategie der Veränderung, eine Strategie der Verteidigung des Rechts auf Kritik, wesentlich davon ab, allgemein erklärende Ursachen so zu präzisieren, daß ihre zum Teil subtilen Durchsetzungsformen erkennbar und damit konkret angreifbar werden. Es wäre selbst schon ein Akt der Vorweganpassung, wenn man die totale Repression behaupten und die Existenz noch vorhandener Handlungsspielräume leugnen würde. Ihre Ausnutzung ist Verteidigung, und diese ist schon ein erster Schritt der Offensive. Das ist ja das Selbst-Einschüchternde am Slogan vom "Neuen Faschismus" (jedenfalls an seiner Rezeptionsweise in der BRD), daß er politische Entlassungen, Berufsverbote und das ganze Geflecht des polizeistaatlichen Maulkorbs nur als Aktionen des Staatsapparats sieht, die mit naturwüchsiger Logik so kommen mußten. Nichts "muß so kommen" - und bedürfte es einer Definition des Akademismus, dann könnte es die sein: sich geschmeichelt zu fühlen, wenn die Wirklichkeit der theoretisch antizipierten Möglichkeit künftiger Barbarei recht gibt.

Es ist z.B. auch kein, mit ökonomischer Krise, Anhörungsverfahren und Berufsverboten unmittelbar zusammenhängender Grund zu erkennen, der Erscheinungsformen von der Art erklären könnte, wie sie im ersten Teil dieses Beitrags geschildert wurden. Es ist auch eine Ausrede, den Mangel an Kooperation und die Konzeptionslosigkeit gegenüber dem Problem des Aufbaus kritischer Studiengänge allein mit dem gegenwärtigen roll-back begründen zu wollen. Bei den Studenten besteht ein erhebliches Interesse an marxistischen Lehrveranstaltungen, und noch können diese durchgeführt werden. Die Frage ist wohl eher die, ob wir wirklich ein hinreichend großes politisches Interesse am Lernprozeß der Studenten haben und ob wir genügend für unsere eigene Qualifizierung zu Marxisten tun, um solchen Aufgaben undogmatisch gewachsen zu sein. Die Aushöhlung und Abschaffung grundgesetzlich garantierter Freiheitsrechte sowie das ganze Arsenal politischer Repressionen sind auf vielfältige Weise zu bekämpfen. An der Universität sind die Bedingungen hierfür auch deswegen gegenwärtig so schwierig, weil Form und Inhalt des von uns mitorganisierten Studiums kaum dazu angetan sind, wenigstens die kognitiven Momente einer kollektiven Widerstandsfähigkeit der Studenten zu fördern.

Blockierte Selbstaufklärung

Unser Problem spitzt sich demnach auf die Frage zu, welche Faktoren angesichts des Praxisverlusts der Uni-Marxisten und angesichts der politischen Repression zusätzlich in Richtung einer Szientifizierung des Marxismus freigesetzt werden. In diesem Beitrag war immer wieder die Rede von mangelnder Kooperationsbereitschaft, von Selbstisolierung der linken Dozenten gegeneinander. Dieses Phänomen trägt gewiß zu den Formen der Akademisierung marxistischer Lehre bei (ich werde später noch einmal darauf zurückkommen). Es ist aber auffallend, daß auch dort die Szientifizierung nicht haltmacht, wo eine verhältnismäßig entwickelte Zusammenarbeit von Uni-Marxisten existiert. Ein Vergleich zwischen Frankfurt und Berlin kann das zeigen.

In Frankfurt gab es eine quantitativ breite Studentenbewegung, doch konnte diese sich zur Zeit ihrer Stärke mit institutionellen Forderungen nicht unmittelbar gegenüber der Universität und dem Kultusministerium durchsetzen. Das lag schon damals auch an einem qualitati-

ven Defizit. Über den Kampf gegen die Notstandsgesetze hinaus war es nie recht gelungen, aus einer sich gesellschaftlich begründenden materialen Ausbildungskritik Umrisse und Perspektiven eines emanzipatorischen Studiums zu entwerfen, daraus institutionelle Forderungen abzuleiten und diesen Zusammenhang in die Agitation einzubringen. Institutionenpolitik wurde hier schlecht anti-autoritär als provokatives Spiel mit Paritätenmodi betrieben und war außerstande, die abstrakt-revolutionäre Anti-Reform-Haltung aufzugeben. Außerdem unterstanden dem Kultusministerium noch einige andere, sehr viel ruhigere, sehr viel konservativere Hochschulen, die ein retardierendes Moment der hessischen Hochschulpolitik bildeten. Als schließlich in Hessen die "Reform" kam, hatte die Studentenbewegung längst ihren Höhepunkt überschritten. Fast widerstandslos wurde das neue Gesetz mit seinen überwiegend technokratisch interpretierbaren Bestimmungen hingenommen. In diese Zeit fallen die Berufungen der meisten jüngeren marxistischen Dozenten. Das bedeutet: diese Dozenten mußten sich als von vorneherein Vereinzelte in die vorläufig noch alte Fakultäten- und Institutsstruktur einfügen. Dort erfüllten sie in traditionell individualistischer Weise ihre Lehraufgaben. Kooperation unter den Linken beschränkte sich weitgehend auf die Ausschöpfung der durch das Reformgesetz gegebenen Möglichkeiten zur Veränderung der institutionellen Randbedingungen (vor allem Abschaffung der Institute zugunsten von Abteilungen im Rahmen des neuen Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften). Spätestens nachdem diese hergestellt waren, zeigte sich die merkwürdig konservative Tendenz des Beharrens auf der individualistischen Form von Lehre. Die wenigen Gemeinschaftsveranstaltungen kamen primär als technische Antworten auf den Massenbetrieb zustande, denn als systematisch curricular arbeitende Initiativen. Die Fachbereichs-Linke ist regelmäßig bislang dort an sich selber gescheitert, wo es galt, die Lehrtätigkeit in einer emanzipatorischen Perspektive zum Gegenstand nicht konkurrenter, kollektiver Arbeit zu machen. Marxismus an dieser Universität stellt sich den Studenten dar als ein in sich zerklüfteter Teil eines heterogenen Lehrangebots, dessen innerer curricularer Begründungszusammenhang deswegen nicht nachvollziehbar ist, weil er gar nicht existiert. Das qualitative Defizit der Studentenbewegung in Frankfurt reproduziert sich in der Perspektivenlosigkeit uni-marxistischer Lehrmonaden.

Am Beispiel der FU und des dortigen Otto-Suhr-Instituts kann man die Probleme des Aufbaus eines "sozialistischen Studiums" in der fortgeschrittensten Form erfahren. In Berlin erreichte die Studentenbewegung qualitativ und quantitativ die vergleichsweise größte Stärke. Dort ist es gelungen, über gegenuniversitäre Kooperationsformen, z.B. in Gestalt der "Kritischen Universität", inhaltliche Bestimmungen eines "sozialistischen Studiums" zu entwickeln, aus denen institutionelle Neuordnungen abgeleitet werden konnten. Die, verglichen mit Frankfurt, sehr viel direktere Konfrontation von Kultussenator/Abgeordnetenhaus und Universität unter dem anhaltenden Druck der Studenten mündete in institutionelle Reformen, auf die die Studentenbewegung inhaltlich und personell besser vorbereitet war. Die Kooperation innerhalb der Sozialistischen Assistentenzelle "SAZ" ist wesentlich Fortsetzung von Arbeitszusammenhängen aus der Studentenbewegung. Jene Schwierigkeiten, die für Frankfurt charakteristisch sind, nämlich solche Kooperationsofrmen überhaupt erst einmal entwickeln zu müssen, stellten sich in Berlin nicht in dieser Schärfe. Aber: obwohl es eine

eingespielte, auch lehrtätig kooperierende Organisation von Uni-Marxisten gibt, reproduziert sich dennoch ein zwar nicht individualistischer, sondern kollektiver Lehr/Lern-Dualismus. Die von der SAZ dokumentierten Erfahrungen mit Lehrprogrammen zur Kritik der Politischen Ökonomie lassen erkennen, daß auch eine Gruppe zusammenarbeitender Uni-Marxisten dem gleichen Fehler wie vereinzelte Dozenten verfallen kann: die Aufgabe marxistischer Theorie wird reduziert auf die Vermittlung der marxschen Theorie als Lehrgebäude. In diesem Fall handelt es sich um eine kollektive Immunisierung gegenüber den veränderten gesellschaftlichen Erfahrungs- und Erwartungsgehalten, die in den Interessenstrukturen der neuen Studentengeneration sich ausdrücken. Und prompt droht auch hier, wie anderswo, das wirkliche politische Problem auf die falsche Ebene von "Motivationserzeugung" und "Didaktik" zu rutschen.

Es hat demnach den Anschein, als sei es u.a. in unserem gegenwärtigen Verständnis der marxschen Theorie begründet, daß wir als Einzelne wie als Kooperierende so häufig Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung mit konkreten gesellschaftlichen Problemlagen haben. Was wir manchen außeruniversitären Handwerklern vorwerfen, nämlich ein unreflektiertes Verständnis des Verhältnisses von Marxismus als Methode zu den empirischen Erscheinungen, auf die sie sich bezieht, reproduziert sich auch in unserer Tätigkeit. Wie jene haben wir, auf unseren kontemplativen Gipfeln, vor diesen Schwierigkeiten abgedankt. Zum begriffslosen Spontaneismus der Handwerkler produzieren wir die Kehrseite in der Form erfahrungsloser Begriffslogik. Sie scheint jene Sicherheit wenigstens in einem gedanklichen Gebäude zu verbürgen, der es unserer Existenz real mangelt. So verschanzen wir uns hinter einem zum System stilisierten Marxismus gegenüber unseren Adressaten und verweigern das beunruhigende Experiment, mit deren radikaler Aufklärung zugleich unsere eigene betreiben zu müssen.

Attentismus

Häufig wird dieses Verhalten mit einer Art Nachtrab-Ideologie rationalisiert. Es stellt sich ja die Frage, warum nicht wenigstens die Universität als ein Ort systematischer politischer Praxis begriffen wird, wenn schon die politische Ghettoisierung dieser Institution nicht kurzfristig und voluntaristisch aufzubrechen ist. Dann wird argumentiert, daß Veränderungen der gegenwärtigen Universitätssituation von den Initiativen der Studenten abhingen. Was sich da herausschält, ist die Fortsetzung des schon aus dem ersten Teil bekannten attentistischen Argumentationsmusters: dort führte das objektivistische Theorieverständnis zu der Konsequenz, daß letztendlich die sozialwissenschaftliche Intelligenz auf das In-Erscheinung-treten des wesenslogisch bestimmten proletarischen Subjekts zu warten habe; an der Universität übernimmt in dieser Vorstellung jetzt die Studentenschaft die Funktion des Proletariats, und auf sie und ihre Initiativen ist hier zu warten. Heraus kommt dabei immer nur, daß wir, die Verwalter eines institutionalisierten Marxismus, praktisch nichts tun können, es sei denn, auf neue Kämpfe zu warten, um ihnen nachzutraben. Umso radikaler sind dann auch die substanzlosen Sprüche, mit denen sich manche wenigstens rhetorisch ein linkes Profil zu geben versuchen. Der marxistische Objektivismus gibt sich damit als eine durchaus konservative Ideologie zu erkennen. Auf ihrem Boden blühen Selbstisolie-

rung und Akademisierung. In Perioden des roll-back werden Verhaltensweisen erneut freigesetzt und gewinnen Dominanz, die in der spezifischen familialen und universitären Sozialisation von Intellektuellen angelegt sind und die bislang nur in dem kulturrevolutionären Klima der Studentenbewegung zurückgedrängt werden konnten.

Bürgerliche Sozialisation

Sozialstatistisch sind die Uni-Marxisten weit überwiegend bürgerlichen Herkommens. Im Regelfall ist hieraus auf einen familialen Sozialisationsprozeß zu schließen, dessen Leitmodell individueller Autonomie bürgerlich auf karrieresichernde Konkurrenztüchtigkeit reduziert war. Zugleich aber mußten im Rahmen dieser Erziehung, als Bedingung ihres Gelingens, Legitimationsideologien mit den kulturell überschießenden Ideen von Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit tradiert werden. Gerade beim organisierten Kern der Studentenbewegung, der damaligen SDS-Generation, ist das letztere Moment wegen spezifischer Erfahrungen im Sozialisationsprozeß besonders ausgeprägt.

Die militärisch-administrative Zerschlagung des Faschismus, die Konfrontation der damals knapp Zehnjährigen mit dessen Hinterlassenschaft, die häufig hilflose, entschuldigende und schließlich zynische Reaktion der bürgerlichen Umwelt auf ihre eigenen Resultate bildeten die ersten bewußten und schmerzhaften gesellschaftlichen Erfahrungen. "Freedom and democracy", die Ideologie des re-education-Programms der Befreier, wurden auf dieser Grundlage zu einer ernsten, wörtlich zu nehmenden Leitvorstellung. Aus moralischen Gründen wollten wir, was auch immer das praktisch heißen sollte, Demokraten sein, denn die Alternative wäre Mitschuld an der Vergangenheit gewesen und hätte gelautet: Faschist.

Die inneren Widersprüche bürgerlicher Sozialisation wurden somit von Anfang an latent zugespitzt. Sie bildeten eine Voraussetzung für die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Manifestation, für die massenhafte Politisierung der sozialwissenschaftlichen Intelligenz, als die kapitalistische Gesellschaft weltweit und unverhüllt erneut zeigte, daß die Erhaltung und Verwirklichung von Demokratie an der bestehenden Wirtschaftsordnung ihre Schranken haben solle. Diese Unvereinbarkeit trieb die Revolte, anfänglich eine bürgerrechtliche Bewegung radikaler Demokraten, über sich hinaus zu sozialistischen Kampfzielen: "Kapitalismus führt zum Faschismus - Kapitalismus muß weg!"

Diese Ziele waren nicht im Handstreich zu realisieren, weil die Arbeiterklasse der Metropolen sich gegenwärtig noch mehr davon zu versprechen scheint, kapitalistischen Reformstrategien eine Chance zu geben. Inzwischen übernimmt in den Schulen und Hochschulen der Staat alle denkbaren Anstrengungen, zu verhindern, daß in dieser gesellschaftlichen Krisensituation weiterhin Teile der wissenschaftlichen Intelligenz zu Agitatoren sozialistischer Alternativen einer abwirtschaftenden Reformpolitik werden könnten. In dem Maße, wie die Intelligenz nicht länger und jedenfalls nicht in vollem Umfang materiell und ideologisch eingekauft werden kann, wo sich also objektiv die Möglichkeit einer brisanten Mischung der Interessen lohnabhängiger Kopfarbeiter mit denjenigen von Handarbeitern abzuzeichnen beginnt, wird die politische Repression in den Ausbildungssektoren prä-

ventiv verstärkt. Mit realistischem Blick haben die Strategen des status quo eine gesellschaftliche Gefahrenzone ausgemacht, ohne daß wir diese unsererseits schon als politische Chance wahrzunehmen wüßten. Der Übergang von einer, wie sich heute zeigt, recht instabilen politischen Identität, die sich kurzfristig an der Praxis und den Hoffnungen der Studentenbewegung herausbildete, zu einer Identität, die sich auch an den begriffenen Widersprüchen des gemeinsamen Arbeitsplatzes Universität herzustellen hätte, ist noch nicht gelungen. Stattdessen wurden die inneren Widersprüche der bürgerlichen Sozialisation schlecht versöhnt in der Gleichzeitigkeit von anpassungsbereiter Lebenstüchtigkeit und einem realitätsfernen antikapitalistischen Bewußtsein.

Reputationszwang

Die hieraus resultierende Tendenz zur Depolitisierung und Entsolidarisierung hängt eng damit zusammen, daß auch Marxisten an der Universität Produkt des klassischen Selbstrekrutierungsverfahrens ihrer Institution sind. Auch sie wurden am Ende des Studiums ausgesucht nach den ungebrochen fortgeltenden Rekrutierungskriterien, die unter dem Begriff der wissenschaftlichen Reputation zusammenfallen. Reputation aber kann nur gewonnen werden aus wissenschaftlichen Leistungen, die nach Maßgabe der Standards des herrschenden Wissenschaftsbegriffs beurteilt werden, und aus der häufig nur durch Anpassungsbereitschaft zu gewinnenden Gunst gutachterlich tätig werdender Fachgelehrter mit Prestige in der scientific community. Das besagt, daß nur solche als Marxisten an der bürgerlichen Universität arbeiten, die diesen theoretischen Sozialisationsprozeß mit all seinen kognitiven und affektiven Deformationen erfolgreich gegenüber Konkurrenten durchlaufen haben.

Mit der ersten Anstellung an der Universität aber sind diese Mechanismen des Konkurrenzkampfes noch keineswegs außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil zeigt sich jetzt ein für das weitere Verhalten folgenschweres Dilemma. Entweder es gelingt der Erwerb weiterer, anerkennungsfähiger wissenschaftlicher Reputation und damit der Aufstieg auf eine Hochschullehrerstelle, oder dem Nur-Theoretiker, der im Normalfall keine anderen Berufsqualifikationen erworben hat, droht der routinemäßige Rausschmiß aus der Universität. Angesichts dieser Sachlage ist zu erinnern, daß der überwiegende Teil marxistischer Lehrveranstaltungen noch immer vom Mittelbau und nicht von Hochschullehrern getragen wird. Aber eben dieser Mittelbau in seiner politischen Isolierung und Vereinzelung sieht sich einem Zwang zur Karriere ausgesetzt, der die Inhalte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit nicht unberührt läßt. Die individuelle Konkurrenzsituation spiegelt sich auf der inhaltlichen Ebene darin, als müsse nun der Marxismus gegenüber sogenannten bürgerlichen Wissenschaften nach deren, auf Methodologie reduzierten Wahrheitskriterien seine Konkurrenztüchtigkeit erweisen. So geraten explizierte Einschätzungen der Möglichkeiten emanzipatorischer Praxis immer mehr an den Rand des konstitutiven Zentrums wissenschaftlicher Fragestellungen. Dieses wird vielmehr besetzt von den bürgerlichen Disziplinen, zu deren Vorgaben dann marxistische Alternativen formuliert werden - eine linke Soziologie, eine linke Konjunkturtheorie, eine linke Wissenschaftstheorie -, ohne daß das Marxistische daran so recht einsichtig zu machen wäre.

Diese Tendenz entfaltet sich unter dem Zwang, die eigene Nützlichkeit gegenüber einer bürgerlichen Institution durch den Nachweis der Brauchbarkeit des Marxismus dokumentieren zu müssen. Förderlich ist hierfür zur Zeit noch eine Marx-Renaissance, die nicht allein unmittelbar auf das neue Aufbrechen gesellschaftlicher Konflikte, sondern ebenso auf vermittelte, immanente Probleme bürgerlicher Sozialwissenschaften zurückzuführen ist. Aus der Fülle von Beispielen seien nur die Debatten um eine methodologisch reflektierte empirische Sozialforschung oder um die theoretischen Ansätze einer Konjunktur- und Wachstumstheorie genannt. Die Problemgenerativität dieser Disziplinen, nicht von ungefähr im umgekehrten Verhältnis zu ihren praktischen Erklärungsleistungen stehend, gibt auch einem Marxismus Chancen, sofern er sich integrativ den vorgegebenen Fragestellungen anpaßt und sich methodologisch unterwirft. Das bedeutet: es gibt unabhängig vom einstigen politischen Druck der Studentenbewegung gewissermaßen wissenschaftsinterne Gründe, aus denen heraus Marxisten an der Universität heute unter bestimmten Bedingungen akzeptabel sind. Es ist die fundamentale Krise der bürgerlichen Sozialwissenschaft, die diese auf den Marxismus zurückgreifen läßt - freilich nur um den Preis seiner Szientifizierung. In depolitisierter Vereinzelung als Marxist Hochschulkarriere machen zu wollen, heißt, diesen Preis auch bezahlen zu müssen.

Unattraktive Lehrtätigkeit

Die Universität entfaltet also eine außerordentliche Absorptionskraft desjenigen Potentials an gesellschaftlicher Kritik, das mit der Studentenbewegung zeitweilig Eingang gefunden hatte. Hierzu gehört auch, daß mit der Verschiebung theoretischer Fragestellungen ein gewisses Desinteresse an der Lehrtätigkeit einhergeht. Der Reputationszwang erübrigt kaum dasjenige Quantum an Arbeitszeit, das für die Entwicklung reflektierter Lehrprogramme erforderlich wäre. Weiter ist die Lehrtätigkeit selber nicht reputierlich. Es gehört ja zu den Absurditäten der Ausbildungsuniversität, daß nicht die Beurteilung der Lehrfähigkeit, sondern die der Schreib-, Zitier- und Anpassungswilligkeit über den Aufstieg zum Hochschullehrer entscheidet. Es kommt also für die Karriere gar nicht so darauf an, was mit den Studenten in den Veranstaltungen geschieht. Man erfüllt sein Deputat in traditioneller Manier, beklagt sich vielleicht noch über die "unmotivierten" Studenten und basta. Die bürgerliche Universität als Ganzes hat gute Gründe für die Aufrechterhaltung dieses Zustandes. Die Alternative bestünde ja darin, studentischen Interessen eine wesentliche Funktion bei der Planung und Durchführung von Lehrprogrammen und bei der Auswahl des Lehrpersonals zuzubilligen. Daß Marxisten diesen Zustand mitreproduzieren, hat seinen Grund vor allem in der institutionalisierten Zwieschlächtigkeit ihrer Dozentenrolle.

4. DIE NEUE STUDENTENGENERATION

Die Akademisierung des Marxismus zeitigt also gerade dort besonders nachteilige Folgen, wo er an der Universität seine emanzipatorische Kraft am wirksamsten entfalten könnte: in Lehr/Lern-Prozessen. Während die Publikationen von Marxisten hinsichtlich ihrer politischen Wirkungen vielfach gebrochen sind und sich derzeit nur an ein weitgehend anonym bleibendes Publikum aufklärungsbereiter Individuen richten kön-

nen, hat es die Lehrtätigkeit mit einem Adressaten zu tun, der zumindest sichtbar ist und mit dem man sprechen kann. Diese Studenten konfrontieren uns sehr viel direkter als die Käufer auf dem Büchermarkt oder als "die" Arbeiterklasse mit gesellschaftlich relevanten, unsere theoretische Leistungsfähigkeit auf praktische Bewährung stellenden Aufgaben. Gleichwohl wissen wir über diese Studenten sehr wenig. Drängt mit ihnen die Wirklichkeit nach der Waffe kritischer Theorie, oder ist diese einem Adressaten entgegengesetzt, dessen Motivationslosigkeit zur Akademisierung des Marxismus beiträgt?

Erscheinungsbild

Auf dem Uni-Gelände in Frankfurt kann man neben der Fülle von Parolen, die sich tagespolitischen Anlässen verdanken und die wegen ihres stereotypen Musters "Auf zum Kampf für weg mit..." schon zum Zeitpunkt ihres Hinsprühens verbraucht waren, die beiden folgenden Wandinschriften lesen. Die eine, sorgfältig mit dem Pinsel in großen, roten, inzwischen schon verblassenden Buchstaben an die Außenwand eines der Gebäude im Zentrum gemalt, stammt aus dem Jahr 1968: "Nehmt euch die Freiheit der Wissenschaft, entdeckt, was ihr wollt.". Die andere, mit schwarzem Filzstift 1974 eilig an die Innenwand eines gesellschaftswissenschaftlichen Seminarraums gekritzelt, lautet: "Kapitalismus ist langweilig, Sozialismus ist anstrengend - was soll's also". Ist dieses resignierte "Was soll's also" die Antwort der heutigen Studentengeneration auf jene doppelsinnige Aufforderung aus der Zeit sozialrevolutionärer Gärung und auf die nachfolgende politische Entwicklung?

Eingängig vorgefertigte Charakterisierungen der heutigen Studenten werden von allen Medien geliefert. Die Unterscheidung zwischen Freizeit- und Leistungsstudenten stellt sich als ein Allgemeinplatz zur Verfügung, auf dem sich neben den Zeilenfüllern der Kulturspalten auch mancher Dozent einfindet, gerade damit beschäftigt, sich das unzeitgemäße Rosarot abzuschminken. Die Freizeitstudenten, so heißt es, wollen gar nicht wirklich studieren, machen nur das Allernotwendigste und betrachten die Universität als eine letzte Spielwiese, ehe der Schritt in den Berufsalltag mit seinen düsteren Perspektiven von Disziplin und Verantwortung getan werden muß. Zustimmend registriert man, daß durch Numerus Clausus und durch die in nahezu allen Fächern schlechter werdenden Berufsaussichten dieser Studententypus im Schwinden begriffen sein dürfte. Den anderen, den sogenannten Leistungsstudenten, bescheinigen besorgt-höhnische Kommentare der veröffentlichten Meinung weitgehende Angepaßtheit. Diese ist erwünscht, sofern sie sich in der Bereitschaft ausdrückt, das Studium als einen Kampf aller gegen alle um höchste Leistungen zu führen.

Tatsächlich können diese Einschätzungen empirisch vielfach belegt werden. Anpassungsbereitschaft ist ein hervorstechendes Merkmal, das uns in verschiedenartigen Formen begegnet. Sie reicht von der kampflosen Preisgabe der Forderung nach einem unbehinderten, inhaltsvollen Studium und dem aus diesem Verzicht folgenden rein taktischen Umgang mit dem Lehr- und Prüfungsbetrieb bis hin zur kritiklosen, aktiven Unterwerfung unter jegliche Indoktrination und die Methoden ihrer Erfolgsmessung. Die Frage ist nur, ob diese Beobachtungen die ganze Wahrheit enthalten. Zu befürchten ist, daß manchmal auch wir, geblen-

det von den unmittelbaren Erfahrungen im Lehrbetrieb (an deren Zustandekommen wir nicht ganz unbeteiligt sind), solchen Charakterisierungen zu schnell aufsitzen, damit unsere Resignation nur bestätigen und aus ihr heraus tatsächlich zur Reproduktion intellektueller und politischer Bücklingshaltungen beitragen. Dagegen wäre erst einmal zu untersuchen, welche empirischen Erfahrungen der neuen Studentengeneration sich in ihren Verhaltensweisen ausdrücken.

Erzwungene Anpassung

Keine Studentengeneration zuvor wurde so wie die heutige als Objekt einer Politik manipuliert, die sich jeder Einflußnahme durch die Betroffenen zu entziehen versucht. Zum ersten Mal teilen nun auch Studenten massenhaft mit anderen Bevölkerungsgruppen eine im Kern genuin proletarische Erfahrung: sie werden einer weitgehenden Fremdbestimmung ihrer Reproduktionssphäre unterworfen. Die Logik dieses Systems bleibt dabei zunächst noch unbegriffen. Unmittelbar kann nur wahrgenommen werden, daß es seine Macht mit der Willkür kafkascher Schloßbeamter auszuüben scheint.

Das hinterläßt Spuren. Stärker als früher wird die Alltagspraxis schon der Jugendlichen zentriert um das Erkämpfen von Konkurrenzvorteilen im Gerangel um die knappen Bildungschancen. Wer noch über jene minimale Freiheit verfügt, sich nicht abfinden zu müssen mit der Lebensperspektive eines Arbeiters ohne nennenswerte Chancen einer befriedigenden Weiterqualifizierung, der betritt einen Weg, der hinführen soll zu einer akademischen Berufsposition. Diese aber kann er nur dann erreichen, wenn er alle Hoffnung auf Selbstverwirklichung fahren läßt. Unter dem Diktat der geforderten Anpassungsleistungen gerät er in einen Mechanismus permanenter Selbst-Instrumentalisierung, der schließlich die zu entwickelnden Fähigkeiten inhaltlichen Denkens erstickt. Biographien verdinglichen so zu einer fortlaufenden Kette von Zweck-Mittel-Relationen, deren einzelne Glieder dadurch charakterisiert sind, daß das Erreichen des jeweiligen, formalisierten Zwecks den Erwerb institutionell vordefinierter Mittel erheischt. Man unterwirft sich den Zwängen in der Oberstufe der Schule, erbringt genau diejenigen Leistungen, die geeignet sind, den Notendurchschnitt anzuheben (hier korrespondieren inzwischen auch die kritischeren Lehrer "unter dem Druck der Verhältnisse") und verzichtet auf Interessensgebiete, die nichts gelten: um einen Studienplatz zu erhalten. Schon geht es vielfach nicht einmal mehr darum, ein bestimmtes Fach studieren zu wollen, sondern erst einmal darum, überhaupt studieren zu dürfen. Man hat sich gegen die Konkurrenz durchgesetzt, findet sich auf einem Studienplatz wieder und sieht sich nun um, welche Leistungen hier gefordert werden und wie sie zu erbringen sind. Die Semester sind eine Serie qualitätsloser Zeitabschnitte, die absolviert werden: um Seminar- und Klausurscheine anzusammeln. Gelernt und akkumuliert wird: um das Abschlußzertifikat zu erhalten. Diesen Abschluß braucht man: um eine akademische Berufsposition (vielleicht) zu erwerben. Und dort geht es absehbar nach dem gleichen Mechanismus dieses Marionettenlebens weiter.

An ein individuelles Entkommen aus diesem Zwangszusammenhang, der jedenfalls in den Sozialwissenschaften zunehmend als einer von Sinnlosigkeit unmittelbar erfahren wird, ist kaum zu denken. (In den Natur-

wissenschaften fingiert der Nachvollzug einer ihnen scheinbar inhärenten Entwicklungslogik bis hin zur je letzten Forschungsfront diesen Sinn, der dann als solcher der Legitimation der Studieninhalte und -formen dient; in den Ingenieurwissenschaften übernimmt die Tatsache des technisch Machbaren diese Legitimationsfunktion - das technische Konstrukt begründet seinen Sinn aus sich selber und damit auch die Sinnhaftigkeit jener Qualifizierungsprozesse, die seiner Herstellbarkeit dienen.) Wenn aber die Möglichkeiten einer produktiven und gesellschaftlich reflektierten Selbstentfaltung im Studium immer weiter eingeschränkt werden, dann wird notwendig dessen Formbestimmtheit wesentlich für die weitere Bewußtseinsbildung. Die Universität nötigt den Studenten geradezu auf, sich selbst primär als künftige Ware Arbeitskraft zu begreifen und das Studium ausschließlich als ein Mittel zu organisieren, eine wie auch immer zu erlangende Bestätigung darüber zu erhalten, daß in akademischen Berufsrollen verwertbarer Gebrauchswert vorliegt.

Die staatlich angeleiteten Versuche, hochschulmäßige Ausbildung reell unter das System kapitalisticher Verwertung von Arbeitskraft zu subsumieren, weisen jedoch eigentümliche Legitimationsdefizite auf. Das noch vor wenigen Jahren verkündete Reformversprechen, Chancengleichheit durch Brechung des materiellen Bildungsprivilegs herzustellen und eine Demokratisierung des Bildungswesens einzuleiten, wurde im Rahmen der sozialdemokratisch geführten Großen Bildungskoalition ausdrücklich zurückgenommen. Stattdessen ist in allen Parteien von gesellschaftlichen Notwendigkeiten die Rede, denen sich der Einzelne zu fügen habe. Ein Bildungssystem, das diesen Notwendigkeiten nicht Rechnung trägt, das "am Markt vorbeiproduziert", also nicht die Interessen der staatlichen und privaten Nachfrager nach verwertbarer Arbeitskraft berücksichtigt, sei dysfunktional. Deutlicher als früher also erfährt diese Studentengeneration, wer hierzulande Roß und wer Reiter ist. Wenn sich gesellschaftliche Notwendigkeiten mit diesen Verwertungsinteressen begründen, die als unumgängliche Voraussetzungen wirtschaftlichen Wachstums gelten, dann drängt sich perspektivisch auch die Frage nach deren Charakter auf. Was seitens der Bildungspolitik als letztes, nicht weiter zu hinterfragendes Faktum gesetzt wird, nämlich private Verfügung über ökonomische Macht als Bedingung gesellschaftlicher Wohlfahrt, gerät in dem Maße unter Druck, wie die behauptete Sachrationalität solcher Politik und der von ihr geförderten gesellschaftlichen Kräfte fragwürdig wird. Und sie wird fragwürdig, weil ihre absehbare Konsequenz darin besteht, daß es zwischen 1977 und 1987 rund 1,5 Millionen Jugendliche ohne jegliche Ausbildungschance geben wird. Diese, wie es im Verwalterdeutsch heißt, "intergenerativ Chancengeminderten" werden ihr Scherflein zur kapitalistischen Wohlfahrt dadurch beitragen, daß sie weder an Hoch- und Fachschulen, noch in beruflichen Vollzeitschulen, noch in Betrieben oder in Verwaltungen auf Ausbildungsplätzen unterkommen.

Weiter: das Ideal der Bildungsplanung, qualitativ und quantitativ bestimmte, zeitlich je nach Bedarf dynamisierbare Mittel-Zweck-Relationen zu entwickeln, scheitert offenbar an der Realität, nämlich an der Anarchie der herrschenden Produktionsweise. Immer stärker dringt in das Bewußtsein der Betroffenen, daß selbst diese auf Planungstechnik reduzierte Rationalität nur Schein ist. Ihr eigener Anspruch, das Bildungssystem entsprechend dem kapitalistisch definierten gesell-

schaftlichen Bedarf zu gliedern und bei Minimierung der Kosten auf jeder Stufe nur die Leistungsfähigsten in dem durch die Nachfrage bestimmten Umfang auszubilden, denunziert sich allein schon durch die Praxis der Bildungsplanung. Die Stichworte: Notenvergabe an den Schulen, die Herstellung von Durchschnittsnoten, das bundesweite Vergleichen solcher Durchschnittsnoten, die Logik der "Kapazitätsverordnung" und der praktische Umgang mit ihr durch Ministerien und Universitäten, die Studienfachs- und Studienortszuweisung (ZVS), die Fiktion, für einen gesellschaftlichen Bedarf zu planen, der bestenfalls von vorgestern ist - all dieses steht für eine Erfahrung, die jeder einzelne Studienanfänger bereits gemacht hat, wenn er an die Universität kommt. Wesentlich ist diesen Erfahrungen, daß Irrationalität das Planungsprinzip der herrschenden Politik ist, die sich auf nichts als ihre Machtbefugnisse stützen kann. Es dämmert die Frage: was ist diese Gesellschaft und was vertreten ihre staatlichen Repräsentanten?

Diese Frage wird durch die ersten Erfahrungen mit der Universität noch dringlicher. Auch die behauptete Rationalität der Ausbildung ist vielfach nur Schein. Je mehr die Fachgegenstände objektiv gesellschaftliche Beziehungen implizieren, desto indoktrinärer wird der Hochschulunterricht (Musterbeispiel: das definitorische Setzen von Voraussetzungen in der Mikro- und Makroökonomie und die Denunziation studentischer, diese Voraussetzungen hinterfragender Kritik als Angriff auf die Lehrfreiheit). Weiter verhindert die katastrophale materielle und personelle Ausstattung insbesondere in den sozialwissenschaftlichen Fächern bei gleichzeitiger Studienzeitbeschränkung (auf dem direkten Verordnungswege oder indirekt durch die finanzielle Lage der Studenten) ein systematisches Studium bereits im Ansatz. Der in dem Maße irrwitziger werdende Leistungs- und Prüfungsdruck, wie das Lehrangebot verknappt und autoritär verschult wird; die Erkenntnis, daß dieses Lehrangebot selbst dort, wo es vermeintlich berufsorientiert angelegt ist, zumeist keine Berufsqualifikationen vermittelt; schließlich die Einsicht, daß die von der Universität geforderte Selbstaufgabe nicht einmal die Gewähr dafür bietet, eine Berufsstellung zu finden - solche Erfahrungen reduzieren sehr schnell das hoffnungsvoll begonnene Studium auf die einzige Frage: Wie kann ich hier noch überleben? An dieser Stelle merkt der Studienanfänger auch, daß der bereitstehende Katalog politischer Disziplinierungsmittel zusammen mit den tagtäglichen subtilen Gewalttätigkeiten des Ausbildungsapparats verhindern soll, daß diese Frage mit der Entwicklung kollektiven Widerstands beantwortet wird. "So studieren heißt krepieren" (Wandinschrift im Beton-Turm der Universität Frankfurt)

Beispiel Frankfurt

In den Gesellschaftswissenschaften spitzen sich diese Widersprüche bis zur Groteske zu. Einer Bildungspolitik, die auf dem merkantilistischen Niveau absolutistisch regierter Staaten des 18. Jahrhunderts betrieben wird, ist natürlich der Erwerb gesellschaftswissenschaftlicher Reflexionskapazität nur dysfunktionaler Luxus. Er kostet unnötig Geld und kann zudem politisch unerwünschte Folgen haben. Daher findet gegenwärtig eine planvolle Zerstörung der Voraussetzungen kritisch-sozialwissenschaftlicher Lehre statt. Die Praxis dieser Politik erfahren z.B. die Studenten am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in Frankfurt in folgenden Formen.

Trotz überfüllter Schulklassen und hohem Unterrichtsausfall dekretierte die vom hessischen Finanzminister unter dem Motto "Hessen vorn!" gemachte Kulturpolitik einen Mangel an "gesellschaftlicher Nachfrage" nach Lehrern. Daher wurde durch einen Federstrich die Lehrer-Ausbildungskapazität des Fachbereichs von bislang 2115 Sozialkundelehrern auf 600 reduziert (minus 72%), die von bislang 4454 sonstigen Lehrern auf 2727 (minus 39%). Nun sind aber die Hochschulen verfassungsgerichtlich gehalten, ihre Kapazitäten voll auszuschöpfen. Jener ministerielle Federstrich, der entgegen der faktischen Nachfrage nach Studienplätzen für Lehrer die anteilige Kapazität des Fachbereichs für die Lehrerausbildung künstlich verringerte, hatte demnach zur Folge, daß ebenso künstlich die Ausbildungskapazität für Soziologen und Politologen stieg. Während bislang 891 Studenten Soziologie und Politologie im Hauptfach studierten, werden es künftig 2159 sein (plus 142%). Im Rahmen einer konzertierten Aktion zwischen SPD-Landesregierung und sozialdemokratischem Universitätspräsidenten argumentiert letzterer nun auf der Grundlage der neuverordneten Studentenzahl, daß zuviele Soziologen/Politologen ausgebildet würden. Auch nach ihnen bestünde kein "gesellschaftlicher Bedarf". Der Präsident und die ihn stützende konservative Mehrheit dekretieren jetzt ihrerseits: dem Fachbereich sind von den derzeit 52 Planstellen (Dozenten und Professoren) 19 zu entziehen; 80% der Planstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter (Assistenten) sollen nicht neu besetzt werden; von der allgemeinen Kürzung der Tutorenmittel um 15% sollen die Gesellschaftswissenschaften überproportional betroffen werden.

Resultat dieser konzertierten Aktion ist aktuell ein totales Chaos in den Veranstaltungen: (1.) Die Kapazitätsplanung geht von Regelstudienzeiten aus, die u.a. wegen der chronischen personellen Unterausstattung des Fachbereichs von den Studenten nicht eingehalten werden können. Folge ist, daß statt der rechnerischen Reduktion der Gesamtstudentenzahl eine zusätzliche Überfüllung geschaffen wird. (2.) Die Kapazitätsplanung unterstellt eine beliebige Austauschbarkeit des Lehrangebots am Fachbereich. Faktisch hat sich jedoch die Lage in jenen Veranstaltungen, die besonders von Lehrern besucht werden, nicht verändert (wegen 1.), wohingegen Schwerpunktveranstaltungen für Soziologen/Politologen inzwischen wegen Überfüllung endgültig arbeitsunfähig gemacht werden.
Perspektivisch schreibt die Politik der Reduzierung des Lehrangebots durch Stellenkürzung bei einer unterproportional sinkenden Gesamtzahl der Studenten am Fachbereich diesen Zustand institutioneller Lehrunfähigkeit absichtsvoll fest. Berücksichtigt man weiter die Verschleppungstaktik der Zentralgremien bei Stellen-Neubesetzungen, die politische Zensur dieser Gremien sowie des Kultusministeriums an vom Fachbereich beschlossenen Stellenausschreibungen und Berufungen, berücksichtigt man weiter die Gesinnungsüberprüfung durch den Verfassungsschutz und seine Hochschulniederlassung, dann wird das Bild sozialdemokratischer Hochschulpolitik vervollständigt. Zwei Stoßrichtungen werden verfolgt: definitive Ruinierung der institutionellen Bedingungen der Gesellschaftswissenschaften und politische Konformierung der Inhalte sozialwissenschaftlicher Lehre.

Unterdrückte Interessen

Was hier an einem Beispiel dargelegt wurde, ist herrschende, in unterschiedlichen Formen sichtbar werdende Tendenz in der BRD und in Westberlin. Wichtig ist hieran, daß solche Verhältnisse zweifellos die Verhaltensweisen derjenigen prägen, die als Vereinzelte massenhaft neu an die Universität kommen. Diese Studenten können sich anfänglich gegenüber den "rechten" wie den "linken" Exekutionsorganen des Universitätsapparates gar nicht anders denn anpassungswillig zeigen. Anpassungsbereitschaft ist wesentlicher Verhaltensausdruck einer angstbesetzten Objektrolle, in die die atomisierten Studenten durch grenzenlose organisatorische, materielle, intellektuelle, emotionale und politische Zumutungen permanent gedrängt werden. In einer derartigen Situation aber lediglich die Anpassungsbereitschaft zu sehen, heißt, jedenfalls in den Gesellschaftswissenschaften, sich mit der halben Wahrheit zynisch zu begnügen. Sie erschöpft sich in der Beschreibung einer Erscheinungsoberfläche, die sich nur dem so darbietet, der den Konformierungsapparat interessiert oder gedankenlos mitbedient. Unterschlagen wird die Kehrseite des Erscheinungsbildes, nämlich, daß diese Anpassungsbereitschaft keine freiwillige, sondern eine institutionell erzwungene ist. Was aber wird da unterdrückt, welche Verzichtleistungen werden den Studenten abgenötigt? Ist Konformismus ein Wesensmerkmal der neuen Studentengeneration, oder ist er nur die am wenigsten anstößige Schutzfassade, hinter der sich dysfunktionale, auf befreiende Krativität zielende Interessen und Bedürfnisse verbergen?

Diese Fragen sind vom Schreibtisch her mit keinem einfachen Ja oder Nein zu beantworten. Folgende Überlegung aber dürfte triftig sein: wer heute, trotz der jedermann bekannten schlechten Berufsaussichten, Sozialkunde/Soziologie studieren möchte, kann dafür nur einen der drei folgenden Gründe haben: (1.) entweder, er ist hinreichend stark sozialwissenschaftlich interessiert, und er geht deswegen das Risiko eines beruflich schwer verwertbaren Studiums ein, (2.) oder er will überhaupt erst einmal studieren, rechnet sich auf der Grundlage seines Notendurchschnitts einen verhältnismäßig sicheren Platz in diesen Studienfächern aus und erwartet, besonders, wenn er Soziologie gewählt hat, daß das Studium ihm irgendwann eine klarere Berufsperspektive vermitteln werde, (3.) oder der Wahl des Studienfaches liegt wegen des Numerus Clausus die lediglich taktische Erwägung zugrunde, erst einmal den Fuß in die Universität zu bekommen, um später dann in das Fach der eigentlichen Wahl überzuwechseln.

Bleiben wir zunächst bei der letzten Gruppe. Nach den Erfahrungen, die wir (das ist eine Gruppe linker Dozenten am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften in Frankfurt) bei einer von uns organisierten Orientierungsveranstaltung für Erstsemester im Herbst 1975 gemacht haben, ist der Anteilssatz der sogenannten "Parkstudenten" an den Neuzugängen geringer als erwartet. Er dürfte derzeit unter 10 Prozent liegen. Mindestens neunzig Prozent der Studienanfänger gehören also zu den beiden erstgenannten Gruppen. (Diese Zahlen dürften verallgemeinerbar sein, weil das ZVS-System evtl. vorhandene individuelle Präferenzen für einen bestimmten Studienort weitgehend ignoriert.)- Leider verfügen wir über keine Informationen, die es erlauben würden, die beiden ersten Gruppen gegeneinander zu quantifizieren. Immerhin

aber ist zu erwähnen, daß der für Soziologie/Sozialkunde erforderliche Notendurchschnitt so niedrig liegt, daß mit ihm auch eine ganze Reihe anderer, nichtsozialwissenschaftlicher Fächer zu studieren gewesen wären. Das heißt, auch zu der zweiten Gruppe gehören Studienanfänger, bei denen für die Wahl des Studienfachs irgendwelche sozialwissenschaftlichen Interessen schließlich den Ausschlag gegeben haben. - Bezüglich der ersten Gruppe sei nur darauf hingewiesen, daß hierzu eine offenbar steigende Zahl stark motivierter Studenten und Studentinnen gehört, die auf dem zweiten oder dritten Bildungsweg an die Universität gekommen sind, Studienanfänger also, die das Fachrisiko bewußt akzeptieren, weil sie notfalls auch wieder in ihren alten Beruf zurückkehren können.

Soviel also wäre festzuhalten, daß ein nicht unerheblicher Teil der neuen Studentengeneration, die Gesellschaftswissenschaften studiert, mit manifesten, voruniversitär erzeugten sozialwissenschaftlichen Interessen an die Hochschule kommt. Nach meinen persönlichen Erfahrungen würde ich diesen Anteil auf mehr als fünfzig Prozent schätzen. Weiter wäre festzuhalten, daß hinter diesen voruniversitär erzeugten Interessen nur ein gesellschaftliches Problembewußtsein stecken kann, dem bestimmte Konflikterfahrungen in Familie, Schule, im Alltag und evtl. im bereits ausgeübten Beruf zugrunde liegen müssen. Welches diese Erfahrungen konkret waren, welcher Art die von ihnen hervorgebrachten Interessen im Einzelnen sind - das ist uns zunächst weitgehend unbekannt. Aber: sie existieren. Und wenn sie existieren, dann bilden sie die einzige, wirkliche und überhaupt erst kommunizierbar zu machende Voraussetzung einer Lehrtätigkeit in emanzipatorischer Absicht.

Gegen den obligaten Einwand, daß viele Lehrerfahrungen doch eher auf lässige Anpassungsbereitschaft und auf einen weitgehenden Mangel an manifesten Studieninteressen schließen lassen, wäre noch einmal zu bedenken, ob es neben den allgemeinen Studienbedingungen nicht auch Form und Inhalt der von uns "Marxisten" zu verantwortenden Veranstaltungen sind, die die latenten Interessen an ihrer Artikulation hindern. Die intellektuelle und affektive Tristesse mancher Seminare muß wohl auch aus einer Summe individueller Resignationen der Studenten gegenüber einem Lehrbetrieb erklärt werden, der sich von den Lernenden verselbständigt, übermächtig deren Subjektivität erschlägt und schließlich (auch "linke") Theorie als etwas Fremdes, nur noch als Prüfungsstoff erscheinen läßt. Man sollte daher Resultate nicht mit den Ursachen verwechseln.

Bei der bereits erwähnten Orientierungsveranstaltung haben wir die Erfahrung gemacht, daß jene, die das Risiko eines sozialwissenschaftlichen Studiums in Kauf nehmenden Interessen auf einen allgemeinen Nenner zu bringen waren: "Unbehagen an dieser Gesellschaft". Vom Studium wird erwartet, "Durchblick" zu bekommen und Kenntnisse zu erwerben, mit denen "gesellschaftliche Veränderungen" herbeigeführt werden können. Wir haben nirgendwann erlebt (vielleicht wurde das von uns auch unabsichtlich unterdrückt?), daß jemand Soziologie in der Absicht studieren wollte, zur Erhaltung des gesellschaftlichen status quo beizutragen. Dieses Unbehagen bezieht sich zunächst geradezu konkretistisch auf einzelne gesellschaftliche Phänomene, die gewöhnlich in umgangssprachlichen Wendungen beschrieben werden.

Der normale Lehrbetrieb negiert die Existenz solcher Erfahrungsgehalte und diskriminiert die Sprache, in der sie ausgedrückt werden. Er behauptet, daß das Problembewußtsein der jeweiligen Theorie sich irgendwann als zusammenhängend mit dem seiner Adressaten erweisen werde. In Wirklichkeit erklärt er dieses zusammen mit den zugrundeliegenden Alltagserfahrungen für gleichgültig. (Das hat u.a. den Nebeneffekt, daß das gesellschaftliche Bewußtsein der Adressaten auf dem konkretistischen Niveau verbleibt und daß als Folge das allgemeine Interesse an gesellschaftlicher Veränderung sich allenfalls die Form eines partikularen, pragmatistischen Reformismus geben kann.) Die Studenten können als Vereinzelte diesem Oktroi nicht begegnen. Entweder sie reagieren mit jenem schreienden Schweigen in den Seminaren, oder sie starten zum honorierten Flug auf die Gipfel des "großen Bluffs" und lassen ihr Leben und ihre Zukunft hinter sich.

Daß aber die ursprünglichen Studieninteressen als tendenziell politische nach wie vor virulent sind, zeigt sich in einer ganzen Reihe von Erscheinungen. Beispielsweise fällt auf, daß die Zahl studentischer Teilnehmer an Demonstrationen seit dem Höhepunkt der Studentenbewegung trotz der verbreiteten Skepsis gegenüber dieser politischen Kampfform durchschnittlich eher gestiegen denn gesunken ist. Weiter sind binnen eines Semesters in Frankfurt zwei Zeitungen ("Fuzzy" und "Gegendruck") entstanden, die vor allem von unorganisierten Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften gemacht werden und große Resonanz finden. Wie immer der in ihnen gelegentlich sichtbar werdende Kult naiver Unmittelbarkeit oder die Ansätze eines neuen gremienpolitischen Pragmatismus politisch einzuschätzen sind, die Existenz dieser Zeitungen und ihre positive Aufnahme deuten auf eine Bereitschaft hin, sich gegen die Unterdrückung studentischer Interessen zur Wehr zu setzen. Indiz hierfür ist auch das Entstehen einer Vielzahl von Studienkollektiven und von Initiativen, die mit Erfolg der sterilen "Politik" der K-Gruppen ihre Akklamationsbasis zu entziehen beginnen. Die gesamtgesellschaftliche und die universitätsspezifische Repression haben ein Ausmaß angenommen, daß immer mehr Studenten offenbar nicht länger bereit sind, sich nur wegen eines berufsperspektivisch vermutlich nutzlosen Zertifikats durch die Konformierungsmühle drehen zu lassen. Was wie Anpassungsbereitschaft erscheint, ist vielfach wohl nichts anderes als ein Widerstand, der sich vorerst noch in Passivität ausdrückt; hinter der Anpassungsbereitschaft steckt auch ein Stück Verweigerung, die noch nicht in Offensive umgeschlagen ist. Erste Anzeichen für ein Umschlagen sind die Versuche, sich über die unterdrückten Interessen kollektiv so zu verständigen, daß sie bestimmend für die Anlage eines den Studenten nützenden Studiums werden können - Versuche freilich, bei denen auch die linken Dozenten zumeist noch im Abseits stehen.

Die Unterdrückung der voruniversitär erzeugten Studieninteressen produziert eine zusätzliche, durch die Erfahrungen mit der Universität erzeugte und ihrem Wesen nach von vornherein kollektive Interessenlage. Ihr allgemeinster Ausdruck lautet bei den Studienanfängern zunächst: diese Universität muß erst einmal verändert werden, um in ihr überhaupt studieren zu können. Perspektivisch kann hier erneut das Verhältnis von Universität und Gesellschaft, von Theorie und Praxis, von Politik und Beruf, von Intellektuellen und sozialer Emanzipationsbewegung zum Thema werden. Sofern eine neue Studentenbewe-

gung nicht die Formen einer blinden Revolte annimmt, werden diese Themen notwendig im Mittelpunkt der künftigen Auseinandersetzungen stehen.

Politik im Getto

Die Bildungspolitik der vergangenen Jahre hat gesamtuniversitär zu einer verschärften Polarisierung der Studenten geführt. Die skizzierten Ansätze neuen Widerstands sind ja derzeit vor allem auf die Gesellschaftswissenschaften beschränkt. Schon bei den Germanisten oder Romanisten, aber auch bei den Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern und erst recht bei den Naturwissenschaftlern sieht es anders aus. Hier scheint eine verkniffene Leistungswilligkeit die Oberhand zu haben. Mitunter wird sogar seitens der Studenten mehrheitlich und gegen die Absicht mancher Dozenten z.B. auf der Wiedereinführung von individuellen Leistungsnachweisen und auf Ausweitung und Verschärfung des Benotungssystems bestanden.

Es ist fraglich, ob diese von sozialer Angst erzwungenen Konkurrenzhaltungen mit der absehbaren Steigerung des institutionellen Drucks und mit der weiteren Verringerung von Berufschancen von selber in Widerstand umschlagen werden. Differenzierte Studien- und Prüfungsordnungen, objektivistisch scheinbar eindeutige, von gesellschaftlichen Vermittlungen abstrahierende Bestimmungen der Fachgegenstände und ihrer Methoden zusammen mit der vermeintlich klaren Zuordnung von zu erwerbenden Qualifikationen zu Berufsfunktionen fördern die Einstellung, daß die ausschließliche Konzentration auf das institutionell Geforderte sich doch auszahlen werden. Andererseits erklären aber auch in diesen Fächern die Studenten nicht mehr wie früher ein Scheitern ihrer Bemühungen ausschließlich mit individuellem Versagen. Auch hier entwickelt sich ein Begriff von der Repressivität der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, tendenziell also ein Interesse an Veränderung. Dennoch werden vorerst Verunsicherungen der affirmativen Einstellungen dann noch als Störung empfunden und zurückgewiesen, sofern keine klaren, alternativen Perspektiven angeboten werden. Eine strategielose Politik des gelegentlichen "Putz an der Uni!" bringt hier nur weitere Identifikationen mit dem wirklichen Aggressor hervor. Die argumentative Auseinandersetzung mit diesem Syndrom, vielleicht unterstützt von exemplarischen Aktionen, die Perspektiven der Veränderbarkeit eröffneten, ist unter diesen Bedingungen eines bereits in Schule und Universität hereingenommenen Konkurrenzkampfes schwieriger denn je. Die Ansätze organisierten Widerstandes drohen auf die Gesellschaftswissenschaften beschränkt zu bleiben und eben auch wegen dieser Beschränkung zu scheitern.

Wir stoßen hier auf einen zentralen Punkt der weiteren Diskussion: wenn Studienkonflikte objektiv aus dem Funktionswandel der Universität im Kontext gesamtgesellschaftlicher Widerspruchsentwicklung resultieren, wie können sie dann als unmittelbare Studienkonflikte ein einheitliches politisches Interesse konstituieren, das sich dieser Vermitteltheit bewußt wäre und sich auf diesen Vermittlungszusammenhang praktisch bezieht?

Erinnern wir uns. Auch die früheren Studentengenerationen waren bereits zu Beginn der sechziger Jahre mit einigen der heutigen Studien-

probleme konfrontiert: die völlig unzulänglichen Studienbeihilfen des Ende der fünziger Jahre eingeführten "Honnefer Modells" (das ist der Vorläufer des BAFÖG) garantierten die Fortexistenz materieller Bildungsprivilegien (etwa 6% der Studenten stammten aus Arbeiterfamilien; heute sind es ungefähr 13%; die neuerlichen Restriktionen der Beihilfen und ihre Umwandlung in Verschuldungen zeigen, daß die gegenwärtige Bildungspolitik ausdrücklich die Mittel- und Oberschichten privilegiert, daß der akademische Nachwuchs stärker denn zuvor aus den einkommensstarken Bevölkerungsgruppen rekrutiert werden soll); es bestand wie heute eine durch ökonomische Privilegien vermittelte Korrelation zwischen Studiendauer und finanzieller Lage des Elternhauses (Zwang zum Jobben etc.), wodurch die Studienchancen der minderbemittelten Studenten weiter eingeschränkt wurden; die Studienbedingungen waren von der Tatsache geprägt, daß die Universitäten unter der "Sturzflut der Studierenden" auseinanderzubrechen drohten; der CDU-Innenminister Gerhard Schröder empfahl, die den "gesellschaftlichen Bedarf" übersteigenden Studenten "hinauszuprüfen", und es wurden die "akademischen Zwischenprüfungen" eingeführt (sofern es sie nicht schon gab). Wichtig ist, daß diese Verhältnisse lediglich dazu beitrugen, den Dachverband der Studenten, den VDS, zu verstärkten gewerkschaftlichen Anstrengungen zu veranlassen (Stipendien, Wohnheime, Mensen etc.). Ansonsten forderte die VDS-Spitze abstrakt "Mut zur Politik" (Thema des Hauptreferats beim 6.Deutschen Studententag 1960, der unter dem Motto stand: "Abschied vom Elfenbeinturm") und redete damit ziemlich an der großen Mehrheit der Studenten vorbei. Auch die bereits 1963 entstandene Denkschrift des SDS "Hochschule in der Demokratie" blieb Papier und gewann ihre Bedeutung erst 5 Jahre später.

Eine breite Politisierung der Studenten entwickelte sich nämlich nicht an hochschulspezifischen Problemen, sondern setzte erst Mitte der 60er Jahre ein, und zwar an den erfahrbaren Widersprüchen zwischen dem demokratischen Anspruch dieser Gesellschaft und ihrer Realität. Der in Reformunfähigkeit erstarrte und mit den neuen Problemen der zu Ende gehenden Rekonstruktionsperiode konfrontierte "CDU-Staat" drohte, bei entsprechender Massenloyalität, aus der autoritären "Kanzlerdemokratie" (Adenauer) in den autoritären Staat der "formierten Gesellschaft" (Erhard) umzuschlagen. Hiergegen vereinigten sich im wesentlichen drei, hinsichtlich ihrer tatsächlichen Ziele durchaus heterogene gesellschaftliche Komponenten: (1.) Eine Fortführung der CDU-Politik stand den ökonomischen Interessen vor allem der Fraktion des hochkonzentrierten Kapitals entgegen. Diese verlangten nach der anti-ordoliberalistischen Politik des staatsinterventionistischen Keynesianismus (mochte sie auch auf Kosten der teilweise marginalen, mittelständischen Industrie gehen) und auch nach einer Politik der Erschließung neuer Absatzmärkte (die ökonomische Seite der späteren Ost-Politik). (2.) Gegen die CDU-Politik erhoben sich von einer breiteren Massenbasis gestützte Reformforderungen, die auf mehr soziale Sicherheit, auf kollektive Gebrauchswerte (Bildung, Gesundheit, Verkehr usw.) und auch auf eine Liberalisierung des Rechtssystems gerichtet waren (Strafrecht, Strafvollzugsrecht, Stellung der Frau etc.). (3.) Zugleich realisierten Teile der SPD und der Gewerkschaften zusammen mit zahlreichen Intellektuellen in und außerhalb der Universität, daß von dem in die Krise geratenen, CDU/CSU-kontrollierten Staatsapparat die Gefahr einer neuen, die politische und sozialökonomische Funktion des alten Faschismus übernehmenden Herrschaftsform drohte.

In diesem heterogenen Feld von Opposition vor allem und an den sichtbar werdenden Verflechtungen der BRD mit den US-imperialistischen Strategien der Ausbeutung und militärischen Niederhaltung der 3.Welt entwickelte sich der auf reale Demokratie drängende Widerstand der Studenten. Es verhielt sich also nicht etwa so, daß die alte Studentenbewegung ihre über die Gesellschaftswissenschaften hinausgreifende Massenbasis der Fähigkeit von Soziologen verdankt habe, sich argumentativ auf die Studienprobleme in anderen Fächern zu beziehen. (Eine kleine Ausnahme bildeten lediglich die Initiativen zur Entfaltung einer Anti-Kriegsforschungskampagne sowie einzelne Organisierungsversuche bei den Architekten.)

Vielmehr waren es den Uni-Rahmen sprengende, am "CDU-Staat", an den Notstandsgesetzen, an der Krise 66/67, an den Formen des US-Imperialismus, an der Erschießung von Benno Ohnesorg sich artikulierende Interessen, die als unmittelbar politische und von der jeweiligen Fachrichtung unabhängige eine gemeinsame Basis weiter Teile der Studenten herstellten. Die Realisierung dieser Interessen erschien solange aussichtsreich, wie sie eingebettet waren in eine Bewegungsbereitschaft, die weitere oppositionelle Bevölkerungsgruppen ergriffen hatte. Daß diese Bereitschaft außerhalb der Universität sehr schnell von den traditionellen, Politik in Gewerkschaften, Medien und Parteien verwaltenden Institutionen kanalisiert und gebrochen werden konnte (und zwar in dem Maße, wie die Studenten sich radikalisierten und die Klassenbasis der bürgerlichen Universität "verrieten"), tut hier zunächst nichts zur Sache. Festzuhalten ist, daß die Entfaltung der Studentenbewegung die Möglichkeit zur Bedingung hatte, sich mit Teilen der außeruniversitären, noch nicht wieder apathisierten Öffentlichkeit über ähnlich wahrgenommene und für veränderungsnotwendig gehaltene gesellschaftliche Symptome auseinandersetzen zu können.

In der Universität handelte es sich also um eine von gesamtgesellschaftlichen Problemen induzierte Massenbasis, die sich erst sekundär und erst dann auf hochschulspezifische Fragen konkreter bezog, als die Universität den Studenten das Recht auf kritisch ausgeübte Lernfreiheit und auf autonome Teilnahme am Demokratisierungsprozeß bestritt und dagegen die Institutionen des Hausrechts und der professoralen Lehrfreiheit einzusetzen versuchte. Erst von da an wurde die Universität als Herrschaftsgefüge, wurden ihre indoktrinären und sozialtechnischen Lehrinhalte und -formen massenhaft zum Gegenstand theoretischer und praktischer Auseinandersetzungen.

Sicherlich ist diese Periode nicht zum Modellfall künftiger Entwicklungen zu stilisieren. Zu fragen aber wäre, ob es nicht generell derartiger, sich in die Universität zurückvermittelnder gesamtgesellschaftlicher Impulse bedarf, um das an unmittelbaren Studienproblemen sich derzeit entwickelnde Widerstandspotential wirklich politisch werden zu lassen. (Auch geschichtlich haben sich Studenten häufig durch Radikalität, durch theoretische und moralische Konsequenz im Kampf für nationale und soziale Befreiung ausgezeichnet: nach den napoleonischen Kriegen bis 1848, an den russischen Universitäten des Zarismus, in China, Kuba, Algerien, Vietnam etc., in Polen und in der CSSR und schließlich in den Metropolen der kapitalistischen Länder der 60er Jahre. Hingegen gibt es keine einzige politische Bewegung der Studenten, die ihre Wurzeln allein in den spezifischen Ausbildungsbedin-

gungen gehabt und hieran gesellschaftliche Wirksamkeit entfaltet hätte. Selbst die Humboldt-Reformuniversität von 1810 ist undenkbar ohne das Telos gesellschaftlicher Emanzipation, das freilich rasch in die Innerlichkeit und Partikularität einer bürgerlichen Wissenschaft umgelenkt wurde.)

Unter den heute gegebenen Bedingungen besteht die Gefahr, daß die neuen Ansätze praktischer Kritik in den Gesellschaftswissenschaften fachspezifisch beschränkt bleiben und so allenfalls die Perspektive bornierter, auf ständische Interessen reduzierter Fachbereichspolitik eröffnen. Auch wenn in den anderen Fächern sich je für sich ähnliche Initiativen entwickeln sollten, bleibt das Problem noch immer das gleiche. Ein diese Ansätze politisch vereinheitlichendes, systemtranszendierendes Interesse ist aus den einzelnen Fachdisziplinen heraus, aus deren jeweiligen Ausbildungs- und Berufsproblemen, schwerlich hervorzutreiben. (Mit der Einzelfall bleibenden Ausnahme der Gesellschaftswissenschaften, in denen die unmittelbare Misere selber Teil des "Fachgegenstands" und seiner Reflexionen werden kann.) Gesamtuniversitär sind zunächst nur jene Probleme verallgemeinerbar, die die Studenten als Benutzer einer Anstalt zur Chancenerhöhung auf dem Arbeitsmarkt gemeinsam betreffen. Diese Beschränkung enthält in sich höchstens das Potential zur Bildung einer Studentengewerkschaft.

Die gesellschaftliche Vermitteltheit der Studiensituation mag also zwar begriffen werden, auch mag das die Einsicht zur Folge haben, daß diese Gesellschaft sozialistisch verändert werden müßte, aber die Praxis im Ghetto der Universität bleibt auf Veränderungen in der Verwaltung des Ghettos im Rahmen der vom staatlichen Gewaltmonopol definierten und abgesicherten Bedingungen reduziert. Verhält es sich so, dann hat eine Politisierung der in der Universität erscheinenden gesellschaftlichen Widersprüche die Entfaltung außeruniversitärer Initiativen der nicht-studentischen Linken zur Voraussetzung. Ihre Zahl war noch nie so groß wie heute, und noch nie war sie so hilflos. Kurzfristig ist eine Aufhebung ihrer Atomisierung kaum davon zu erwarten, daß sie sich abstrakt als Bündnispartner künftiger proletarischer Massenbewegungen organisiert. Kurzfristig ist es wohl dringlicher und aussichtsreicher, sämtliche Erscheinungsformen der Entwicklung in Richtung autoritärer Staat zum Inhalt eines neuen Organisationsversuchs zu machen. Die undogmatische und antirevisionistische Linke kann und muß in der gegenwärtigen Periode, nach der Selbstaufgabe der ehemaligen liberalen Öffentlichkeit, die Funktion eines sozialistischen Katalysators einer neuen, sich gegen den autoritären Staat zur Wehr setzenden Öffentlichkeit übernehmen. Ein derartiger Organisationsversuch wäre eine Bedingung dafür, auch das Hochschulsymptom der autoritären Etatisierung wieder in einen politischen Bewegungszusammenhang hereinzuholen.

Politische Erfahrungen

Ohne eine sozialistische Oppositionsbewegung sind also dem inneruniversitären Widerstand der Studenten frühzeitig Grenzen gesetzt: der in der Universität in spezifischen Formen erscheinende gesellschaftliche Antagonismus nimmt den Charakter prinzipiell domestizierbarer Konflikte zwischen Studenten und Hochschul- bzw. Kultusbürokratie an.

Dies wäre als allererstes zu bedenken, wenn die Verhaltensweisen der heutigen Studenten vorschnell als Ausdruck politischer Motivationslosigkeit oder als Ausdruck politischer Apathie (im Sinne bereitwilliger Enthaltsamkeit) interpretiert werden. Man muß sich die außerordentlichen Schwierigkeiten einer Organisierung interventionsfähiger Gruppen klarmachen: In jeder Hinsicht, inneruniversitär wie außeruniversitär, sind die Studenten derzeit im wesentlichen auf sich allein gestellt. Selbst jegliches Probedenken einer Praxis, die auf kollektive Veränderung der Studiensituation abzielen möchte, scheint nur die Unmöglichkeit solcher Praxis zum Resultat haben zu können. Eine Diskussion dieser Schwierigkeiten hätte auch die folgenden Erfahrungsgehalte bzw. -defizite zu berücksichtigen. Sie gehören zentral zu den subjektiven Voraussetzungen einer kritischen Lehrtätigkeit heute.

(1.) Die Studenten haben keine Erfahrungen mehr mit Politik an der Hochschule. - Eine wesentliche Funktion des einstigen SDS bestand auch darin, durch die Kontinuität seiner Organisation wenigstens in Teilen der Studentenschaft begrifflich aufgearbeitete Auseinandersetzungen mit bürgerlicher Wissenschaft und mit der Hochschulentwicklung tradiert zu haben. Die Studentenbewegung hat hieraus gegenüber der legitimationsunfähigen Ordinarien-Universität ihre zeitweilige Überlegenheit bezogen. - Die heutige Generation dagegen ist gezwungen, quasi geschichtslos am Punkt Null zu beginnen. Die Studentenbewegung ist entweder zum Gegenstand akademischer Fleißarbeiten geworden oder zum toten Hund, der auch durch gelegentliche Reminiszenzen linker Dozenten in Lehrveranstaltungen nicht lebendiger wird. Auch eine Schülerbewegung existierte für die heutigen Studienanfänger bereits nicht mehr. Damit kann sich von der politischen Geschichte der bürgerlichen Universität im Bewußtsein der Betroffenen nur die scheinbar geschichtslose Faktizität der gegenwärtigen Repression festsetzen. Die Geschichte der "anderen Universität", nämlich der Kampf der Studenten für eine kritische, ist weitgehend verschollen.
Es soll keine falsche Kontinuität fingiert werden. Die technokratisierte Universität ist qualitativ etwas anderes als jene Institution, mit der sich noch die alte Studentenbewegung auseinandersetzte. Die Diskontinuität zeigt sich in der neuen institutionellen Form der Integration universitär betriebener Wissenschaft in ein politisch-ökonomisch gesteuertes Verbundsystem von Industrie-Staat-Forschung/Ausbildung. Der totale Autonomieverlust der Universität, die Ausdifferenzierung und weitgehende Separierung ihrer Ausbildungs- und Forschungsfunktionen und deren Außensteuerung nach wachstums- und stabilitätspolitischen Kriterien bestätigen diesen Formwandel am eindringlichsten. Schon Forderungen nach Veränderung der formellen Organisation des Universitätsbetriebs rufen heute notwendig sofort (und in einem gewissen Gegensatz zur vor-technokratischen Periode) die Gegnerschaft des gesamten Verbundsystems hervor. Die Diskontinuität der institutionellen Form ist aber nicht ohne die Kontinuität bürgerlicher Wissenschaft zu denken. Sie ist ja eben deswegen bürgerlich, weil ihr Begriff von wissenschaftlicher Wahrheit auf Methodologie, auf die logische Stringenz des Begründungszusammenhangs theoretischer Sätze reduziert ist. Die erkenntniskritische Reflexion der Bedingungen ihrer eigenen Möglichkeit, die Reflexion sowohl der gesellschaftlichen Vermitteltheit der Forschungs- und Lehrgegenstände einschließlich ihrer Methoden als auch des gesellschaftlichen Wirkungszusammenhangs der Forschungs- und Lehrpraxis, konstituieren höchstens spezialistische

Disziplinen im System arbeitsteiliger Wissenschaft (Wissenschaftstheorie, Wissenschaftssoziologie, science on science). Das macht bürgerliche Wissenschaft prinzipiell beliebigen Zwecken verfügbar und bedingt die Anpassungsfähigkeit ihrer institutionellen Form. Wenn heute dieser Formwandel, der Technokratisierungsprozeß also, als das Konfliktzentrum erscheint, so darf darüber also nicht vergessen werden, daß er wesentlich erst ermöglicht wird durch die Kontinuität des bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses. Der Kampf gegen die Technokratisierung zwingt somit zugleich zu dem, was wir "materialistische Wissenschaftskritik" genannt haben. Hier sind die Erfahrungsdefizite der heutigen Studenten besonders gravierend. Ohne eine Aufarbeitung dieser Defizite bleiben institutionelle Forderungen (Studien- und Prüfungsordnungen, Praxisbezug der Ausbildung, bessere Personalausstattung etc.) substanzlos, bleiben die Studenten von der Möglichkeit der Entwicklung curricularer Initiativen als dem Kern hochschulspezifischen Widerstands abgeschnitten.

(2.) Wahrscheinlich ist es auch die scheinbare "Erfolglosigkeit" bisheriger gesellschaftlicher Emanzipationsversuche, die angesichts der gegenwärtigen Widersprüche zwischen Autonomiebedürfnissen und den herrschenden Institutionen zu jener verbreiteten Ideologie der neuen Studenten führt: es gibt keine uns interessierende Geschichte, es sei denn die, mit der wir selber unmittelbar Erfahrungen gemacht haben. Dieser Ideologie wird die Hochschulentwicklung und insbesondere die gesamtgesellschaftliche Entwicklung notwendig zu etwas unerklärlich Zufälligem. Der Einzelne kann sich nur in der Rolle eines Objekts von willkürlichen, ihre Begründungen rasch und widersprüchlich wechselnden, ihre Ziele nicht unmittelbar zu erkennen gebenden Maßnahmen derer begreifen, die über politische und ökonomische Macht verfügen. Solange nicht die vielfältigen Manifestationen von Repression als Ausdruck formationsspezifischer, durch die verblendenden Konjunkturzyklen sich durchhaltenden Krisentendenzen entziffert werden, erscheinen erneut die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse wie unerschütterlich, weil von den Machtorganen beliebig manipulierbar. Folge ist ein Gefühl politischer Ohnmacht, das um die objektiven Schranken dieser Macht und damit um die historische Relativität der Ohnmacht Unterdrückter nichts weiß. Dem Verlust an Bewußtsein von der Herkunft der Verhältnisse korrespondiert ein Verlust an alternativer Zukunft. So begegnet auch das Ansinnen, sich mit der theoretischen Durchdringung dieser Verhältnisse als einer Bedingung verändernder Praxis zu befassen, immer häufiger skeptischen Vorbehalten.
Diese Skepsis wird durch die Heterogenität des Theorienangebots an der Universität verstärkt. Zum Eindruck von der scheinbaren Zufälligkeit gesellschaftlicher Machtausübung tritt die Erfahrung von der Zufälligkeit der unvermittelt nebeneinanderstehenden Lehrgegenstände. Die Esoterik scheinbar reiner, von allen sozialgeschichtlichen Vermittlungen abstrahierenden und auf Beliebiges sich richtenden Gedankenkonstruktionen (und ihrer Methoden) trägt zu einem weiteren Verlust an Geschichtsbewußtsein bei, dem mit der Einsicht in die Entstehung der vorhandenen politischen Situation auch das Verständnis der in ihr angelegten Widerspruchstendenzen abhanden kommt.

(3.) Die Sperren gegen Theorie werden spürbar stärker. Die Heterogenität des Lehrangebots hat hieran teil, auch die Tatsache, daß die Schulen unter dem Leistungsdruck inzwischen nur noch in rezeptives

Lernen einüben. Ebenso dürfen aber auch jene Erfahrungen nicht vergessen werden, die die Studenten mit den sich selber als kritisch bezeichnenden Dozenten machen. Die Studenten nehmen den Widerspruch zwischen linker Rhetorik und tatsächlicher Praxis wahr und werden zu Recht sowohl gegenüber kritischer Theorie als auch gegenüber ihren Vertretern mißtrauisch. Die professionalisierte Linke hat sich ja, jedenfalls in Frankfurt und wohl nicht nur hier, entgegen ihren politischen Ansprüchen weitgehend als organisations- und handlungsunfähig erwiesen. (Nach vier Jahren brachte sie z.B. in Frankfurt lediglich ein Minimalkonzept für die bereits erwähnte Orientierungsveranstaltung zustande.) Diese Linke ist als organisierte und aktivierende Kraft, die zu systematischer Zusammenarbeit mit den Studenten fähig und bereit wäre, faktisch nicht existent. Die Praxis der vereinzelten Dozenten erschöpft sich in der individuellen oder, qua zufälligem Mandat, gremienpolitischen Verwaltung der Misere. Selbst minimale politische Funktionen, wie z.B. aus dem Zusammenbrechen der Lehrveranstaltungen heraus kollektive Kampagnen zur Aufklärung über das Steuerungsinstrumentarium der Hochschulentwicklung und über die dahinterstehenden, sich sachrational verschleiernden Interessen zu organisieren, werden nicht wahrgenommen. Diese Aufgabe wird allenfalls von einigen wenigen Dozenten in spezialistischen Lehrveranstaltungen erfüllt. Die professionalisierte Linke trägt somit nicht einmal dazu bei, ihre berufsmäßigen Qualifikationen zur Verbreiterung der kognitiven Voraussetzungen politischen Handelns an der Universität einzusetzen. Stattdessen predigt jeder einzelne Widerstand, ist jedoch als Vereinzelter zur Anpassung gezwungen. Das trägt nicht sonderlich zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit der Linken bei. Der sogenannte Konformismus der Studenten ist daher zu einem Teil wohl auch als Antwort auf den politischen Quietismus der Dozenten zu verstehen. Dieser signalisiert den Studenten, daß "kritische Theorie" offenbar irrelevant für Praxis ist.

(4.) Zu den Erfahrungen der heutigen Studentengeneration gehört weiter die vor allem von den selbsternannten studentischen Avantgarden des Proletariats jahrelang betriebene Politik der Indoktrination und Manipulation. Diese Parteien haben sich bisher geweigert, in eine offene, nicht bevormundende, sondern auf Verständigung abzielende Auseinandersetzung mit der politischen Komplexität der widersprüchlichen Studentenrolle einzutreten. Vor dem Hintergrund einer schematischen, die Studenten zunächst einmal als kleinbürgerlich verortenden Klassenanalyse und auf der Grundlage eines begriffslos denunziatorischen Verhältnisses zu den Erfahrungen der Studentenbewegung reduziert sich ihre Politik auf die abstrakte Aufforderung, den je nach Parteilinie unterschiedlich definierten Standpunkt des Proletariats einzunehmen. Sie postulieren noch immer einen moralisch verstandenen "individuellen Klassenverrat", der die Form gläubiger Unterwerfung unter das je offizielle Dogma und unter die Winkelzüge der Partei-Oberen annehmen soll. Ihre wirkliche Praxis beschränkt sich im wesentlichen auf die Taktik vermeintlich werbewirksamer Vertretung studenten-gewerkschaftlicher Forderungen ("Sozialkampf" etc.) und auf den Kampf um die Vorherrschaft über Mikrophone bei Versammlungen. Hier werden in "leichenbittrer müder Klassenkämpferpose" jene faktisch anti-kommunistischen Sprachspiele vorgeführt, die ihre Entsprechung in den anödenden Demonstrationsritualien finden. Diese Praktiken wie auch die Servilität der DKP gegenüber der KPdSU und den unter ihrer Aufsicht in den osteuropäischen Ländern herrschenden Bruderparteien sind höchst wirksame

Beiträge zur weiteren politischen Verohnmächtigung der noch nicht organisierten Linken. Solcherart "sozialistische Politik" hat bei den Studenten inzwischen sogar eine spezifische Organisierungsfeindlichkeit entstehen lassen. Jeder Versuch politischer Organisierung, auch wenn er von den undogmatischen Linken unternommen wird, verfällt zunächst dem Verdacht, es handle sich um eine Neuauflage manipulativer Verwaltung und Ausbeutung studentischer Interessen für Ziele, die einer kritischen Auseinandersetzung entzogen bleiben. Indiz für diese Einstellung und Resultat anhaltender politischer Negativerfahrungen ist der zunehmende, schlechte Anti-Autoritarismus, der sich jeglicher Verbindlichkeit politischer Kooperation verweigert.

(5.) Am nachhaltigsten aber ist das Verhalten der heutigen Studentengeneration davon geprägt, daß sie ihre politischen Erfahrungen im wesentlichen während der vergangenen sieben Regierungsjahre der sozialliberalen Koalition gemacht haben. Diese Periode, eingeleitet mit dem Versprechen sozialer Reform, von Liberalisierung und Demokratisierung, steht in der Geschichte der BRD einmalig da. Keine CSU-Regierung hätte jemals so reibungslos eine derart weitgehende Anpassung der öffentlichen Funktionen an die Erfordernisse unbehinderter Kapitalverwertung bewerkstelligen können. In dieser Periode wurde ein Staatsapparat geschaffen (Ausdehnung des Kompetenzbereichs und bürgerkriegsmäßiger Ausbau der Exekutivorgane bei gleichzeitiger, gesetzesförmiger Einschränkung der Bürgerrechte), der sich für die offen reaktionären, auf jegliches "Reform-Klimbim" verzichtenden Zwecke einer CSU/CDU-Regierung geradezu als maßgeschneidert erweisen wird.
Absolutes Primat hat eine Wirtschaftspolitik, die ausdrücklich die Erhöhung der Gewinnchancen - sprich die Erhöhung der Ausbeutungsrate - zu ihrem Ziel erklärt. Die sozialdemokratische Integration der Gewerkschaften ist soweit fortgeschritten, daß die Kosten der Rezession und eines neuen Konjunkturaufschwungs nahezu unbehindert auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden können. - Der Faschisierungsprozeß des Pressewesens auf dem Wege seiner Konzentration bei den mächtigsten Konzernen beschleunigt sich, die Möglichkeiten kritischer Berichterstattung in Funk und Fernsehen werden fortlaufend eingeschränkt. - Die totale Datenerfassung und -auswertung und damit die totale Kontrolle des einzelnen Bürgers sind vorbereitet. - Die letzte Strafrechtsreform, die Erweiterung strafbarer "Gewalt"-Tatbestände, stellt an politischer Gefährlichkeit sogar die Notstandsgesetze in den Schatten. Diese Gesetzgebung zusammen mit der Praxis der politischen Strafkammern gegenüber Angeklagten und Anwälten haben eine Rechtsunsicherheit geschaffen, die selbst konservative Kräfte des westlichen Auslands schon zu Warnungen veranlaßt. - Die Rechtsunsicherheit wird weiter dadurch erhöht, daß an die Stelle des Verfassungstextes und geltender Gesetze ein uneindeutiger, liederlicher "Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" getreten ist. Das Interpretationsmonopol haben Behörden, die über Gesinnungstreue vielfach unter Ausschluß sowohl der Öffentlichkeit wie des Überprüften befinden, der außerdem zumeist nicht einmal die Quellen und den Inhalt der Anschuldigungen kennt. Diesen Behörden und im wachsenden Maße auch privaten Unternehmungen wird zugearbeitet von einer Polizei und einer als Verfassungsschutz bezeichneten, verselbständigten geheimen Staatspolizei, deren sogenannte Sicherheitsmaßnahmen und Bespitzelungen unverhüllt das sagen, worauf es den noch verklausulierenden Spitzen der Exekutive wesentlich ankommt: verfassungsgemäß verhält sich nur der, der vorbehaltlos und aktiv die kapitalisti-

sche Wirtschaftsordnung bejaht. Das ist der wirkliche, objektiv verfassungsfeindliche Kern der Sache. Streikbereitschaft, das Eintreten für sozialistische Alternativen dieser Wirtschaftsordnung und für eine Erweiterung demokratischer Freiheiten, ja schon das Insistieren auf gesetzlich zustehende Rechte, können Zweifel an der Verfassungstreue begründen und Sanktionen gegen den "Staatsfeind" hervorrufen. (Spotlight. In der kurzen Zeitspanne, während ich diesen Text korrigiere, passiert in der BRD u.a. folgendes: (1.) An der Universität Frankfurt wird ein Tutor wegen Zugehörigkeit zum MSB Spartakus nicht eingestellt. (2.) In einem Soldatenheim in Sonthofen, das von den Kirchen getragen wird und in dessen Kuratorium Bundeswehroffiziere sitzen, findet ein offizielles Treffen von Angehörigen dreier SS-Divisionen statt. Ein Ritterkreuz wird nachträglich verliehen. (3.) Ich erfahre von der bundesweiten Einrichtung sog. "Kontaktbereichs-Beamter". Es handelt sich um spezielle Beamte der einzelnen Polizeireviere, die u.a. Überwachungs- und Aushörungsfunktionen in den Stadtvierteln nach dem Vorbild der ehemaligen Blockwarte übernehmen. (4.) Entgegen dem Aussperrungsverbot der hessischen Verfassung wird in der Tarifauseinandersetzung der Drucker ausgesperrt. Der hessische Justizminister bezeichnet den geltenden Verfassungsparagraphen schlicht als "obsolet".)

Wesentliches Charakteristikum dieser Situation ist die Nicht-Existenz einer Oppositionsbewegung bei gleichzeitiger Existenz einer erheblichen Zahl von Oppositionellen. Obwohl der Reifegrad der objektiven und durchaus auch subjektiv wahrgenommenen gesellschaftlichen Widersprüche faktisch ein weites Terrain linker Politik außerhalb der Grenzziehungen durch die etablierten Parteien geschaffen hat, bleibt dieses unbesetzt.
Die alte Studentenbewegung konnte sich zeitweilig und nur so lange entfalten, wie es eine zum CDU-Staat in Opposition stehende SPD-Anhängerschaft gab. Ihre Reforminteressen schufen ein politisches Klima, in dem Perspektiven einer sozialistischen Politik nicht von vorneherein tabuisiert werden durften. Diese Bedingung blieb auch dann noch erhalten, als sich die SPD-Führung, u.a. unter dem Druck eben dieser Interessen, zum Juniorpartner der CDU/CSU in der Großen Koalition machen konnte. Weite Teile der SPD-Anhängerschaft sahen hierin einen ersten Schritt zur sozialdemokratischen Regierungsübernahme, von der sie sich die Einleitung einer nicht von Kapitalinteressen dominierten Gesellschaftspolitik erhofften. Andererseits zerstörte die Große Koalition gerade in der Studentenschaft die noch vorhandenen sozialdemokratischen Bindungen und trug wesentlich zur Transformation in eine sozialistische Bewegung bei. Ausdruck hierfür waren die ersten Ansätze einer Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus. Daß die Interessenbasis der Loyalitätsbindungen an die Sozialdemokratie sich nur in der Befreiung von diesen Bindungen durch selbständige Organisierung realisieren könne, blieb freilich eine über die Universität hinaus kaum vermittelte Einsicht. Angesichts dieser Folgenlosigkeit der kaum begonnenen Parlamentarismus-Debatte schienen nicht-revisionistische Ansätze zur Lösung der Organisationsfrage weitgehend zum Scheitern verurteilt zu sein und wurden lediglich auf je spezifische Weise von den wenigen Betriebsprojekt- und Stadtteilgruppen sowie dem Sozialistischen Büro versucht. Faktisch kehrten große Teile der studentischen Linken zu einem verschwiegenen Sozialdemokratismus zurück, der sich auf die Annahme gründete, daß langfristig und alles in

allem sich unter einer sozialdemokratischen Regierung doch die Voraussetzungen für die Entwicklung sozialistischer Politik verbessern würden. Diese Annahme hat sich mit der sozialdemokratischen Politik des roll-back als ein folgenschwerer Irrtum erwiesen. Im Gegensatz zu den noch verständlichen Regierungswechsel-Illusionen zu Zeiten des CDU-Staates gibt es keinerlei Alternative mehr zum SPD-Staat, es sei denn diejenige, die das freie Terrain bedrohter Bürgerrechte, enttäuschter Reformerwartungen und verschärfter Ausbeutung organisierte. Was sich in der neuen Studentengeneration an Widerstandspotential hinter der Fassade politischer Apathie und Angepaßtheit verbirgt, kann unter den heutigen Repressionsbedingungen ohne diese Alternative schwerlich manifest werden.

Sezessionistische Tendenzen

Eine der häufigsten Erklärungen für die Akademisierung des Marxismus geht dahin, daß kritische Lehre ohne politische Praxis der Studenten unmöglich sei. Der Wahrheitsgehalt dieses Satzes steht und fällt offenbar mit dem, was jeweils unter "politischer Praxis" verstanden werden soll. Zunächst leuchtet an dem Satz ein, daß Emanzipationstheorie ohne Individuen, die sich auch praktisch an ihre Befreiung von gesellschaftlicher Verunmündigung machen, ein vergebliches, monologisches Aufklärungsbemühen wäre, dem letztlich klassenbedingte Grenzen gezogen sind. Nun ist aber "Praxis" auch abhängig von den jeweils vorfindlichen, historisch-konkreten Bedingungen. Wo dieser einfache Umstand ignoriert wird, ist häufige Folge eine ins parteiprogrammatisch Abstrakte abrutschende Überbetonung der organisationsformellen Seite von Praxis auf Kosten der mit den Formveränderungen des Kapitals sich wandelnden und auch über traditionelle Grenzen hinaus sich erweiternden Inhalte von Klassenauseinandersetzungen. Somit wäre erst einmal davon auszugehen, daß jede gesellschaftliche Unterdrückungssituation eine Suche nach ihr angemessenen Widerstandsformen hervorbringt. Diese sind dann auch Ausdruck der aktuell gegebenen Kräfteverhältnisse und müssen, je größer die Repression ist, mitunter erst als solcher entziffert werden.

Wenn es zutrifft, daß der Konformismus der neuen Studentenorganisation vielfach nur ein scheinbarer ist und aus dem Dilemma resultiert, daß das Bewußtsein von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung und ein unabweisbares Bedürfnis nach Befreiung von kapitalistischen Fesselungen einhergehen mit einer Erfahrung von der Untauglichkeit traditioneller Kampfformen, dann wären erst einmal diejenigen inhaltlichen Dimensionen als Ansatzpunkte kritischer Lehre zu erschließen, in die politische Praxis unter den Bedingungen der Ghettoisierung von Hochschulkonflikten gewissermaßen auszuweichen gezwungen ist.

Hier begegnen wir Phänomenen, die uns, vor dem Hintergrund einer vergleichsweise orthodoxen politischen und theoretischen Sozialisation, einige Schwierigkeiten bereiten. Wahrscheinlich liegt das an einem, gemessen an den gegebenen Verhältnissen, zu traditionalistisch verengten Politik-Begriff. Als wirkliche politische Praxis gilt doch noch immer nur diejenige, die sich in strukturell und strategisch wohldefinierten Organisationen abspielt, oder die zumindest erkennbar darauf hinarbeitet. Im Zentrum dieses Begriffs von Politik steckt

die Vorstellung, daß eine revolutionäre Organisation gegen jene Institutionen, in denen sich die bürgerlichen Produktionsverhältnisse Ausdruck verleihen, einen Kampf um politische Einflußchancen mit dem Ziel institutioneller Veränderung führt. Mißt man die faktisch gegebenen Handlungsmöglichkeiten der heutigen Studenten an dieser rein frontalistischen Politik-Vorstellung, dann erscheint ihr Verhalten tatsächlich nur als "unpolitisch", und kritische Theorie müßte adressatenlos erneut überwintern. Weder verfügen sie über zweifelsfrei feststehende Organisationsinhalte, noch zeichnen sich Möglichkeiten isoliert studentischer Organisationsformen ab, die diesen Inhalten zum Durchbruch verhelfen könnten.

Jedoch: jeder traditionelle, isolierte Organisationsversuch von Studenten, sofern er sich nur eine Reform der Hochschulen zum Ziel setzte, wäre von vornherein verfehlt. Ein Versuch solcher Art, der die Universität als Ganze einbezöge und sich zugleich auf sie beschränkte, müßte an der Übermacht der staatlich repräsentierten Steuerungsinteressen spätestens dann scheitern, wenn er als Voraussetzung für andere Studienbedingungen richtig auf die Veränderung der politischen Randbedingungen der Hochschulentwicklung zielte. Die Zeiten, wo noch an eine partikulare Reform der Hochschulen (im Sinne der Durchsetzung legitimer, jedoch systemisch eventuell dysfunktionaler Emanzipationsinteressen der wissenschaftlichen Intelligenz) ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gedacht werden konnte sind unwiderruflich vorbei. Während der 60er Jahre mußte diese Einsicht vielen Studenten noch durch verbale Aufklärung vermittelt werden: "Die Demokratisierung der Universität ohne Demokratisierung der Gesellschaft ist eine Unmöglichkeit." Heute besorgen das die Verhältnisse selber. Eine gegen Einsprüche wie hermetisch abgedichtete Bürokratie dekretiert, unter welchen Voraussetzungen was, wie und wozu zu studieren sei und zeigt ansonsten, auf weitere Legitimationen verzichtend, die polizeigrüne Flagge. Dies haben die Studenten erfahren, und sie sehen, daß jeder konsequent verfolgte Hochschulkonflikt über sich hinaustreiben würde in ein Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung, das gegenwärtig noch weitgehend widerspruchslos von dem Repressionsarsenal der herrschenden Interessen kontrolliert wird. Unter diesen Bedingungen weicht politische Praxis in Dimensionen aus, die ihrem traditionellen Begriff teilweise fremd erscheinen.

Vor allem fällt auf, daß in dem Maße, wie die traditionellen Formen von Politik angesichts der augenblicklich herrschenden Kräfteverhältnisse fragwürdig werden, andere und neue inhaltliche Schwerpunkte einer kaum organisierten und dennoch erstaunlich synchronen studentischen Selbstverständigung entstehen. Bezogen auf die Studienanfänger sprachen wir weiter oben von der Herausbildung einer kollektiven Interessenlage: diese Universität müsse erst einmal verändert werden, um in ihr überhaupt studieren zu können. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann das offizielle Studium überwiegend nur als ein taktisches Zugeständnis an die Institution und ihre Monopolstellung bei der Vergabe von Qualifikationsnachweisen betrieben werden. Sowie aber mit zunehmender Studienerfahrung erkennbar wird, daß selbst die vordergründigen Erscheinungsformen der Hochschulmisere (Überfüllung, Stellenstop, mangelnde Koordination des Lehrangebots etc.) weder durch gremienpolitische Einflußnahme noch durch die jedes Semester wiederkehrenden Protestveranstaltungen veränderbar sind, entwickeln

sich neben dem offiziellen Studium erste Ansätze eines subversiven Studierens, entwickeln sich dysfunktionale Kommunikationsformen und -inhalte. Sie zielen nicht so sehr auf die Erbringung prüfungsrelevanter Leistungen, sondern primär auf eine Verständigung über den studentischen Lebenszusammenhang. Diese im Entstehen begriffene Doppelstruktur des Studiums scheint tendenziell zu einer völligen Desintegration manifester studentischer Interessen aus dem Lehrbetrieb weiterzutreiben. Gleich um welche Inhalte es gehen mag, das offizielle Studium nimmt immer stärker den Charakter eines fremdbestimmten Arbeitsprozesses an. So wird schon nach wenigen Semestern die Universität und in ihr auch die Veranstaltungen kritischer Dozenten als ein Ort möglicher kollektiver Selbstaufklärung hinfällig.

Und dies aus gutem Grund. Gerade die Studenten der Gesellschaftswissenschaften kommen mit sehr vagen Vorstellungen an die Universität. Weitaus seltener als die Studenten anderer Fächer haben sie eine klare, mit dem Studium verbindbare Berufsperspektive und auch die Inhalte des Studiums sind noch weitgehend unklar. Gemeinsam ist diesen Studenten nur das bereits erwähnte, undeutliche, dennoch von uns ernst zu nehmende "Unbehagen an dieser Gesellschaft". Weil es derzeit unmöglich ist, sich auf der Grundlage übereinstimmender Einschätzungen und Ziele einfach einer politischen Organisation zuzuschlagen und so dieses Unbehagen praktisch zu wenden, entsteht für die Studenten mehr denn je die Notwendigkeit, überhaupt erst einmal zu erforschen, welches denn ihre eigenen Interessen sind und wie diese realisiert werden könnten. Dieser Prozeß der Selbsterforschung der Studenten, die erste Anstöße einer Politisierung bereits durch ihre voruniversitären Alltagserfahrungen erhielten, kann derzeit nur außerhalb der Universität stattfinden. Hier werden jene erfahrungshaltigen Probleme praktisch thematisiert, denen auch der akdemisierte Marxismus nur seinen schlechten Objektivismus entgegenzuhalten weiß: die gesamte kulturrevolutionäre Dimension kollektiver Auflösungsversuche der eigenen, in den vereinsamenden Verkehrsformen und in Kreativitätsblockaden sich niederschlagenden Bürgerlichkeit; die Abarbeitung an den nicht unmittelbar kapitalförmig vermittelten Herrschaftsbeziehungen der Geschlechter; die Bestimmung einer sinnvollen, von den Fremdbestimmungen der Berufsrollen befreienden, nicht korrumpierenden Reproduktionsperspektive und der Beitrag theoretischen Arbeitens (woran und wie?) hierzu; die Möglichkeiten einer politischen Praxis, in der die reflektierten Bedürfnisse der Einzelnen sich verwirklichen in der Solidarität des Kampfes für sozialistische Veränderung; die Frage nach dem Vorhandensein und den Entstehungsbedingungen außeruniversitärer Träger einer Emanzipationsbewegung.

Unbestreitbar ist diese forcierte, vielfach vereinseitigte Hinwendung zur Reflexion und Veränderung der eigenen Subjektivität unter den Bedingungen scheinbar versteinerter gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen auch mit Phänomenen einer Entpolitisierung verbunden. Der Eindruck politischen Isoliertseins auf diesem BRD-Friedhof gehorsamer Untertanen, wo menschliche Emanzipation kein Subjekt mehr zu haben scheint, hat sich so sehr festgesetzt, daß wesentliche Probleme der aktuellen Entwicklung, wie zum Beispiel Massenarbeitslosigkeit, Tarifauseinandersetzungen, sozial- oder sicherheitspolitische Gesetzgebungswerke etc., ja sogar die bildungspolitisch relevanten Entschei-

dungen gar nicht mehr recht wahrgenommen werden. Es handelt sich hier um den Ausdruck einer dichotomischen Selbstverortung, in der subkulturelle Beziehungsgruppen der übrigen "herrschenden" Gesellschaft abstrakt negatorisch entgegengesetzt sind. Linke Politik nimmt ihre Zuflucht einzig noch zu revolutionären Hoffnungen, die sich zeitweilig an anderen Ländern festmachen können und die ebenso rasch enttäuschbar sind, wie in der Folge von Volkserhebungen die mannigfachen praktischen Schwierigkeiten einer sozialistischen Umwälzung sichtbar werden.

Der Grund, daß diese wie introvertiv erscheinende Tendenz einhergeht mit einer Abwendung von Politik im gebräuchlichen Sinn, dürfte, neben den allgemeinen politischen Bedingungen, in dem spezifischen Charakter der Unterdrückungserfahrungen von Studenten zu sehen sein. Vieles spricht für die, gesprächsweise häufig bestätigte Annahme, daß es vor allem die voruniversitären Erfahrungen mit den Mittelschicht-Familien sind (aus denen der überwiegende Teil der Studenten kommt), die die wesentlichen Anstöße für erste Ansätze von Gesellschaftskritik abgegeben haben. Die Hohlheit dieses Lebenszuschnitts, die in diesen Keimzellen des Staates gezüchtete unterwürfige Aggressivität, die rigid festgehaltenen Wahnvorstellungen zur Rechtfertigung des Immergleichen und von Unterdrückung, die Abgeltung von persönlichem Interesse und Zuneigung durch materielle Zuwendungen im Rahmen eines nur Gleichgültigkeit ausdrückenden Laissez-faire-Erziehungsstils - solche Erfahrungen haben bei dieser Studentengeneration vermutlich mehr an fundamentaler Nicht-Übereinstimmung und Kritikbereitschaft bewirkt als alle Haupt- und Staatsaktionen des Kapitals.

In dieser Dimension dürften wesentliche der voruniversitär erzeugten sozialwissenschaftlichen Interessen der neuen Studenten entstanden sein, zu deren weiterer Klärung sie zum Auszug aus der Universität gezwungen sind. Damit geht aber zugleich die der Möglichkeit nach hilfreiche Funktion kritischer Theorie für gesellschaftliche Selbstverständigung verloren. Subjektivität und Objektivität bleiben unvermittelt in einer starren Entgegensetzung von subkultureller Lebenswelt und universitär repräsentierter Theorie, die zunehmend, gleich welchen Status sie für sich beanspruchen mag, entweder als belanglos oder als Theorie der Herrschenden für Herrschende vorinterpretiert wird. Daher gerät der Prozeß der Selbsterforschung charakteristischerweise so häufig auf eine Ebene der Psychologisierung (manifeste, institutionell verstärkte psychische Schwierigkeiten in Beziehungen und Arbeitszusammenhängern fördern dies), auf der zwar die Bastionen sozialisatorisch verinnerlichter kapitalistischer Herrschaft thematisiert werden, jedoch in einer vulgären, individualpsychologischen Begrifflichkeit, die als praktische Folge allenfalls den Aufbau des Sozialismus in einer Wohngemeinschaft zuläßt.

Das soll nicht ironisiert werden. Zu welchen Resultaten auch immer eine genauere Klärung dieser Problematik kommen mag, positiv festzuhalten ist, daß hier Studenten zu dem Versuch genötigt sind, ihre Selbstveränderung als Moment und Bedingung der überfälligen Veränderung der Umstände praktisch anzugehen. Wenn dem so ist, dann gewinnt kritische Theorie in dieser Phase objektiv an Bedeutung. Sie steht vor der dringlichen Aufgabe, diese pathologisch-alltäglichen Konsti-

tutionsdimensionen einer sich selber problematisch werdenden und schon nicht mehr nur bürgerlichen Subjektivität als Momente einer gesellschaftlichen Totalität zu erkennen. Diese müssen hereingeholt werden in einen Dialog radikaler Selbstaufklärung. Das ihn begründende und ernstzunehmende Interesse an wirklicher Realisierung der vorhandenen Emanzipationsbedürfnisse wird dann auch fortschreiten können zu der notwendigen ökonomiekritischen Entschleierung der gegenwärtigen Tatsachen und der wechselnden Bedingungen von Klassenkampf. Erst in dieser Rückvermittlung hat wissenschaftliche Einsicht in den gesellschaftlichen Antagonismus, in seine Entwicklungsformen und in die kapitalistisch produzierten Potenzen seiner Aufhebung Chancen, zu einer emanzipatorischen Kraft zu werden.

5. ANSATZPUNKTE KRITISCHER LEHRE

Ein Großteil der in den zurückliegenden Abschnitten diskutierten Determinanten der Akademisierung des Marxismus ist von uns, den linken Dozenten, unmittelbar und alleine kaum zu beeinflussen. Ihre Analyse, zu der hier nur ein erster Beitrag geleistet werden konnte, ist jedoch notwendig, um das Wenige, was dennoch am Arbeitsplatz Universität geleistet werden könnte, genauer zu bestimmen. Vor dem Hintergrund der vorgetragenen Überlegungen gibt es meiner Ansicht nach tatsächlich noch immer Ansatzpunkte für kritische Lehre. Sie sollen im folgenden wenigstens skizziert werden. Dabei ist wieder der Einwand zu gewärtigen, daß der Angelpunkt all dieser Einschätzungen, nämlich die behauptete Latenz inhaltlicher Studieninteressen bei den Studenten, empirisch nur selten belegt werden könne. Und wieder wäre diesem Vorwurf einer zu optimistischen Einschätzung entgegenzuhalten, daß er sich allenfalls erst anhand der Resultate einer veränderten, die Widersprüche der Studentenrolle nicht länger ignorierenden Lehrpraxis bestätigen ließe. Vorschnelle Resignationen sind daher unangebracht.

Studienerwartungen

Noch immer, und solange es die kapitalistische Subjekt-Objekt-Verkehrung gibt, hat die Umwälzung dieser Gesellschaftsformation zur notwendigen Bedingung kritischer Theorie gehört. Die Universität, selbst in ihrer technokratisierten Gestalt, ist im herrschenden System der Arbeitsteilung der einzige Ort, an dem konzentrierte Theorieaneignung und -entwicklung noch einen gewissen Raum findet. (Diese Art von "Freiraum" ist systemisch notwendig, weil seine Existenz unverzichtbare Voraussetzung für die Erbringung von Innovationsleistungen ist. Das heißt, solange es sozialwissenschaftliche Studiengänge gibt, implizieren sie "Freiraum", der freilich erst dann einer wird, wenn man ihn aktiv herstellt.) Hierauf gründen sich die diffusen, von Lernerfahrungen noch nicht enttäuschten Erwartungen der Studienanfänger.

Auszugehen wäre von der Tatsache, daß sich marxistische Theorie nicht mehr mit gleicher Selbstverständlichkeit wie noch zu Zeiten der Studentenbewegung auf eine "politisierte" Studentenschaft beziehen kann. Jedenfalls haben die andiskutierten Erfahrungen der Studenten heute andere Inhalte und Formen einer Politisiertheit hervorgebracht. Die mitgebrachten Studienerwartungen repräsentieren gewissermaßen die

hochschulbezogen operationalisierte Form voruniversitär erzeugter Interessen.

Bei den allgemeinen Studienerwartungen sind vor allem drei Ebenen zu unterscheiden. (1.) Eine qualitative: das Studium wird als ein befristeter Zeitabschnitt verstanden, in dem die eingebrachten Interessen realisiert werden sollen. Es besteht die Annahme, daß die Universität ein Lehrangebot bereithält, in dem sich diese Interessen wiederfinden können. (2.) Eine berufsorientierte Ebene: trotz der erkanntermaßen schlechten Berufsaussichten ist es wahrscheinlich, daß doch insgeheim erhofft wird, über das Studium einen Weg zu einer sozialwissenschaftlichen Berufsrolle zu finden (das gilt für die Soziologie/Politologie-Studenten), deren Funktionen mit den erworbenen Fertigkeiten, Einsichten und Absichten vereinbar sind (das gilt für alle Studenten, einschließlich der Lehramtskandidaten). (3.) Eine institutionelle Ebene: hier wird erwartet, daß die Universität ihre eigenen, aus den Titelansammlungen des Vorlesungsverzeichnisses nicht ablesbaren und aus Studien- und Prüfungsordnungen nur höchst pauschal erkennbaren Vorstellungen von Studiengängen und Ausbildungszielen sichtbar macht. Dem liegt die Unterstellung zugrunde, daß die Heterogenität des Lehrangebots nur scheinbar sei, daß sich dahinter unterschiedliche, aber reflektierte Ausbildungskonzeptionen verbergen, daß das Lehrangebot in irgendeiner Weise koordiniert sei. Unter anderem wird beispielsweise angenommen, daß es berufsorientierte Ausbildungsgänge gäbe, und man erwartet, daß die Universität Beschreibungen sozialwissenschaftlicher Berufsfelder zusammen mit den hierzu gehörenden Qualifikationsanforderungen so anbietet, daß seitens des Studenten rationale Entscheidungen bezüglich Beruf und Veranstaltungsbesuch möglich werden.

Daß die institutionellen Erwartungen der Studienanfänger rasch und weitgehend enttäuscht werden, bedarf keiner weiteren Belege. Der verborgene Konservatismus institutionalisierter Sozialwissenschaft müßte konfliktträchtig zum offenen werden, wenn die Universität verriete, mit welcher Absicht sie eigentlich Soziologen/Politologen und Sozialkundelehrer ausbildet. So hat das Chaos, das es den Studenten immer nur erlaubt, sich relativ willkürlich sozialtechnische oder theorieförmige Bruchstücke anzueignen, System. Der erzwungene Verzicht auf totalitätsbezogene Reflexion, die systematisch einzuleiten wäre, die das gesamte Studium heuristisch zu strukturieren hätte, die um ihres Ziels willen sich theoretischer Pluralität bewußt zu konfrontieren hätte - dieser Verzicht sichert in hohem Maße die Fortexistenz bürgerlicher Ideologie. Geheimes Ideal der Soziologenausbildung bleibt der konforme und nützliche Bindestrich-Soziologe, offenes Ideal der sozialwissenschaftlichen Lehrerausbildung ist schon wieder der Schulmeister als Verkäufer einer konfliktfreien Institutionenkunde und von apologetischem Kitt.

Den Studenten steht als Ausweg nur offen, den wesentlichen,über Pflichtveranstaltungen hinausgehenden Teil ihres Studiums selber zu organisieren. Hier liegen Chancen, denn diese Organisierung kann nur in einem Rekurs auf die eigenen Interessen stattfinden. Nur die hieraus entspringende Reflexion der Erwartungen an sozialwissenschaftliche Theorie ermöglicht es, eine gezielte, kritisch lernende Auswahl aus dem Veranstaltungsangebot zu treffen. Diese Notwendigkeit zur Reflexion

könnte ein sehr guter Ausgangspunkt für das Studium sein, sofern Bedingungen kollektiver Verständigung durch entsprechende Grundveranstaltungen geschaffen würden.

Alle zentralen Themen kritischer Theorie sind in dieser Ausgangslage keimförmig angelegt.
(a) Die Explikation von Studienerwartungen ist auf eine Erläuterung der Erfahrungen angewiesen, die das Interesse an einem sozialwissenschaftlichen Studium konstituiert haben. Erfahrungen so mitzuteilen, daß sie als Begründung einer bestimmten Handlung oder Handlungsabsicht verständlich werden (hier: Sozialwissenschaft zu studieren), bedarf aber mehr als nur der Beschreibung einzelner raum-zeitlicher Ereignisse. "Begründen" heißt, Erfahrungen zu "interpretieren", und das wiederum bedeutet, sie in einen (umgangssprachlich) formulierten Kontext zu stellen. Dieser, in Rede, Gegenrede und Nachfrage erst Struktur gewinnende Kontext aber ist nichts anderes als das (vorläufige) Gesellschaftsbild unserer Adressaten. Es ist Produkt von Erfahrungen vielfältigster Art und übernimmt zugleich die Funktion, aus biographischen Ereignisfolgen einen Sinnzusammenhang zu bilden. Daher führt jeder Versuch, einem anderen die Gründe für ein bestimmtes Handeln (z.B. Sozialwissenschaft zu studieren) und für die damit verfolgten Absichten befriedigend zu erläutern, zurück auf diesen Sinnzusammenhang und damit zur Explikation des je vertretenen Gesellschaftsbildes. Anders betrachtet: Handlungsabsichten sind nichts anderes als mehr oder minder begründungsfähige Strategien geringerer oder größerer Reichweite. Strategien aber sind Antizipationen einer Wirklichkeit, in der mit geeignet erscheinenden Mitteln unter angebbaren Randbedingungen (Vorstellungen vom gesellschaftlichen Handlungsterrain) bestimmte Zwecke (z.B. "gesellschaftliche Veränderung") realisiert werden sollen. Eine Strategie zu explizieren, bedeutet also, daß zum einen subjektive Interessen dargelegt werden, die Handlungsziele und Mittel begründen. Hier entsteht die Frage nach der Realitätstüchtigkeit einer Strategie, die eine nähere Erläuterung der gesellschaftlichen Situationseinschätzung provoziert. Zum anderen geraten aber im Dialog ebenso die artikulierten subjektiven Interessen und damit auch die verfolgten Handlungsziele unter Begründungszwang. Es erweist sich, daß Interpretationen von Erfahrungen Strategien auslösende Interessen konstituieren: der Zusammenhang zwischen Interessen und Gesellschaftsbildern tritt hervor.
(b) Eine der fruchtbaren Eigentümlichkeiten eines solchen Begründungsprozesses besteht darin, daß, je weiter er getrieben wird, der sich entfaltende Kontext immer deutlicher zentrale begriffliche Knotenpunkte aufweist. Von "Gesellschaft" als einem bestimmenden Ganzen ist die Rede, von "Arbeit/Produktion", von "Interessen/Ideologien", von "Klassen/Schichten". (Jürgen Ritsert bezeichnete einmal im Zusammenhang der Vorbereitung eines Grundkurses, an der vor allem noch Karl Remmele, Louis Voegelin und ich beteiligt waren und aus der ich Wesentliches zu dieser Problematik gelernt habe, die genannten Knotenpunkte zu Recht als "Stammkategorien soziologischer Vernunft".) Es wird deutlich, daß ohne diese Kategorien und die Vorstellungen, die sie begleiten, gar kein Begründungszusammenahng entwickelt werden kann, daß jedoch diese Begriffe selber noch interpretationsbedürftig sind. Läßt man sich aber auf ihre Interpretation ein, dann wird das Verweisungsverhältnis, in dem sie zueinander stehen, erkennbar, und dieses Verweisungsverhältnis ist allemal eines, in dem ein Begriff von

gesellschaftlicher Totalität sich entfaltet. Mit anderen Worten: es kann die Erfahrung gemacht werden, daß man schon längst und als Bedingung jeglicher Handlungsperspektive und des alltäglichen Sich-Zurechtfindens soziologische Theoriebildung (Alltags-Theorien) betrieben hat, ehe man davon überhaupt wußte.

(c) Der Verständigungsprozeß erreicht einen Punkt, an dem das Vorhandensein unterschiedlicher Gesellschaftsbilder, divergierender Interpretationen der sozialen Lebenswelt, auffällig wird. Unausweichlich stellt sich dann die Frage nach ihrem jeweiligen Wahrheitsgehalt, womit auf beunruhigende Weise die je vertretenen Strategien und Interessen tendenziell problematisch werden.

(d) Soziologie als Wissenschaft scheint hierauf eine befriedigende Antwort geben zu können, denn: ist nicht Wissenschaft nach dem herrschenden Vorverständnis geradezu dadurch charakterisierbar, daß sie überprüfbar wahre Aussagen über einen definierten Gegenstandsbereich macht? Und ist nicht Soziologie die Wissenschaft von der "Gesellschaft"? Aber: es gibt offenbar nicht nur unterschiedliche Gesellschaftsbilder, sondern auch deren wissenschaftlich systematisierte Ausprägungen divergieren. Sind vielleicht in Theorien ebenso wie in Gesellschaftsbildern Interessen eingelassen? Welche sind das, und sind das unsere Interessen? Sind möglicherweise sozialwissenschaftliche Theorien implizit sogar Strategien in dem Sinn, daß sie interessengeleitet kognitive Voraussetzungen für die Verfolgung bestimmter unausgewiesener Zwecke darstellen? - In der lebenspraktisch notwendigen, alltagstheoretischen Verständigung über soziale Sachverhalte tritt der Zusammenhang zwischen Interesse und Reflexion noch in voller Deutlichkeit zutage. Erst später, in der verwissenschaftlichten, auf den Erwerb von Qualifikationen abzielenden Reflexion (Theorien) kann er bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt sein. Hier entsteht der Schein "objektiver Wahrheit" sozialwissenschaftlicher Theorien. Gelingt es, diese Logik eines dialogischen Prozesses von Selbstaufklärung durchzuhalten, so kann einsichtig gemacht werden, daß das Studium die Form einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Lehrangebot annehmen muß, daß es in emanzipatorischer Absicht nichts rezeptiv zu Erlernendes gibt. Befreiend studiert werden kann offenbar nur auf der Grundlage der bewußt gewordenen und stets präsenten Problematik des Zusammenhangs von Interesse und Theorie und damit auch eines Zusammenhangs von Theorieaneignung und gesellschaftlicher Praxis.

(Hier ist nicht der Platz für die Darlegung von Veranstaltungsfolgen. Von den vielfältigen Möglichkeiten, auf einer thematisch so strukturierten Eingangsphase aufzubauen, sei nur die Idee unserer Grundkurs-Arbeitsgruppe genannt, die skizzierten Problemstellungen anhand von Reproduktionsmodellen bürgerlicher Gesellschaft zu konkretisieren: Quesnay, Marx, Keynes. Hier kann klar gezeigt werden, wie auf der Grundlage historisch wechselnder sozialökonomischer Bedingungen und Interessenlagen ein praktisch folgenreicher Begriff gesellschaftlicher Totalität aus dem je spezifischen Verweisungsverhältnis der erwähnten Grundkategorien heraus entwickelt wird.)

Wir sehen also, daß die Ausgangsbedingungen der Studienanfänger durchaus Chancen für die Initiierung kritischer Lernprozesse enthalten. Freilich: bleibt es bei dem feuilletonistischen "Wissens"-Angebot von Lehrmonaden, bei der Konfrontation der Studienanfänger mit vermeintlichen "theoretischen Grundlagen", dann wird ihnen nicht nur ihre sozialwissenschaftliche Denkfähigkeit systematisch ausgetrieben, sondern überdies werden bereits vorhandene Vorurteile verstärkt.

Es ist doch zu bedenken, daß die mitgebrachten Theorie-Interessen notwendig von einem bestimmten Vorverständnis davon begleitet werden, was sozialwissenschaftliche Theorie sei und was sie zu leisten vermöge. Geprägt ist dieses Vorverständnis zumeist von jener tiefsitzenden, durch unzählige Alltagserfahrungen hervorgebrachten und verstärkten Ideologie des Subjekt-Objekt-Dualismus, die als gleichsam selbstverständliche Denkhaltung nur die allgemeinste Widerspiegelungsform sozialer Herrschaft ist. Hier muß erst einmal einiges destruiert werden, um dem Bedürfnis nach Autonomie, damit es sich nicht länger selbst sabotiert, überhaupt einen adäquaten Ausdruck verleihen zu können.

Wir haben es vor allem mit drei Ausprägungen dieser Ideologie zu tun: (1.) Kontemplativer Typus: Soziologie wird als Wissenschaft interessefreier Welterklärung verstanden. Ihr wird zugetraut, in das Chaos gesellschaftlicher Phänomene wissenschaftliche Ordnung in der Form eines gültigen Wissenskanons gebracht zu haben und zu erklären, "was das Getriebe im Innersten zusammenhält". Der Möglichkeit nach ist hier vor allem das affirmative Auseinandertreten von Wissenschaft und Lebenswelt, von Erkenntnis und Praxis angelegt. (2.) Sozialtechnokratisch-reformerischer Typus: er versteht Sozialwissenschaft nicht primär als ein Medium reiner Erkenntnis, sondern das Studium erscheint als ein Mittel zum Erlernen wissenschaftlich zweifelsfreier, kognitiver Voraussetzungen von Praxis, über deren allgemeine Ziele (gesellschaftliche Veränderung, Kinder besser erziehen etc.)schon vorgängige Vorstellungen bestehen. Der Möglichkeit nach liegt hier die Basis für ein instrumentalistisches Theorieverständnis. Sozialwissenschaft gleicht einem Arsenal von theoretischen Instrumenten, unter denen man sich diejenigen aussuchen möchte, die zur Bewältigung vorgegebener Zwecke geeignet erscheinen. Zwecke gelten als von Werturteilen bestimmt, die außerhalb des Zuständigkeitsbereiches wissenschaftlicher Reflexion liegen. (3.) Sozialtechnokratisch-revolutionärer Typus: er unterscheidet sich von dem reformerischen Typus eigentlich nur durch die Reichweite der Zwecke. Sozialwissenschaftlicher Theorie, vor allem der marxschen, wird zugetraut, Handlungsanweisungen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen liefern zu können, denen dann revolutionäre Praxis auf dem Fuße folgen kann.

Das traditionelle Theorieangebot, auch wenn es sich selber als emanzipatorisch verstehen mag, kann diese Ausprägungen einer Basis-Ideologie der Studienanfänger nicht destruieren. Es ermöglicht vielmehr, daß sich solche Verdinglichungen ungebrochen und ohne sich je selber zum Problem zu werden, durch das gesamte Studium durchhalten können. Wir müssen uns weiter klar machen, daß auf eine perverse Weise der anhaltende Zulauf zu unseren Marxismus-Seminaren auch auf diese Ideologie zurückzuführen ist.

Erwartungen an marxistische Theorie

Auf der Grundlage unaufgelöst bleibender, gängiger Vorurteile gibt es keine andere Theorie, die sich so sehr wie die marxsche dafür anbieten würde, den drei genannten Ausprägungen der Basis-Ideologie eine Heimstätte zu geben. "Der" Marxismus gilt als die "fortschrittlichste" Theorie, ihm geht der Ruf systematischer Geschlossenheit und der Fähigkeit voraus, den Kapitalismus umfassend erklärt zu haben, und die Be-

rufung "erfolgreicher" revolutionärer Bewegungen auf ihn legt das Mißverständnis nahe, die Kritik der politischen Ökonomie sei Theorie der Revolution. Diese Philo-Marxismen müssen verunsichert werden. Die traditionellen Marxismus-Veranstaltungen, als Einsprenglinge in das sonstige Lehrangebot und sklavisch kanonisierten Texten folgend, sind hierzu ungeeignet. Entweder sie enttäuschen begriffslos die legitimen emanzipatorischen Erwartungen und lassen Theoriefeindlichkeit zurück, oder sie produzieren Marxianer. Eine Veränderung ist nur zu erwarten, wenn wir uns systematisch auch auf die Teilnahmemotive unserer Adressaten beziehen.

Erst einmal wäre festzuhalten, daß derzeit sehr viele Studienanfänger offenbar derartige Motive haben. Ein Großteil der Erst- bis Drittsemester hat irgendwann einmal, jedenfalls in Frankfurt, an einer expliziten Marxismus-Veranstaltung (Einführung in den historischen Materialismus, Texte zur Kritik der Politischen Ökonomie) teilgenommen, ohne daß eine Verpflichtung hierzu bestanden hätte. Die Motive dieser und der älteren Teilnehmer sind unterschiedlich, hängen aber häufig eng mit der skizzierten Basisideologie zusammen.

(1.) Artikulationsfähige politische Motive. Zum Teil handelt es sich um jüngere, aber bereits organisierte oder organisiert gewesene Studenten, die ihr "Theoriedefizit" beseitigen möchten. Zum Teil sind es Studenten, die sich politisch organisieren wollen, praktisch etwas tun möchten, und sich von einer eingehenderen Beschäftigung mit marxistischer Theorie eine Klärung ihrer Handlungsmöglichkeiten versprechen. Das kann bis zu dem Vorurteil reichen, daß aus den zu erwerbenden Kenntnissen unmittelbar politische Handlungsanweisungen abzuleiten seien.

(2.) Das Motiv, "Durchblick" durch die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu bekommen, die als individuelle Bedrohung oder als ein System von Versagungen empfunden werden. Dieses Nicht-Einverständnis möchte sich genauer auf den Begriff bringen. Die marxsche Theorie gilt als ein System, und zudem als einziges, das diese Gesellschaft als Ganzes begreift und angreift und ihre Einzelphänomene zu erklären vermag. Eine explizite politische Handlungs- bzw. Organisationsperspektive existiert noch nicht, nur ein allgemeines Bedürfnis nach gesellschaftlicher Veränderung. Das Agitationsverhalten der politischen Gruppen kommt wie aus einer anderen Welt. Proletariat, Klassenkampf etc. sind Begriffe, die mit ihren manifesten Interessen an individueller Emanzipation zunächst nichts zu tun haben scheinen. (Ein Beispiel für die Komplexität dieser Motivationslage: eine Studentin leidet unter der Kaputtheit ihrer Eltern und der Beziehungen in der Welt ihres Herkommens. Sie will dieses Leben nicht nachleben. Vor allem hat sie Probleme mit ihrem Vater, hat aber bereits getickt, daß sein Verhalten Ausdruck bestimmter Zwänge ist, daß seine Verhaltensweisen von seiner beruflichen Funktion geprägt werden. Er kann und darf gar nicht so sein, wie er vielleicht, unter anderen Bedingungen, sein könnte. Was sind das für Verhältnisse, die Menschen so deformieren, kann man sie verändern? Die von Marx erhoffte Klärung führt in eine eiseskalte Welt von Abstraktionen und bleibt unbefriedigend. Die Theorie läßt keinen unmittelbaren Zusammenhang mit den persönlichen Problemen herstellen. Nach zwei Semestern "Kapital"-Studium ist diese Studentin heute Anhängerin einer Guru-Sekte: All-Liebe ersetzt systemkonform Klassenkampf.)

SOZIALISTISCHES BÜRO + VERLAG 2000 GMBH
ALLE LIEFERBAREN TITEL: FRÜHJAHR 1976

● Referendar & Junglehrer Buch, DM 8 ● Thesen des SB, DM 5 ● Hildebrandt/Olle: Ihr Kampf ist unser Kampf - Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD, DM 1o ● Axmacher: Kritik der Berufsausbildung, DM 7 ● Redaktionskollektiv "express": Spontane Streiks 1973 - Krise der Gewerkschaftspolitik, DM 6 ● Politisches Ende der EVA? Dokumentation zum Medienverständnis der Gewerkschaften, DM 3 ● Betriebsratswahl Merck 1972: Eine Dokumentation, DM 4 ● Informationsdienst Arbeiterbildung: Thema "Lohnpolitik", DM 3 ● Informationsdienst Arbeiterbildung: Thema "Bildungsarbeit mit Lehrlingen"; DM 5 ● Portugal - Auf dem Weg zum Sozialismus? Analysen und Dokumente, DM 8 ● Das Gesundheitswesen in Portugal, DM 4 ● Eckl: Klassenkämpfe in Chile, DM 1o ● Dokumente zur Entwicklung in Chile (vor dem Putsch von 1973), DM 5 ● Klassenkämpfe und Repression in Italien. Am Beispiel Valpreda, DM 5 ● Kofler/Buro: Vom Handelskapitalismus zum Neoimperialismus der Gegenwart. Eine Einführung in die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, DM 5 ● Conert: Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, DM 5 ● Schäfer: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, DM 8 ● Bedingungen und Perspektiven der Stadtteilarbeit, DM 4 ● van Spall: Übersicht deutschsprachiger Periodika der unabhängigen sozialistischen Linken, DM 2,5o ● Projektstudium am Beispiel Heimerziehung, DM 8 ● Jödicke: Arbeitermädchen im Jugendzentrum, DM 4 ● Knastalltag am Beispiel Mannheim. Der "Mannheimer Gefängnisskandal", DM 7 ● Kunstreich: Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge, DM 1o ● Fuhrke: Staatliche Sozialpolitik, DM 8 ● REIHE ROTER PAUKER: Unterrichtseinheit (UE) Verhaltenssteuerung - Abweichendes Verhalten, DM 4 ● UE Arbeit, DM 4 ● UE Lehrlingsausbildung in der BRD, DM 3.5o ● Materialien zur Arbeitsfeldanalyse des Lehrerberufs, DM 4 ● Materialien zur Geschichte der politischen Lehrerbewegung I, DM 2.5o - II DM 5 - III, DM 4 ● Materialien zur Schulbuchproduktion: Analyse, Tendenzen, Alternativen, DM 4 ● UE Arbeiterliteratur, DM 5 ● Modelle zur Sexualerziehung, DM 4 ● UE Indianer, DM 4 ● PLAKAT-BAUERNVERLAG: Alavi: Theorie der Bauernrevolution, DM 4 ● Rechtziegler: Westdeutsche Landwirtschaft im Spätkapitalismus, DM 5 ● Bauer was nun? Beiträge zur Agrarfrage in der BRD, DM 4 ● Kemper: Marxismus und Landwirtschaft, DM 5 ● Bergmann: Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder, DM 1o ● Hampicke: Kritik der bürgerlichen Agrarökonomie, DM 6 ● Agrarprobleme und Bauernkämpfe in Westeuropa, DM 8

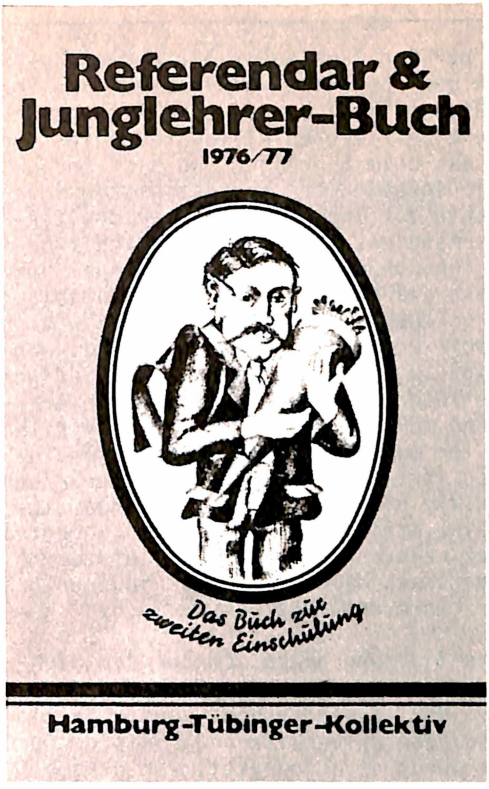
Lieferung gegen Vorauszahlung (portofrei) ● Der Bestellung ist der Gegenwert in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck beizufügen ● Bestellungen sind zu richten an Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postach 591

(3.) Das Motiv, eine Theorie genauer kennenzulernen, auf die in anderen Veranstaltungen und Fachgebieten inzwischen vielfach Bezug genommen wird. Die früher erwähnten innerszientifischen Gründe für eine akademische Marx-Renaissance, zum Teil auch Gründe dozentischer Scheinlegitimation gegenüber politisierten Studenten, schließlich ebenso die gelegentliche Integrität bürgerlicher Kollegen haben dazu geführt, daß auch Nicht-Marxisten in ihren Veranstaltungen auf einzelne Elemente der marxschen Theorie, auf bestimmte Argumentationszusammenhänge, vielleicht auch nur auf eklektizistisch ausgewählte Textstellen verweisen. Mitunter wird hierdurch das Bedürfnis erzeugt, diese Theorie nicht länger nur aus zweiter Hand kennenzulernen, sondern sie selber zu studieren. Hier zeigt sich zumindest schon eine Bereitschaft zur vorurteilslosen Auseinandersetzung mit "kommunistischer" Theorie, womöglich ein gewisses, im Kern schon politisches Interesse, weil diese Gesellschaft oder einzelne ihrer Phänomene problematisch geworden sind.(Die letzte Annahme gilt in dieser vorsichtigen Form sicherlich auch für die beiden folgenden Motive.)

(4.) Man will Prüfungswissen erwerben. Dort, wo Marxismus-Veranstaltungen nicht obligatorisch sind, ist zu beobachten, daß manche Studenten gar nicht primär aus wie immer vorurteiligen inhaltlichen Gründen teilnehmen, sondern aus personalistischen, die mit dem "guten Ruf" des Dozenten zusammenhängen. Kriterien wie "fachliche Souveränität", "Lebendigkeit der Darstellung", "didaktische Fähigkeiten", "Veranstaltungsklima" geben den Ausschlag. Sie werden natürlich auch von manchen nicht marxistischen Dozenten erfüllt, wenngleich wohl häufiger von Linken, wegen ihrer vielfach "anti-autoritären" Vergangenheit.

(5.) Intellektualistische Motive. Diese werden von manchen älteren Studenten vertreten, die vom Klippschulbetrieb und von der Dürftigkeit sogenannter Theorien angewidert sind, die sie in manchen Bindestrich-Soziologien erfahren haben. Ihre Interessen richten sich auf einen Begriff gesellschaftlicher Totalität. Es ist vorzugsweise das Bedürfnis nach intellektueller Befriedigung, das ihre Auseinandersetzung auch mit der marxschen Theorie bestimmt und das sie zu einer akademischen Laufbahn prädestiniert. Diese Studenten vereinigen häufig große Klugheit wissenschaftstheoretischer Reflexion mit erheblicher Ignoranz gegenüber aktuellen politischen Problemen.

Diese Motive aufzunehmen und sie gegen die vorhandene Bereitschaft zum Akademismus oder zur reform- bzw. linkstechnokratischen Instrumentalisierung des Marxismus weiterzutreiben, wäre die nächste, nur kooperativ zu lösende Aufgabe derjenigen, die als kritische Marxisten an der Universität nicht total kapitulieren wollen. Es kann einzig darum gehen, aus einer immanenten Kritik der bei unseren Adressaten vorhandenen Einstellungen die Einsicht zu fördern, daß emanzipatorisches Lernen Theoriebildung in praktischer Absicht ist, und zwar auf der Grundlage aufgeklärter Interessen und unter Zuhilfenahme bereits vorhandener, reflektierter Theorien.



In den letzten Jahren sind einige Bücher und Broschüren erschienen, die den Übergang von der Hochschule in den Lehreralltag erleichtern sollten. Diese Veröffentlichungen waren immer parteilich und griffen die Probleme junger Lehrer und Referendare auf. Deshalb waren sie in der Regel auch von den Schuladministrationen nicht gern gesehen. Das Informationsmonopol der Schulräte und Ausbilder wurde durchbrochen. Die Bücher enthielten Hinweise für ein besseres, kritisch-offensives Bestehen der zweiten Ausbildungsphase. Nun traten Referendare und Junglehrer couragiert und offen auf. Es meldete sich nicht mehr ein leicht zu brechender ohnmächtiger Protest, sondern eine fachlich, methodisch, taktisch versierte Kritik. Den Anfang machte 1972 ein "Kleines graues Referendarbuch", das in Hamburg erschien. Dieses Buch kannte wohl jeder Hamburger Studienreferendar. Gleiches gilt für das 1973er Buch. Tübinger Kollegen nahmen die Selbsthilfe der Hamburger zum Vorbild und erstellten für ihre Adressaten ein "Tübinger Referendarbuch", das 1974 und wieder 1975/76 erschien. Mit dem "Jahrbuch für Junglehrer 1975" wurde zum erstenmal versucht, überregional einzugreifen - mit großem Erfolg.
Im Verlag 2ooo erschien nun das "Referendar- & Junglehrerbuch 1976/77" als eine praktische Hilfe für alle Kollegen und Genossen im Ausbildungsbereich. Dieses Buch ist von Kollegen für Kollegen geschrieben. Es scheut sich nicht vor einer Sprache, die man noch versteht, wenn man einige Dutzend Hefte korrigiert hat. Es greift in die Geschichte der Schule und des Lehrer'standes' zurück: da kann man etwas lernen, da wird man gewarnt. Dieses Buch versucht, Herrschaftswissen anzuknacken. Es liefert Methodik, Tips und Hinweise für die unmittelbare und die vermittelte Schulpraxis. Es hat ein so handliches Format, daß ein jeder es bei sich tragen kann.

REFERENDAR & JUNGLEHRER-BUCH 1976/77
25o Seiten, broschiert, Preis acht Mark
Lieferung gegen Vorauszahlung
Verlag 2ooo GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591
oder im linken Buchhandel

6. SCHLUSSBEMERKUNG

Dieser Beitrag konnte und wollte nur Probleme aufzeigen und erläutern, die sich bei der Frage nach den objektiven und subjektiven Voraussetzungen kritischer Lehre heute stellen. Leider sind wir uns darüber in unserer weitgehend isoliert betriebenen Alltags-Werkelei noch viel zu wenig im klaren. Mir ist das beim Schreiben, wo sich andauernd und als Teil der Sache Schwierigkeiten der Rekonstruktion individueller und kollektiver Geschichte mit Theorie-Problemen und Einschätzungen der aktuellen Lage vermengten, geradezu schmerzhaft bewußt geworden. Beinahe befürchte ich, daß sich in diesem Mangel an Klarheit jene permanenten, mit sehr akademisch-konkurrent erscheinenden Selbsteinschüchterungen widerspiegeln, aus denen heraus nur dann ein theoretisch und praktisch komplexes Problem behandelt wird, wenn es sich in möglichst großer Distanz zu einem selbst befindet und wenn es prinzipiell schon als wohlverorteter Gegenstand von Theorie Anerkennung gefunden hat. Diese Haltung müßte aufgegeben werden. Vielleicht ist dieser Text ein Anstoß dafür. Er muß in keinem seiner Teile Zustimmung finden, solange nur akzeptiert wird, daß wir in unserer Lehrpraxis nicht so fortfahren können wie bisher. Gibt es diese gemeinsame Voraussetzung, dann könnte eine explizierte Kritik der vorgetragenen Einschätzungen uns ein Stück weiterbringen und zur Entstehung eines Fundaments beitragen, auf dem nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte Organisationsformen kritischer Lehre entwickelbar wären.

Die Initiierung einer solchen Verständigung halte ich für den wichtigsten, ersten Schritt. Danach wäre nach meinem Dafürhalten eine konzentrierte Diskussion vor allem der folgenden drei Punkte fällig.
(1.) Das Verhältnis von inner- und außeruniversitärer Praxis der professionalisierten Linken. Im Text wurde es angedeutet. Ich glaube, daß ohne eine kollektive und verbindliche Diskussion über die Bedingungen und Möglichkeiten außeruniversitärer politischer Praxis kritisch-marxistische Lehre eine etwas windige Angelegenheit bleibt.
(2.) Weitgehend ungeklärt sind unsere Ausbildungsziele. Wollen wir allgemeines Strukturwissen und Fähigkeiten zum begrifflichen Umgang mit sozialen Sachverhalten vermitteln oder ein auf bestimmte Berufsrollen zugeschnittenes Wissen? Gewiß ist diese Dichotomie in dieser Form falsch. Aber offenbar ist sie praktisch virulent, wenn man immer wieder hört, es müsse uns um die Organisierung von Reflexionszeit und nicht um eine Instrumentalisierung für fremdbestimmte Berufsrollen gehen. Das ist noch zu abstrakt, denn damit erklärt man den ganzen Bereich der Reproduktionszwänge unserer Adressaten für politisch irrelevant.
(3.) Die Entwicklung experimentierbarer Modelle kritischer Studiengänge. Es geht um das inhaltliche und organisatorische Verhältnis dreier, systematisch aufeinander zu beziehender Veranstaltungstypen: Grundkurse, Theorie-Veranstaltungen, Projekt-Gruppen. Die notwendige inhaltliche Dynamik kann nur in Gang gesetzt werden durch die Veranstaltungen der Eingangsphase, die daher momentan im Vordergrund der Überlegungen auch dieses Textes standen. Auch die Probleme einer Didaktik der Kritik der politischen Ökonomie im engeren Sinne werden erst dann schärfer bestimmbar und lösbar sein, wenn wir uns über die Grundstrukturen von Studienmodellen verständigt haben.

Eckart Hildebrandt
Werner Olle

IHR KAMPF IST UNSER KAMPF

Analysiert man die gesellschaftliche Situation der ausländischen Arbeiter ausschließlich als eine spezifische, werden gemeinsame Interessen von aus- und inländischen Arbeitern verneint. Argumentiert man mit ihrer ökonomischen Funktion als industrielle Reservearmee und Lohndrücker, werden die ausländischen Arbeiter zum Feind des einheimischen Proletariats. Abstrahiert man von ihrer unterschiedlichen Nationalität und gesellschaftlichen Situation, verschwinden die Widersprüche zwischen aus- und inländischen Arbeitern unter dem Etikett einer einheitlichen Arbeiterklasse. Wie soll man argumentieren? Hat der Nationalismus innerhalb der Arbeiterbewegung eine materielle Basis? Inwieweit findet Konkurrenz unter aus- und inländischen Arbeitern statt? Wie wirken sich ökonomische Krisen und die langfristige Entwicklung der Branchen- und Qualifikationsstruktur aus? Welche Bedeutung kommt den Ausländerstreiks zu? Können die ausländischen Arbeiter eine Avantgardefunktion im Kampf der an- und ungelernten Arbeiter übernehmen? Ist dadurch auch die Möglichkeit einer Überwindung nationalistischen Verhaltens gegeben? Wie reagieren die von den Facharbeiterinteressen dominierten Gewerkschaften auf diese Entwicklung? - Unter diesen Fragestellungen behandelt die Schrift IHR KAMPF IST UNSER KAMPF folgende Themen: 1) Zur Entwicklung und Bedeutung von Ausländerstreiks in der BRD; 2) Dokumentation von Ausländerstreiks; 3) Ableitung wesentlicher Merkmale der Ausländerstreiks aus den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen; 4) Einordnung der Streiks in die Entwicklung der Arbeits- und Produktionsbedingungen der deutschen Industriearbeiter; 5) Schlußfolgerungen zu Bedingungen und Möglichkeiten der Vereinheitlichung von deutschen und ausländischen Arbeitern.

Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD

180 S. brosch., DM 10.-

Reihe BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Informationen und Anregungen für die politische Arbeit, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken international. „links" ist illusionslos, undogmatisch – eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1.50.
Bezugspreis, jährlich, DM 18,– + DM 5,– Versandkosten

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

Einzelpreis DM 1,20.
Bezugspreis, jährlich, DM 14,– + DM 5,– Versandkosten

Probeexemplare anfordern bzw. Abonnementsbestellung bei Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591.